Reichs-Ausgabe

Preis 350 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag, 6. April 1923

Nr. 156/157 — 62. Jahrgang.

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moritzplatz 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis monatlich ohne Zustellgebühr 3000 Mk. Ausland 40 Mk. Anzeigenpreis: Grundzahl für 1 mm Zeile 1000 Mk. Ausland 40 Mk. Bei besonderen Schwierigkeiten Preis nach Tarif. Bei Zahlungsverzug oder Konkurs erlischt jeder Anspruch auf Lieferung oder Ersatz. Gerichtsstand Berlin. Postanschrift für Telegramme: Deutsche Allgemeine Zeitung Berlin.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder ähnlichen Ereignissen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen werden ohne Gewähr für Erscheinen in einer bestimmten Ausgabe oder an einem bestimmten Platz nach Tarif berechnet.

Nach Ostern.

Die Toten stehen auf, auch die politisch Toten. Der tote Kapp hatte sich, wenn man den Ausführungen der preußischen Staatsregierung folgt, ein wenig gerührt. Erzberger soll mit der Friedensfrage in den Rand neuerdings in deutschen Landen verschiedentlich gesehen worden sein. Man hatte glauben dürfen, daß der Gedanke, Frankreich von unserem Erfüllungswillen (im Rahmen der Leistungsfähigkeit) durch fortgesetzes Nachgeben überzeugen zu können, wirklich ganz tot sei in Deutschland. Aber unter dem Eindruck des Frühlingsfestes regt auch er sich wieder. In Sowjetrußland ist der unmittelnahe und kapitalfeindliche Gedanke durchaus tot, ebenso der Pazifismus in Deutschland. Auch hier: Frühlingserwachen. In Rußland hat der Bolschewismus sein besonderes Gebiet der Terror, die Gewaltherrschaft, die wirtschaftliche Willkür, die Produktionsdrosselung sind ins Grab gelegt — in Poincarés Frankreich und in Deutschland feiern sie frohe Auferstehung. Allgemeine Unruhe in den Gräbern; Napoleon schüttelt unruhig und dann jeden Augenblick erwachen. Sogar französische Seemannspolitik wagen sich zur Erheiterung der Angelsachsen aus Licht, und manch andere totgeglaubte und ehrlich begrabene Kräfte öffnen ganz leise und unbemerkt ihre Sargdeckel. Das Jahrhundert der Steuerehrlichkeit, das mit der Abnormität des Weltkrieges ohne jeden führenden Kopf begann — auch der Tiger war kein großer Geist, nur ein allerdings starker Exponent einer ungefunden Volkspsyche —, treibt dem Rätefrühling tote und totgeglaubte Kräfte entgegen: Hexenspäne anstatt Auferstehung!

Auf Rätefangschen pflegt die härkste Persönlichkeit zu entscheiden, nicht etwa die Richtigkeit irgendeiner Idee. Es wird Zeit, daß die Auferstehungskandidaten ihre Reisen und ihre Kassen musieren!

Der deutsche Gedanke hat unter dem Druck des unerhörten Zusammenbruchs unserer Nation ein paar Jahre im Grabe gelegen. Auch er rührt sich — gebe Gott, daß es hier wahre Auferstehung zu neuem stärkeren durchgeistigten Leben bedeutet und nicht wie bei jenen nur Leichenerweckung Gespenstern. Der deutsche Gedanke hat auch heute eine sehr einfache Formel: ein freies Deutschland aufbauender Arbeit. Dahinter muß sich jeder Deutsche und dahinter kann sich jeder Deutsche stellen. Mehr ist politisch nicht zu erreichen, weniger ist nicht länger zu ertragen.

Will man nicht die Diskussionen über das „Wie" endlich im stillen führen und nicht vor aller Oeffentlichkeit das Ausland?" Will man nicht endlich die einfache Belahung dieser einen Frage als das von allen Deutschen gemeinsam Anerkannte und als Antwort auf alle ausländischen Anfragen und Fühler hinstellen, den Rest aber unmäßig unter sich regeln? Wer aber innerpolitische Machtverhältnisse in dieser Zeit anwendet, soll sich darüber klar sein, daß er damit die Partei über das Vaterland stellt und daß jeder Spiel eines Tages auf den Schützen zurückspringt.

Hexenbesen oder Auferstehung . . . . . Es kommt darauf an, ob die Gespenster mehr Kraft aufbringen als der erwachende Scheintote. Glückauf Deutschland! Seemann.

14 Effenes Autopfer von hinten angeschossen!

Ueber die Art der Verletzungen bei den in den Krappschen Werken verletzten Personen erfahren wir von einer gut unterrichteten Persönlichkeit noch folgendes:

Von den 28 Schwerverletzten sind 11, wie bekannt, gestorben. An den übrigen 17 Schwerverletzten sind Kopf-, Brust-, Bauch-, Becken-, Ober- und Unterschenkelschüsse festgestellt worden. Die Franzosen haben, wie sich aus den Schenkelschüssen ergibt, keine Schreckschüsse abgegeben, sondern mit der Absicht, zu treffen, auf die Menge geschossen. Außer den Schußverletzten sind noch eine Anzahl von Quetschungen, Verstauchungen und Knochenbrüchen zu verzeichnen bei Personen, die bei der Panik zu Schaden gekommen sind. Unter den 11 Toten befinden sich fünf, die durch Schüsse von hinten getötet worden sind. Dies hat auch eine französische Kriegskommission unter dem Kommando eines Generalstabs festgestellt und protokollarisch aufgenommen. Die Kommission hat jedoch darauf verzichtet, die Verwundeten zu besuchen oder auch zu untersuchen. Unden Verwundeten, die inzwischen 17 Schußwunden trugen, sind 6 Schüsse von hinten festgestellt worden.

Die Mörder suchen nach Ausflüchten.

lr. Elberfeld, 5. 4. (Eigenbericht.) Ein französisches Flugzeug warf gestern nachmittag hier Flugblätter ab, in denen versucht wird, die Schuld an dem Essener Blutbad der Firma Krupp zuzuschieben. In dem Flugblatt lautete es u. a.: Arbeiter! Um die Besatzungsbehörden daran zu hindern, fünf Automobile zu requirieren, hat die Krupsche Fabrikleitung die Arbeiter gegen die Duisburg französischen Soldaten aufgehetzt. Für den Verlust an Toten ist Krupp allein verantwortlich. Die Requisition konnte ohne Aufsehen und ohne Störung vor sich gehen. Deutscher Arbeiter! Der Hauptmitschuldige Herr ist kein wahrer Freund!

Auslandspende für die Ruhrkämpfer.

Valparaiso, 5. 4. (W. T. B.) Der hiesige Verwaltungsausschuß der deutschen Sammlung hat dem deutschen Reichskanzler den Betrag von 7500 amerikanischen Dollar für die notleidende Ruhrbevölkerung übermittelt. Dieser Betrag stammt noch aus der Kriegszeit und sollte eigentlich für das Deutschland autonomme Ausmanderer hier im Lande Verwendung finden. Die starke und würdige Haltung aber, mit welcher das ganze deutsche Volk und besonders die Bewohner des Ruhrgebiets dem neuesten französischen Raubzuge begegnet sind, hat das Komitee veranlaßt, den vorerwähnten Betrag, unbeschadet anderer hier zum gleichen Zwecke veranstalteten Sammlungen für die Ernährung der Ruhrkämpfer, zur Verfügung zu stellen.

Um 4½ Uhr:
Doll. 21150, Pfunde 98375.
(Amtlicher Ver-Kurs-Stand: Dl. 1000,0.)

Die Massenverfolgungen der Eisenbahner.

Der „beschlagnahmte" Dampfkran.

Köln, 5. 4. (W. T. B.) Heute vormittag besetzten die Franzosen das Amtsgebäude des Betriebsamtes Neuwied. Die auf die Fernwirkung des Widerstandes der Eisenbahner gerichteten Massenverfolgungen nehmen zu, sind jedoch erfolglos. Es sind neue Verteilungen und Dienstwohnungen und bahneigenen Mietswohnungen erfolgt. In sechs Orten entziehen sämtliche Inhaber von Dienstwohnungen den Räumungsbefehl.

Köln, 5. 4. (Eigenbericht) Gestern vormittag erschienen französische Truppen auf den Werksanlagen der Deutschen Maschinenfabrik in Duisburg-Hochfeld und „beschlagnahmten" einen Dampfkran. Die Arbeiter und Angestellten legten unter Protest gegen diesen Eingriff in den Betrieb die Arbeit nieder. Die Franzosen versuchten den Kran fortzuschaffen.

Darmstadt, 5. 4. (W. T. B.) Rechtsanwalt Kaltmann in Mainz ist ausgewiesen worden. Man redet mit der Ausweisung Kaltmann von Eisenbahnern. Die von den Franzosen gestellte Frist zur Räumung ihrer Wohnungen ist heute früh abgelaufen.

Eine Anklage gegen Krupp?

London, 5. 4. Einer Düsseldorfer Meldung der „Daily Mail" zufolge dürfte Krupp von Bohlen und Halbach wegen Mitschuld an den Vorgängen in Essen von Samstabend von den französischen Behörden angeklagt werden. Diese behaupten, daß die Demonstration der Krupparbeiter gegen die französische Truppenabteilung, die Automobile beschlagnahmen sollte, vorbereitet gewesen sei. (!?)

Schwindelmanöver.

S. Paris, 5. 4. (Eigenbericht) Die Ausdehnung der Besetzung bis nach Mannheim wird von der französischen Presse fast einigen Tagen auf verschiedene Weise zu rechtfertigen versucht. Heute melden die Blätter, daß die französischen Behörden in der Autofabrik von Benz einen Dieselmotor von 15 bis 20 000 Pferdekräften vorgefunden worden sei, ist durchaus unsinnig: sollte hier nicht ein Vorfesser bei der telephonischen Uebertragung vorliegt, sei bemerkt, daß Dieselmaschinen von derartig hoher Leistungsfähigkeit bisher noch nie gebaut wurden und auch voraussichtlich aus wirtschaftlichen Gründen niemals konstruiert werden. Im übrigen kommen Maschinen mit einer so großen Leistung für Unterseeboote überhaupt nicht in Frage. Die ganze Nachricht ist also offenbar wieder eine der bewußten Tendenzlügen.

Frankreichs Hegemoniegelüste.

Nitti rechnet mit den Imperialisten ab.

A. London, 4. 4. (Eigenbericht.)

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti veröffentlicht in der „Nall Mall Gazette" einen scharfen Artikel gegen die französische Ruhrbesetzung. Es sei kein Zweifel darüber möglich, daß die französische Politik zwei Ziele verfolge:

1. die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland, um es an Frankreich anzugliedern oder um darauf einen sogenannten autonomen Staat zu bilden, der unter französischer Kontrolle stehe.

2. Errichtung eines französischen Monopols über die gesamte Eisenindustrie Europas, indem Deutschland seiner reichsten Kohlenfelder beraubt wird und über das Ruhrgebiet eine vollkommene Kontrolle verhängt wird.

„Ich habe Gelegenheit gehabt," führt Nitti fort, „den Bericht einer französischen Militärkommission, datiert vom 28. Mai v. J., zu lesen, und bin zu der Ueberzeugung gelangt, daß seit drei Jahren die wahren Ziele der französischen Politik sind. Das einzig vernünftige Programm wäre in einem industriellen Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich bestanden haben. Eine solche industrielle Verbindung wäre für beide Völker von gleichem Vorteil gewesen und würde ein Element des dauernden Friedens gewesen sein."

Aber die Führer der französischen Eisenindustrie hätten es sich in den Kopf gesetzt, Deutschland seiner Kohle zu berauben, um dadurch die Metallindustrie auf dem ganzen Kontinent zu monopolisieren. Es sei deshalb klar, daß die Ruhrbesetzung nicht zum Zweck hat, Deutschland zu pönigen, irgendeine Reparationssumme zu bezahlen. Frankreich wäre vielmehr durchaus bereit, alle seine Reparationsforderungen zu verzichten, vorausgesetzt, daß die Ruhrbesetzung ihm auf die Dauer seinen Ziele erreichen.

Ihre Zerstückelungspläne.

Ein neuer Pariser Versuchsballon.

London, 5. 4. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die augenblickliche kritische Lage im Ruhrgebiet zwinge die einflußreichen Kreise der politischen Führer in allen Zeitungen Europas, insbesondere in England und Frankreich, zu der Einsicht, daß eine baldige Lösung für das doppelte Problem der Reparationen und der Sicherheit gefunden werden müsse, um eine europäische Krisis vermieden werden solle. Die Bewegung zugunsten einer praktischen Lösung gewinne in amtlichen und nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden. Führende französische Staatsmänner und Militärs hätten das englische Interesse an der künftigen Sicherheit Frankreichs begriffen. Französische Staatsmänner hätten inzwischen die in Betracht kommenden Fragen von einem weiteren und kaufmännischen Standpunkte betrachtet als bisher. — Der Berichterstatter gibt die in manchen französischen einflußreichen Kreisen „selbst einigen der höchsten", herrschende Auffassung, wie folgt, wieder:

1. Reparation: Die Gesamtentschädigung müsse jetzt auf eine verhältnismäßig bescheidene Summe herabgesetzt und der Hauptteil der Reparationszahlungen und -lieferungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwandt werden. Frankreich ernsthafte Mindestforderung für diesen Zweck betrage 26 Milliarden Goldmark. Andererseits werde vorgeschlagen, daß die Schulden der Ententemächte an die Vereinigten Staaten auf Deutschland übertragen werden sollen. Dadurch könne die Forderung Großbritannniens an seine Alliierten in Höhe der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten beseitigt werden. Dem Berichterstatter zufolge würde die gesamte Reparationsforderung auf Grunde dieses Planes etwa 50 Milliarden betragen. Die deutschen Industrielleuten müßten wesentliche Garantien geben, während Berlin selbst die Notwendigkeit weitreichender internationaler Ueberwachung durch die Finanzen Deutschlands bereits zugegeben habe. Deutschland würde natürlich ein wesentliches Moratorium erhalten.

2. Sicherheit: Es würde eine insgesamt, jedoch rasche militärische Räumung des Ruhrgebietes und anderer in der letzten Zeit auf dem rechten Rheinufer besetzter Gebiete durch Frankreich und Belgien stattfinden, vorausgesetzt, daß die deutschen Zahlungen und Lieferungen regelmäßig erfolgen. Außer der im Versailler Diktat vorgesehenen neutralen Zone würde keinerlei Sonderregime errichtet werden. Das westliche Rheinland würde jedoch ein Bundesstaat werden in derselben Art wie die Bundesstaaten Baden und Württemberg innerhalb des Deutschen Reiches. Der Zweck hierbei sei, die bisherige preußische Verwaltung zu beendigen. Diese Weltrheinische Republik wäre politisch, wirtschaftlich und administrativ einen integralen Teil des Reiches bilden; sie würde jedoch unter der Aufsicht des Völkerbundes entmilitarisiert werden. Deutsche Truppen dürften dort nicht gehalten oder rekrutiert werden. Außerdem würde das Deutsche Reich noch einen feierlichen Nichtangriffspakt mit den übrigen Mächten abschließen, vorausgesetzt in der Gestalt einer regionalen Vereinbarung zur Anwendung des Artikels 10 der Völkerbundsfassung.

Was das Saargebiet betreffe, so würde „das natürliche Verfahren" sein, es dem geplanten weitreichenden Staat innerhalb des Deutschen Reiches zu affimilieren, zugleich jedoch Frankreich das Recht zu der freuzigen Kohle fortbestehen zu lassen. Es werde jedoch für die sofortige Schaffung eines autonomen Saarstaates unter Aufsicht des Völkerbundes eintreten, falls dieser Anschlag auf Zukunft dieser Enklave durch Volksabstimmung nach Verlauf von 15 Jahren bestimmt werde.

Der Berichterstatter erklärt jedoch, daß die Einzelheiten eines solchen Planes ausgedehnter Prüfung erforderten, daß jedoch seine Grundsätze vielleicht zu einer ernstlichen und wohlwollenden Erwägung in England berechtigten.

★

Den Zweck dieser Darlegungen liegt auf der Hand: Man will versuchen, England für diesen französischen Plan gewinnen. Die hier aufgestellten Forderungen sind für Deutschland völlig unannehmbar! Frankreich will angeblich als Gegenleistung für die von uns zu übernehmenden Verpflichtungen die „Kaffeemühle" Rheinland zugeben. Dabei würde es jedoch fordern, daß Deutschland nicht nur seinen passiven Widerstand einstellt, sondern daß seine amtlichen und nichtamtlichen Persönlichkeiten im besetzten Gebiet mit den französisch-belgischen Vertretern zusammen arbeiten, daß dort, dieses fremde Regime unterstützen. Für welchen Zeitpunkt die Räumung der ersten Stadtteil zugesichert würde, läßt sich nicht sagen, jedenfalls aber würde Frankreich die Teilung einer ersten Zahlung zur Bedingung machen.

Die Deutschland nun im gegenwärtigen Augenblick nichts geboten hat, würde zunächst vom Beginn der Räumung nicht die Rede sein, Deutschland würde also vorläufig die von Frankreich und Belgien betriebene Ausbeutung des Ruhrgebietes zu dulden haben. Damit würde Frankreich das erreichen, was unser passiver Widerstand bisher verhindert hat. Dieser ist und bleibt unsere einzige Waffe, gegen sie sie einmal auch der Versuch aus der Hand verloren. Die übrigen „Sicherheitspläne", wie die Bezahlung der Ententeschulden an Amerika durch Deutschland und die „Autonomie" für das Saargebiet sind sämtlich unannehmbar wie die Ruhrideen der französischen Gewaltpolitiker.

Die hiesige königliche rumänische Gesandtschaft teilt uns mit, daß bei der heimatlichen Nachricht über die in der Presse verbreiteten angeblichen revolutionären Bewegungen in Rumänien vorliegt. Sie glaubt in der Lage zu sein, daß alle Meldungen als tendenziöse Erfindungen hingestellen zu können.

Ruhrkonferenz unter vier Augen.

Loucheur und Lloyd George.

S. Paris, 5. 4. (Eigenbericht)

Die Reise Loucheurs nach London wird in den französischen Blättern auffallend wenig beachtet, erregt aber aufsehenerd in England größte Aufmerksamkeit. Das „Echo de Paris" berichtet, daß Loucheur die Oberfeiertage beim Besitzer des „Daily Telegraph" verbracht habe, daß er, wie bereits gemeldet, in Chequers mit Lloyd George eine längere Unterredung gehabt und ferner mit dem Schatzkanzler Baldwin gesprochen habe. Loucheur beabsichtigt, einige Tage in Cannes zuzubringen. Von seinen bisherigen Unterredungen mit englischen Persönlichkeiten erregt, wie das „Ladbogramm" berichtet, die Zusammenkunft mit Lloyd George die größte Aufmerksamkeit. Seine Flüchtungnahme mit dem früheren englischen Premierminister habe den Zweck, eine engere Zusammenarbeitzwischenbeiden Ländern vorzubereiten. Nach dem gleichen Blatt werde in gewissen Kreisen sogar behauptet, daß Lloyd George seine Rede im Unterhaus über die Ruhrpolitik nur deshalb aufgeschoben habe, weil er gewor sich mit Loucheur über die Ruhrfrage aussprechen wollte.

Englands „bestimmte Politik".

London, 5. 4. Viscount Novar, englischer Staatssekretär für Schottland, erklärte gestern im Laufe einer Rede in Edinburgh, die englische Regierung verfolge eine ganz bestimmte Politik, nämlich die, am Rhein zu verbleiben, um die englischen Handelsinteressen zu schützen und sich bereit zu halten, eine Vermittlung anzubieten, wenn der geeignete Augenblick gekommen sein werde. (?)

Die Stellung der englischen Arbeiterpartei.

London, 5. 4. (W. T. B.) Reuter meldet: Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Porthcawl (Wales), er sei fürzlich in Paris gewesen und habe feststellt, daß man dort angebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, des belgischen und des italienischen Parlaments in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um gemeinsamschaften, unter gleichen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könnte. Es bestehe darauf, daß man einer Lösung des Ruhrproblems viel näher sei als vor drei Wochen. Die Arbeiterpartei bemühe sich, die englisch-amerikanische Zusammenarbeit mit Europa aufzustande zu bringen, nicht für militaristische und imperialistische, sondern für moralische Zwecke, damit Amerika, Großbritannien und andere Mächte eine großzügige europäische Politik einleiten könnten. Der Versailler Vertrag werde revidiert werden müssen.

★

London, 4. 4. Der von der Bergarbeiterunion im Mbondda-Tal angekrabte Streik, der mit der Weigerung einer Anzahl Arbeiter, der Organisation beizutreten, in Zusammenhang steht, hat heute begonnen. Sämtliche Gruben im Mbondda-Tal liegen still. 46 000 Arbeiter sind ausständig. Die Bergleute in Swansea und Südwales arbeiten wir gewöhnlich.

Eine Gruppe ausständiger Landarbeiter patrouillierte gestern in Norfolk unter Führung des Blatts „Die rote Fahne" durch Kingslynn. Wegen der Unruhen am Montag werden jetzt die Gruppen der Ausständigen von der Polizei begleitet. Die Farmer werden von der Polizei geschützt und sind mit Gewehren bewaffnet.

Eisenbahnkonferenz in Bonn.

S. Paris, 5. 4. (Eigenbericht)

In Bonn soll heute eine wichtige Konferenz über die an der Ruhr zu ergreifenden Maßregeln, vor allem über die Frage der Eisenbahnverwaltung abgehalten werden, an der u. a. General Degoutte, der Präsident der interessierten Rheinlandkommission Tirard, der belgische Oberkommissar Rolland und der Vorsitzende der alliierten Ingenieurkommission teilnehmen. Tirard wird sich sodann, wie der „Petit Parisien" berichtet, am Freitag zu einer Zusammenkunft mit Minister Le Troqueur nach Düsseldorf begeben.

Wie Geheimrat Zechlin verhaftet wurde.

Ueber die Verhaftung des Vertreters der Reichspressestelle in Düsseldorf, Geheimrats Zechlin, erfahren wir noch folgende nähere Einzelheiten:

Ostersonnabend früh 7 Uhr erschienen vier französische Kriminalbeamte im Hotel Römischer Kaiser in Düsseldorf, wo Geheimrat Zechlin wohnte und fragten nach ihm. Da sie ihn nicht vorfanden, warteten sie. Um die Mittagsstunde kam Geheimrat Zechlin zurück und beauftragte den Pförtner, sein Gepäck in eine in der Nähe gelegene Wohnung zu schaffen, die er zu besitzen Beschlagnahme. Dann verließ er das Hotel, um sich in die Wohnung zu begeben. Die französischen Kriminalbeamten hatten sich inzwischen in dem Hotel verstellt und Geheimrat Zechlin, als er das Haus betrat. Sie untersuchten seine Koffer und verhafteten ihn darauf. Dann wurde er in das Gefängnis Düsseldorf Derendorf untergebracht. Dort befindet er sich zur Zeit noch.

Die Deutschenfresser in Aberdeen.

London, 5. 4. (W. T. B.) Reuter meldet: In Aberdeen kam es gestern zu ernsten Unruhen. Die streikenden Fischer suchten die Lastträger, die die von deutschen Fischdampfern herangeführten Fische abladen und zum Markte schaffen wollten, daran zu hindern. Als die Träger den Markt unter Polizeischutz erreichen wollten, wurden sie von mehreren tausend Ausständigen, die von ihren Frauen begleitet waren, mit einem Hagel von Fischeinsätzen empfangen. Die Polizei machte einen Angriff mit Knüppeln, während sie von den Fenstern der Nachbarhäuser mit Wurfgeschossen überschüttet wurde und zerstreute schließlich die Menge. Ein Polizist und ein Ausständiger wurden schwer verletzt.

Attentat auf den Sohn des Botschafters in Rom.

Der junge v. Neurath verwundet.

Rom, 5. 4. (Eigenbericht.)

Der Sohn des deutschen Botschafters Freiherrn von Neurath wurde, als er gestern vormittag im Garten der Botschaft mit seinem Hunde spazieren ging, von einer Kugel aus einem kleinkalibrigen Revolver in den rechten Unterarm getroffen. Nach ärztlicher Aussage dürfte er in acht Tagen geheilt sein. Die Polizei stellt Nachforschungen nach der Schuldigen an.

Der vor wenigen Wochen erfolgte Einbruch in die deutsche Botschaft in Rom durch bewaffnete Räuber, die von ihren Schußwaffen bei ihrer Entdeckung Gebrauch machten und den deutschen Botschaftssekretär erheblich verletzten, ist noch in aller Erinnerung. Ob die neue Verbrechen gegen den Sohn des Botschafters damit in unmittelbarem Zusammenhang steht, ist zunächst nicht erschöpfend, aber möglich. Wir erwarten, daß die italienische Regierung schleunigst sehr energische Schritte zum Schutze der deutschen Botschaft und ihres Personals ergreift und kein Mittel unversucht läßt, um diese unerhörten verbrecherischen Anschläge, die auf französische Mörder zurückgehen dürften, restlos aufklärt.

Frankreichs Fluchtpolitik.

Paris, 5. 4. (W. T. B.)

Marineminister Raiberti sprach sich einem Vertreter des „Petit Parisien" gegenüber über die Zukunft der französischen Marine aus und begründete sie für den Ausbau der Marine gestellten Forderungen.

Der Minister hob hervor, daß man ohne Marine keine auswärtige Politik treiben könne. Man müsse an Danzig (!), Memel (!), Konstantinopel, Smyrna, Alexandrette und an den Fernen Osten denken und sich fragen, ob man die Bestrebung der nationalen Interessen ohne Marine durchführen könne. Eine große Kolonialmacht könne ohne Marine nicht existieren. Die Aufrechterhaltung der Freiheit der Verbindungen zu Wasser sei für Frankreich eine Frage von Leben und Tod. Die französische Politik mache mit der Schaffung einer großen Marine erforderlich. Es genüge für Frankreich, eine moderne Marine zu besitzen, die, mit allen Vervollkommnungen der Wissenschaft und Technik ausgestattet, eine wollkommene Verbindung von Ueberwasserschiffen mit Unterseeboten und Wasserflugzeugen herstellen könne. Eine derartige Flotte sei nicht über eigs aber die finanziellen Möglichkeiten Frankreichs nicht.

340 russische Bauern hingerichtet.

Lemberg, 5. 4. (T. U.) Die Blätter melden aus Kiew, daß in der Ausgabe des Gouvernements Wolhynien, Schitomir, Bauernunruhen ausgebrochen seien, welche von den Bolschewisten blutig unterdrückt worden seien. Es sind 340 Bauern hingerichtet worden. Das Urteil wurde sofort vollzogen.

Das türkische Alkoholverbot.

Paris, 4. 4. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ist den alliierten Oberkommissaren der bereits gemeldete Beschluß der türkischen Regierung mitgeteilt worden, in Konstantinopel das Verbot alkoholischer Getränke durchzuführen. Das Militärgouvernement in Konstantinopel werde heute mit dem interimistischen Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, General Mombelli, den Verbrauch alkoholischer Getränke durch die alliierten Truppen in einzelnen regeln. Man nehme an, daß die alliierten Oberkommissare Einspruch erheben werden.

Vertagung des japanischen Parlaments.

Das allgemeine Wahlrecht zum viertenmal abgelehnt.

London, 5. 4. (Eigenbericht)

Nach Meldungen aus Tokio ist die 46. Session des japanischen Parlaments am 31. März geschlossen worden. Die Tagung verdiente darum besonderes Interesse, weil das seit Juni 1922 im Amte befindliche Kabinett Kato zum ersten Mal Gelegenheit fand, seine Politik vor den parlamentarischen Körperschaften zu vertreten. Es hat, wie zu erwarten war, nicht an heftigen Angriffen der Opposition gefehlt. Im Abgeordnetenhaus kam es mehrfach zu tumultuösen Szenen, bei denen die Abgeordneten die Sitzungen unterbrachen. Auch im Herrenhaus wurde einmal durch eine Skandalszene das Debatten nicht gemahnt.

Unter den angenommenen Gesetzen befindet sich die Einführung der Geschäftsmonopolsteuer im Justizwesen, die Revision des Einkommensteuergesetzes, wobei der britische Finanzsatz vom Jahre 1922 als Muster gedient hat, und andere wichtige Gesetze über die Pensionen, vermehrte Zuschüsse für die Volksschulen und Festsetzung des Mindestalters für Kinder bei der Beschäftigung in der Industrie. Die Schiffsvermessungsriche werden erheblich erweitert und neu organisiert.

Das zerspliterte Parteiwesen ist es nicht zu Erfolgen der Oppositionsparteien kommen lassen. Das beziehe sich besonders auf das angestrebte allgemeine und gleiche Wahlrecht, das nunmehr zum viertenmal durch die Majorität der Seiyuukatpartei zu Fall gebracht wurde. Die Oppositionsparteien haben lange auf längere Debatten berechnet. Dagegen griff die Kenseikaipartei vornehmlich die Regierung auf außenpolitischem Gebiet und besonders heftig ist des Budgets an, wobei die Minister sogar der Korruption beschuldigt wurden. Ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung drang jedoch nicht durch.

Die letzten Tage der Session wurden beherrscht von der Forderung Chinas, den Vertrag vom Jahre 1915 aufzuheben, was die japanische Regierung strikte abgelehnt hat. Darauf hat sich die Spannung zwischen beiden Staaten wesentlich verschärft, was in einem streng durchgeführten Verbot der japanischen Banken an China zum Ausdruck gekommen ist.

Der heutige Stand der russischen Agrarfrage.

Von

Prof. Dr. Otto Auhagen.

II.*)

Die Räteregierung weiß, daß zur Gesundung des russischen Wirtschaftslebens die erste Vorbedingung die Hebung der Landwirtschaft ist. Eine Wiederherstellung der alten Gutsbetriebe kann als Regel nicht in Frage kommen. Dem würde sich in den meisten Fällen die Bauernschaft mit größter Hartnäckigkeit widersetzen. So sehr das Schicksal derer zu beklagen ist, die unter furchtbaren Umständen alten Familienbesitz ohne Entschädigung verloren haben, so werden diese sich doch in das Unabänderliche fügen müssen. Wollten die Emigranten bei einem politischen Umschwung auf ihre Güter zurückkehren, so würden sie Feinde finden, die sich am Anbang eines Bulkans wieder anbauen, der erfahrungsgemäß alle paar Jahre Feuer speit. Ganz anders machte die Räteregierung der Großbetrieb, nicht entbehren. Abgesehen von den Hoffnungen, die sie angeblich noch immer auf die Rätewirtschaften und Kommunen setzt, ist sie bestrebt, westeuropäisches Kapital heranzuziehen, um größere Territorien in dem noch dünn besiedelten Osten auf der Grundlage langjähriger Pachtkonzessionen mit allen Mitteln der modernen Technik kultivieren zu lassen; auch ist nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der Zuckerrübengüter nebst den benachbarten Zuckerfabriken an Ausländer vergeben wird. Weitaus die wichtigste Aufgabe aber ist die Hebung der bäuerlichen Wirtschaft. Der Bauer, der vor dem Kriege etwa 80 Prozent des landwirtschaftlichen Nutzlandes innehatte, besitzt heute 97 Prozent. Er ist also der eigentliche Träger der russischen Landwirtschaft. Die Regierung hat vielerlei Einrichtungen getroffen und viele Einrichtungen auch aus früherer Zeit übernommen, um den Bauern durch Wort und Beispiel über fortschrittliche Methoden zu belehren und ihn mit leistungsfähigeren Zuchttieren, verbesserten Saatgut, kräftigen Düngemitteln, Geräten und Maschinen zu versorgen. Es muß anerkannt werden, daß das System der technischen Förderung des Bauernstandes in der Theorie ausgezeichnet aufgebaut ist; einstweilen ist es jedoch für die meisten Orte nur ein Schema, dem infolge der Verarmung des Landes der tatsächliche Inhalt fehlt; auch macht es sich nachteilig geltend, daß die frühere politische Organisation (die Semstwos), die in manchen Gouvernements Hervorragendes leisteten, zerschlagen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Organe der Räteregierung verwandelt worden sind. Organisationen, in denen das Volk eigene Initiative entwickelte, waren der bolschewistischen Zentralgewalt unbequem. Im Laufe der Zeit dürften diese Schwächen aber mehr und mehr zurücktreten, und es wird vielleicht nicht lange dauern, bis auch das jetzige System zu sichtbaren Erfolgen führt.

Doch die Voraussetzung für die Wirksamkeit all dieser einzelnen Maßnahmen ist die Reform der Vorkriegszeit. Auch in dieser Beziehung hatte die Revolution viel Unheil gestiftet. Nicht nur, daß die Stolypinsche Agrarreform zum Stillstand gekommen war, großenteils wurde sie auch rückgängig gemacht. Sie war in erster Linie auf das Interesse der mittleren und größeren Bauern zugeschnitten und neben der der Masse der Zwergbauern unbeliebt. Die aus dem Dorfe abgesonderten Einzelhöfe mußten vielerorts zurückfehren, die Landsleichern mußten Land abgeben, neue Umteilungen wurden als bäuerliches Grundnotwendig; auch die Aufteilung der Gutsländereien bei hiergu Anlaß. So ging die Festigkeit des Besitzrechtes, wie sie die Stolypinsche Reform für Mitglieder von Bauernhöfen begründet hatte, wieder verloren. Erhobt wurde die Unsicherheit noch durch ein Gesetz aus dem Jahre 1919, das eine zwangsmäßige Ausgleichung des bäuerlichen Grundbesitzes im Rahmen des gesamten Reiches in Aussicht nahm. Diese Verhältnisse trugen zum Niedergange der Landwirtschaft in hohem Grade bei. Die Räteregierung hat ihren Fehler eingesehen. Durch zwei gesetzgeberische Akte des Jahres 1922, durch das Gesetz über die Arbeitslandnutzung vom 22. Mai und zusammenfassend durch den Bauernkodex vom 30. Oktober, hat die Landwirtschaft wieder eine feste rechtliche Grundlage erhalten und ist der Weg zum Fortschritt freigelegt worden.

Festgestellt wird allerdings an dem Grundsatz, daß der Boden Volkseigentum ist; Privateigentum an ihm gibt es nicht. Auch das Land, das seit unvordenklichen Zeiten einer Bauerngemeinde gehört, gilt als nationalisiert. Aber wenn er auch nicht Eigentum ist, so hat der Bauer doch ein festes Nutzungsrecht, noch dazu ein erbliches.

Während in den ersten Jahren die bolschewistische Gesetzgebung den bäuerlichen Individualbesitz als unwirtschaftlich und überlebt bezeichnete, wird nunmehr der Gemeinde das Recht zugesprochen, sich ihr Besitzrecht nach Belieben zu wählen. Sie kann an dem alten Gemeindebesitz festhalten; sie kann die „Kommune" oder andere kollektivistische Formen einführen; sie kann jedoch auch zum Individualbesitz, selbst zur Einzelbewirtschaftung übergehen. Es genügt, daß die Gemeinde dies wieder darf. Die Bauernschaft stimmert sich nicht darum, daß in bolschewistischen Schriften immer noch die Kommune als das Zukunftsideal gepriesen wird; nach allem, was aus Rußland zu hören ist, drängt sie sich in hellen Scharen zum Individualbesitz, und die Landmesser werden bei weitem nicht aus, um diesem Ansturm gerecht zu werden.

So ist die Agrarpolitik Moskaus hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirkung auf den Weg der Stolypinschen Reform zurückgekehrt, so sehr sich auch die Urheber der heutigen Reform gegen deren Identifizierung mit der früheren verwahren. Gewisse Unterschiede sind allerdings vorhanden. Weniger wichtig ist, daß die Kosten nicht wie früher vom Staate, sondern

*) I. Nr. 155/56 vom 3. 4.

von den Interessenten zu bestreiten sind. Bedeutsam ist dagegen, daß die Behörde die Gemeinden nicht mehr zu der Reform drängt, wie es früher vielfach geschah, und nicht so gewagt ist, zur Erzielung eines möglichst großen technischen Erfolges sich über die Interessen der kleinsten Bauern hinwegzusetzen. Dieser veränderten Stellungnahme der Regierung entspricht auch eine wichtige Gesetzesänderung. Früher konnte unter Umständen ein einzelner Bauer, der an wirtschaftlicher Kraft und Tüchtigkeit den anderen überlegen zu sein pflegt, zur Erzielung eines möglichst großen technischen Erfolges sich über die Interessen der kleinsten Bauern hinwegs

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Wohlwollende Impotenz.

Von unserem Berichterstatter.

A. London, 1. 4. 1923.

Der alte Asquith, der in seiner würdevollen Greisenhaftigkeit den ganzen englischen Liberalismus recht treffend personifiziert, findet ab und zu noch die Kraft, den Nagel auf den Kopf zu treffen. Im Laufe der letzten Ruhrdebatte des Unterhauses variierte er das Wort von der „wohlwollenden Neutralität" der englischen Regierung in „wohlwollende Impotenz" und sagte damit in der Tat alles zusammen, was sich über die englische Regierungspolitik und über diese parlamentarischen Verhandlungen sagen läßt. Man wird es allmählich müde, immer wieder dieselben Dinge mit vielen Umschweifen auseinanderzusetzen, und es war diesmal recht deutlich erkennbar, daß auch auf englischer Seite alle Beteiligen des zweckvollen Spieles nachgerade müde sind: die Regierung, die Opposition und die Zeitungen. Das Interesse an all dem Gerede ist in den politischen Kreisen nur noch recht gering und in den breiten Volksmassen ist es längst vollkommen geschwunden.

Auch die Haltung der Regierung der englischen Politik lassen sich auch immer nur dieselben unveränderten Lehren ziehen. Es ist die alte Lehre, daß Frankreich einig bleiben und seinen passiven Widerstand fortsetzen muß — erst mehr als jemals. Gerade wenn man die Lage im Hinblick auf die englische Politik betrachtet, erscheint dieser Widerstand heute als die einzige Möglichkeit, und man kann nur dringend vor allen Versuchen warnen, die unter Berufung auf englische Ratschläge oder angeblich im Stillen gegebene Versprechungen Frankreich zu Zugeständnissen verführen wollen. Hierzu gehört vor allem auch die Behauptung, daß, wenn die deutsche Regierung neue Vorschläge machen und damit „neue Tatsachen" schaffen würde, die englische Opposition so gestaltet würde, daß die Regierungspolitik umstellen müßte. Wenn Poincaré erklärt, daß bestehen sollte, daß Deutschland den Franzosen oder dem Völkerbunde das Rheinland anbietet — kann allerdings! Widerverstellt aber ist das eine Milchmädchenrechnung, an der auch nicht ein Faktor richtig ist. Wir lassen die Frage, ob die Vorlegung neuer deutscher Vorschläge in diesem Augenblick angebracht ist oder nicht, ganz auch dem Spiel; was hier betont werden soll, ist lediglich die Tatsache, daß die Entscheidung dieser Frage die Hoffnung auf England, sei es auf die Regierung oder auf die Opposition, keine Rolle spielen darf. Wenn man die Dinge anders darstellt, so verleitet man die deutsche Öffentlichkeit dazu, ihr Vertrauen auf Versprechungen zu setzen, im Vergleich zu denen die Versprechungen Wilsons beim Waffenstillstand gottsicere Hypothesen waren.

Wenn sogar der englische Liberalismus, und sogar der Liberalismus Lloyd George'scher Färbung, immer wieder als wohlmeinender Freund Deutschlands hingestellt wird, so können die diejenigen, die an dieses Märchen glauben, sehr bald an das Wort erinnert werden: Gott schütze mich vor meinen Freunden. Wir haben seit längerer Zeit darauf hingewiesen, daß die Propaganda für einer Auslieferung der Rheinlande an den Völkerbund, im englischen Parlament einen Block um sich vereinigt, der von der extremen Rechten über Lord Robert Cecil und den Liberalismus bis tief in die Reihen der Arbeiterpartei hineinreicht. Hier droht eine Entwicklung, der man in Deutschland so gelassen Aufmerksamkeit schenken sollte und bei der die englische Opposition eine ganz andere Rolle spielen könnte, als in den oben erwähnten Verhältnissen erkennen wird. Die Reise Robert Cecils nach den Vereinigten Staaten war seit langem geplant, und es ist zweifellos nicht richtig, daß der ursprüngliche Zweck dieser Reise darin bestand, die amerikanische Öffentlichkeit für den Plan einer Neutralisierung der Rheinlande zu gewinnen. Aber auf der andern Seite ist es ebenso sicher, daß sich dieses Ergebnis geradezu als ein Nebenprodukt der Cecilschen Propaganda ergeben wird, und wenn man bedenkt, wie einheitlich sich bisher England und Amerika in ihrer Stellung zur Ruhrfrage verhalten haben, so sieht man bereits die berühmte „Weltmeinung" in dieser Frage entstehen, die ihren ungeheuren Druck auf Deutschland ausübt und, nachdem die Pläne des französischen Militarismus mit Entrüstung verurteilt hat, diese selben Pläne unter der frommen Maske des Pazifismus durchführt. Es ist der größte und gefährlichste Schwindel, der die deutsche Reichseinheit seit dem Waffenstillstand bedroht war.

Was aber die Haltung der Regierung betrifft, so haben die letzten Tage gezeigt, daß selbst Lloyd George Frankreich noch viel weiter geht, als selbst die ärgsten deutschen Pessimisten vermutet hatten. Es war von allem Anfang an klar, daß sie nichts für Deutschland tun kann, aber man konnte immerhin noch im Zweifel sein, ob sie etwas tun will. Auch für diese Zweifel ist jetzt kein Raum mehr. Es steht fest, daß im Anschluß an die italienisch-belgischen Besprechungen von Rom und Mailand von italienischer Seite in London sehr bestimmte Vorschläge für eine gemeinsame englisch-italienische Aktion vorgetragen wurden und daß dieser Schritt in London die denkbar kühlste Aufnahme fand: England könne sich an einer solchen Aktion nicht beteiligen, wenn nicht auch Frankreich daran teilnehme. Es ergibt sich also die merkwürdige Tatsache, daß England, trotz seiner „Neutralität" diplomatisch fester an der Seite Frankreichs steht als Poincaré selbst, wenigstens in gewissem Maße, sogar als Belgien, obgleich diese beiden Staaten an der Ruhraktion selbst beteiligt sind — (in gewissen deutschen Zeitungen konnte man bei Belgien der Besetzung die Wahrung lesen, daß der deutsche Widerstand ja nicht etwa zu ernsthaft werden dürfe, damit das Eingreifen der englischen Regierung nicht erschwert werde!). Diese englische Haltung, die in Rom hart enttäuscht haben soll und die für die Beurteilung der französisch-englisch-italienischen Freundschaft recht bemerkenswert ist, hat den römischen Bemühungen für den Augenblick ein Ende gemacht. Aber: in diesigen unterrichteten Kreisen erhalten sich merkwürdigerweise dennoch die Gerüchte, daß Rom und Brüssel auf eine baldige Beendigung des Konfliktes drängen und daß ein Umschwung der Lage schneller zu erwarten sei, als es nach außen den Anschein hat.

Die gegenwärtige Verteilung der englischen Haltung scheint vor allem auf den Einfluß wirtschaftlicher Kreise zurückzuführen zu sein, die sich noch immer mit dem großen Plan der gemeinsamen französisch-englischen Ausbeutung von Rhein und Ruhr beschäftigen. Man darf nicht vergessen, daß hier Stinnes, der gleichsam die wirtschaftliche Ergänzung zur politischen „Internationalisierung" wäre, unter der Herrschaft des Völkerbundes die schönsten Aussichten hätte. Longwort, der gegenwärtig in London ist, wird die Sache schon machen: er ist da ganz in seinem Element. Auch sonst ist so bekannt, daß die englische Industrie sallerdings im Gegensatz zur Finanz) durch die französische Aktion recht ansehnliche Vorteile hat, wenn das auch nicht immer so offen zugegeben wird wie von dem Vorsitzenden der Handelskammer von Sheffield, der vor kurzem auf den Aufschwung der englischen Stahlindustrie hinwies und dabei gelassen die denkwürdigen Worte sprach: „Die Ruhrbesetzung ist eine gute Sache für Sheffield".

Amtliches Bekenntnis zur Schuldfrage

Von

L. Raschdau, Gesandter a. D.

In der Rede, die vor einigen Tagen der Reichskanzler in München gehalten hat, sind sich ein Satz, der zur Beurteilung gefunden hat, die er verdient. Er sei um seiner Bedeutung willen hier wörtlich wiederholt: „Wie ich hier ausdrücklich feststellen möchte, ist aus dem seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages veröffentlichten Depeschenwechsel der russischen Diplomatie der unanfechtbare Beweis zu erbringen, daß alles, was von der französischen Regierung über Deutschlands Verhalten bei Entstehung des Weltkrieges gesagt wurde, erfunden oder tendenziös entstellt ist." So wird hier endlich einmal von der ersten verantwortlichen Stelle des Reichs eine Tatsache festgestellt, der die Leiter unserer auswärtigen Politik bisher ängstlich aus dem Wege gegangen sind. Während nicht nur in den neutralen Gebieten, sondern selbst in den früher feindlichen Ländern die Zahl derer, die die Meinung des Kanzlers teilen, ständig steigt, hüllten sich unsere Staatsmänner in Schweigen und schienen damit die Anklagen unserer bittersten Gegner zu rechtfertigen. Die deutsche Regierung hat mit dieser Haltung eine Frist gewonnen, die unsere Feinde, an ihrer Spitze Poincaré, für ihre weitreichende Propaganda ausgenutzt haben. Das bei uns bedauerliche Schweigen ist als Schuldbekenntnis ausgelegt worden, und seine Anklagen sind auch von amtlicher, nicht französischer Seite immer wieder aufgenommen worden. So hat in diesen Tagen der parlamentarische Unterstaatssekretär Max Weil — übrigens eine Persönlichkeit, deren Eignung für den hohen Posten englische Blätter anzweifeln — sich nicht gescheut, die britische Politik der Gutgläubigkeit in der Kriegsfrage auch damit zu rechtfertigen, „daß es noch zu früh sei, zu vergessen, wie Deutschland des großen Verbrechens gegen die Menschheit beschuldigt werde". So beleidigende Worte wären in London an solcher Stelle nicht mehr gesprochen worden, wenn die verantwortlichen deutschen Staatsmänner auf diesem Gebiete ihre Aufgabe gerecht geworden wären. Jetzt hat der Reichskanzler den Finger an die Wunde gelegt und die einzige Wahrheit ausgesprochen, daß die französische Regierung für einer Geschichtsfälschung schuldig gemacht hat. Aber das kann natürlich nur ein erster Anfang sein. Auf diesem Wege müssen wir bei jedem sich bietenden Anlaß weiterschreiten. Es wäre daher im ganzen Reiche lebhaft begrüßt worden, wenn in der letzten Ausschußsitzung für Auswärtiges die Worte des britischen Unterstaatssekretärs eine sachliche Entgegnung erfahren hätten. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß gegenüber britischen Staatsmännern eine andere Sprache am Platze ist als gegenüber französischen. Denn seit einmütig herrscht in England die Ansicht, daß der Einbruch in die Ruhr mindestens eine Torheit ist, und es ist bezeichnend, daß sich unsere Politiker gegenüber England Zurückhaltung auferlegen. Bei der Diplomatie besteht ein Teil der Kunst in den Schattierungen der Sprache, in den „Nuancen", wie Bismarck es ausdrückte. Gegenüber jenen öffentlichen Angriff ist die Verteidigung unsere unumgängliche Pflicht.

Es muß immer wieder gesagt werden, was die Deutschen, die aus dem Auslande kommen, durchweg bestätigen: unser Schweigen schädigt uns, unsere Propaganda ist im letzten Falle nicht zu entbehren, wir verkennen immer noch die Psychologie, mit der der Gegner arbeitet. Er rechtfertigt seine Gewaltpolitik vor der Welt mit der Vorgabe, daß Deutschland um der Ungeheuerlichkeit seines Verbrechens kein Mitleid verdiene. Nicht der Sieg, hat einst Poincaré erklärt, berechtigt die Verbündeten zu ihren Forderungen, sondern die Art, wie der Krieg entstanden. Und wir geben Nachweis ist auch heute noch die feindliche Propaganda in der Welt gerichtet. Ich bekomme aus den Vereinigten Staaten jede Woche eine Anzahl von Zeitungsausschnitten, die sich viel mehr, als wir in Deutschland vermuten, mit der Ruhrangelegenheit beschäftigen. Es bereitet sich heut seit einigen Monaten eine uns günstigere Wandlung in der Stellungnahme des Volkes zu den deutschen Dingen vor, aber noch ist der Kreis beträchtlich, der sich von der Auffassung, die unsere Feinde bei verbreitet haben, nicht trennen will. Dieser Umstand beeinflußt unzweifelhaft auch die Haltung der Washingtoner Regierung. Bis zu welcher Gehässigkeit der Sprache einzelne Blätter dort noch gehen, dafür eine Probe. Ein Baltimorer Blatt schrieb dieser Tage: „Der deutsche Angriff auf Frankreich war eins der teuflischsten Verbrechen der Weltgeschichte. Er wurde mit einer Verruchtheit ausgeführt, die den Schmutzgeruch der Hölle an sich trug". In diesem Ton geht es Abschnitte lang. Man sagt nicht, daß solche Worte als Verirrungen eines aufgeregten Gehirns keine Beachtung verdienen. Die Neuerung Max Weils wird nur in der Form ab in der Sache sagt sie dasselbe, und sie sollte bei uns an verantwortlicher Stelle nicht unbeachtet bleiben. Als derselbe Vertreter Lloyd George bei anderer Gelegenheit einen anfragenden Mitglied die abfonderliche Gegenfrage stellte, ob etwa England die Macht habe, Frankreich an den Zollmaßnahmen zu hindern, durch die es den englischen Handel am Rhein schädige, war das Unterhaus von einem peinlichen Gefühl beherrscht. Heute gibt es in England genug Kreise, die es mit innerem Widerstreben empfinden, daß ihr Land tatsächlich noch immer auf der Seite einer durch und durch verwerflichen Politik steht. Aber die Besorgnis vor der mächtigen Eroberungsmacht Frankreichs, die England selbst zu keinem eigenen Schaden so sehr gefüdert hat, läßt sie schweigen und stillhalten zu den unerhörten Ausschreitungen an der Ruhr. Auch in englischen Blättern spottet man über die Versicherung Poincarés, daß niemand, der in der französischen Politik auch nur die geringste Rolle spiele, je auch nur im Traume daran gedacht habe, eine Annexionspolitik gegen Deutschland zu verfolgen. Wenn trotzdem die leitenden Politiker im Lande die französische Politik zu beschönigen suchen, so geschieht es aus jener Sorge heraus. Denn einzelnen Menschenverstand aber spricht ein hoch Wissenhaft und der Seele, wenn er im Überhaus erklärt, „man sei der papageienhaften Versicherung der Verehrung für Frankreich endlich überdrüssig". Wir fordern also die effektive Meinung Englands, wenn wir seine Rollage Max Weils in der durch die Verhältnisse gebotenen Form ablehnen und widerlegen.

Die eingangs angeführten Worte des Kanzlers halten sich innerhalb gewisser Schranken, die man aus taktischen Gründen gutheißen muß. Er sagt nicht, wie so mancher vaterländisch gesinnte Deutsche es ausgesprochen haben möchte, Deutschland hat unschuldig am Kriege. Das ist eine Frage, die wir der historischen Forschung überlassen können, die uns aber von der Hauptsache ablenkt, indem sie langwierige Betrachtungen über den Begriff von Schuld und Unschuld auslöst, Betrachtungen, die es unseren Gegnern immer ermöglichen werden, der klaren Entscheidung des vorliegenden Falles aus dem Wege zu gehen. In unserer heutigen Lage und für den Zweck, den wir erreichen wollen, ist es ausreichend, den Nachweis in der Welt zu verbreiten, den und die in den letzten Jahren, besonders aus Russland veröffentlichten amtlichen Aktenstücke unzweifelhaft erbracht haben.

Auch darin hat der reichskanzler getroffend gehandelt, daß er bei der Tatsache, daß sich unserer Anerkennung des Kriegsverschuldens im Versailler Vertrag liegt, wortlos hinweggeht. Er entzieht damit den Franzosen den Vorwurf, sie hätten erst ein Stück benutzte Gewissen. Wir sind heute in der Lage, die Schuldfrage zu behandeln auf Grund der Ueberführungsstücke, die erst seit 1919, das heißt seit den erzwungenen durchbrechenen, aus Zugeständnis gekommen sind und das frevelhafte Spiel Poincarés und Izwolskis für einen unbeteiligten Beurteiler klargestellt haben. Es war der frühere Minister Simonds, der seinerzeit mit vollem Ihre in London dem britischen Ministerpräsidenten auf diesen Vorwurf hin Einhalt gebot, daß das lebendige Recht, selbst gegenüber der „force de choose juger", die Möglichkeit der endgültigen Feststellung der Wahrheit sichere. Wir müssen uns unserer Aufgabe, die wir in der Vergangenheit nicht erfüllt haben, die unsere Regierungen zum Ausdruck gelegt und heute auch unser inneres eben vollständig beeinflußt, gibt es zurzeit nur die beiden großen und engverbundenen Fragen: die des Schuldproblems und die Zurückführung des passiven Widerstandes gegenüber dem französischen Einbruch. Die Regierungen der Großmächte scheuen sich vor einer Beteiligung an letzterer Frage, indem sie sich vor ihren Völkern mit der Sorge von der französischen unberechtigten Drohung entschuldigen, jede Einmischung als feindselige Handlung ansehen. So bleibt uns vorerst nur die Einwirkung auf die öffentliche Meinung der Welt übrig, bis sich schließlich auch die Regierungen nicht werden entziehen können. Die Völker verurteilen in wachsendem Maße, im Gegensatz zu ihren Leitern, den französischen Gewaltmarsch, der sich bereits in Massstäbe feiten auch gegen andere friedliche Staaten fühlbar macht. Das ist die eine Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Die andere aber ist von dem stillen Widerstande nicht abzulassen, den unser Volk der französischen Gewaltpolitik leistet.

Deutschlas Vergewaltigung.

Der fünfte Teil der Reichsbevölkerung unter fremdemoch.

Das Statistische Reichsamt, wie schon gemeldet, unter dem Titel „Statistische Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges" eine Schrift erscheinen lassen, die sich die Leistungen Deutschlands gegen das Waffenstillstandsvertrages und des Diktats von Versailles als auch Wirkungen der Gebietsabtretungen, der Zahlungen und Leistungen, die die deutsche Wirtschaft ins Gesamtgewicht. Das in 4 Hefte zusammengestellte Material verdichtet vielfache Verbreitung, allen Schichten des deutschen Volkes und zwar allen Ding im Auslande. Kein Ausländer kann ein Urteil über Deutschlands Leistungen haben, ohne diese Schrift studiert zu haben. Differen sind die schlagendste Beweis für, sehr es dem neutralen Deutschland gelungen ist, ihre Leistungen im Ausland zu verbreiten, ohne die Folge des Waffenstillstandes und des Diktats von Versailles für andere Staaten übergehen mußte, die für seine Leistungen, die es erfüllt hat, gleichen beträchtlich einen Betrag, der in schon 50 Milliarden Goldmark weit übersteigt, ganz abgesehen von den Angaben in Zahlen gar nicht auszudrücken vermögen und entziehen Reichsgesetzen uns gleichsam. Die einzelnen Posten dieser geradezu fantastischen Rechnung sind, wie unseren jen noch erinnerlich sein wird, vor kurzem unserer Zeitung mitgeteilt worden.

Vor dem Kriege war Deutsch ein reiches Land, einer der größten Ver und Verkäufer auf dem Weltmarkte, wie ist Deutschland ein Land, das sich unter Erschöpfung durch einen vierjährigen Krieg noch nicht erholt hat, ein Land, das bis ein Staatsumwälzung mit all ihren zerstörlichen Störungen hindurchgegangen, ein Land, das dem Diktat eines verunsichernden Friedensvertrages ausgesetzt ist. Damit ist genug gesagt, um unerschöpfliche Quellen zur Verfügung des Reiches der aus bestehenden wirtschaftlichen Kraft aus. Durch Schätzung und Entsteuerung soll aus Deutschland herausgepreßt werden, was das Diktat von Versailles noch versagte. Im ganzen müssen heute, 4 Jahre nach dem Kriegsschluß, etwa 2 Milliarden Goldmark, d. h. rund ein fünftel der gesamten Reichsbevölkerung, als Joch fremder Besatzung ertragen. Aber wir werden es ertragen in dem festen Vertrauen, durch ihre Unerschütterlichkeit die schmutzige Raubgier Frankreichs zunichte zu machen.

Donnerstag vormittag begannen im Haushaltsausschuß des Preußischen Landtages die Beratungen des Etats. Auch einführenden Worten des Berichterstatters, des Abgeordneten Dr. Schuster, nahm der Minister Dr. Boelitz das Wort, um einen Ueberblick über den Gesamtetat und die besonderen Aufgaben seines Ministeriums zu geben.

Gegenüber dem in der Oeffentlichkeit oft erhobenen Vorwurf, nach Statistik finde eine ständige Nachprüfung innerhalb des Ministeriums statt, unniemand Spartanlust auf dem Gebiete des Bildungswesens überhaupt möglich wäre. Der Minister betonte den Satz mit aller Schärfe, daß das Schicksal des deutschen Volkes zuletzt doch von seinen geistigen und sittlichen Kräften abhängt. Auf die Frage, ob sich überhaupt ernsteres Ersparnisse auf dem Gebiete des Bildungswesens machen ließen, antwortete der Minister, daß unsere wissenschaftlichen Anstalten, Unterrichtsanstalten, die Pflege von Wissenschaft und Kunst fast Mängelhaft zur Spartanlust hätten. Hier müsse der Höhe der Kultur erhalten, so sie erhalten werden. Auf einem Gebiete könne vielleicht gespart werden: In neuen Plänen und Projekten müßten wir als armes Volk uns bescheiden lernen.

Der groß angelegte Grundriß der Einheitsschule müsse immer wieder verdiert und auf seine Wirklichkeit geprüft werden. Es handle sich darum, die beste Form der Einheitsschule zu erfinden, die Einheitsschule dürfe nicht eine Schule der Vereinerleiung sein, sondern müsse zu einer Schule der differenzierten Begabung werden. Die Durchführung verlangt eine Bildung unter Einschränkung gewisser Lieblingsgedanken sei nur möglich mit vorzüglich ausgebildeten Lehrkräften, die in erster Linie Jugend, Volk und Vaterland ihr Leites schenken.

In diesem Zusammenhange der Minister auf „Reform der Lehrerbildung" ein, die nicht nur eine Frage der Reform der Bildung für Lehrer, Volks- und Mittelschulen, sondern auch für die Lehrer an höheren Schulen sei. Es sei die nächste mit eingehende Aufgabe, die das Ministerium beschäftigt; die bahnbrechenden Vorschläge würden bald der Staatsministerium beschäftigen. Trotz der finanzielle Not sei in den letzten anderthalb Jahren Erhebliches, ein planmäßiger Gesamtaufbau des Schulwesens, erschaffen worden. Die gesamte Unterrichtsverwaltung werde, das versehe sich von selbst, unter Ausschluß durch die Ruhr Schulen im Rheinland und an der Ruhr in Anspruch genommen. Der Minister gab über einzelne Zahlen über die Not der Schulen und der Lehrkräfte im neuen Einbruchsgebiet, um im allgemeinen Gebiete und dann Berichtsjähriger Anerkennung für die Haltung der gesamt Lehrerschaft. Dazu seien auch in Oberschulen, in Lehrerinnen und in Oberschulen die Folgen des Kriegs noch nicht überwunden.

Der Minister entwickelte sodann ein Bild „Neugestaltung des gesamten Schulwesens" und brach vor der Ausgestaltung der Grundsätzen nach dem Grundschulgesetz vom 28. April 1920, für dessen konsole Durchführung er sich einsetzte, und von den Richtlinien zur Anleitung von Lehrgängen der Volksschule vom 15. Oktober 1922, die bereits zahlreiche Bemühungen in unsere Schulen hineingetragen hätten. Hinsichtlich des Systems der höheren Schule wies er auf die Einführung der Lehrer der Oberschule und der Deutschen Aufbauschule hin, deren Lehrpläne in diesen Tagen der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden würden. Vom 1. April d. J. ab seien in Preußen 70 Aufbauschulen vorhanden, den Sorgen Berechtigung er sich außerordentlich viel versprechen.

Die Mädchenschulreform vom 20. März 1923 ordne sich den Absichten der höheren Schule folgerichtig ein. Er sei erfreut, daß sein Erlaß bei der Oeffentlichkeit weitgehende Zustimmung gefunden habe. Daß auch die Reform der Lehrerbildung und Lehrerbildung Fachschulen vorwärtsbreite, beweise die letztjährige Staatsministerium angenommene Reform der Berufsform der Fachschule.

Jedoch das deutsche Bildungswesen sei aus seiner Unruhe und seiner Zerrissenheit noch nicht völlig heraus. Der Kampf um die Schule habe nur an Leidenschaftlichkeit verloren. Der Minister hat dringend, daß man zunächst einmal die Grundschule fest auswirken lassen solle. Die hohe Zweifelsfrage ihrer Einheit, und ein Urteil ohne Erprobung sei unsicher. Auch die Mitbauschule, die nur ein Stück Schulreform bedeute, bereit reifliche Ergebnisse aufweise, werde hart umkämpft.

Falsche man daran fest, daß das lenze Ziel der Reform dahin gehe, durch die Schule Einheit zur deutschen Kulturgemeinschaft und damit zur deutschen Volksgemeinschaft zu kommen, dann werde es auch nicht hindern dürfen, daß man gelegenen Versuchen der Einheitsschule freie Bahn zu gewähren. Wie bei den beiden Christbeantonen, die wiederum ein Ergebnis der Erziehung zur Staatsgesinnung im Vordergrund der Unterweisung der Jugend stehen müßte.

Um das Konkordat in Spanien.

Paris, 4. 4. (W.T.B.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" hat der Kardinalerzbischof von Saragossa gestern eine von allen Blättern veröffentlichte Erklärung abgegeben, in der er von Verfassungsbruch Alhucemas verlangt, daß er in der Eröffnungsrede in der Kammer am 10. April ausdrücklich der Neutralität Spaniens im Weltkrieg Ausdruck erhält. In diesem Artikel wird der römische Papst als Oberhaupt des Staatsreiches erklärt. Das Ministerium ist jedoch liberal und durch feierliche Staatsverpflichtungen auf eine Reform der Verfassung und die Einführung der katholischen Freiheit in Spanien festgelegt. Wenn am 10. April der Ministerpräsident sich für eine Revision des Artikels 11 einsetzt, wird laut „Chicago Tribune" der Bruch des Konkordat eintreten.

Lohmann: Blicker
Berlin W. Potsdamer Str. 134b
Die neuabgeschlossene Augenglasfassung D.R.P. 1 Jahre Garantie! Ausführung modern, elegant, blickfest, drückt nicht, sehr bequemer Sitz, Vorführung kostenlos, gleichzeitig Augenprüfung u. Gläserbestimmung. Alle Augenverhältnisse. Das Paar Gläser, Fabrikpreis Augenglas v. M 1200, das Stück an. Gold u. Double jetzt wesentlich billiger.

Berliner Geschäftsniederlage
erstklassiger Rechtsanwalt mit großen Räumen in bester Gegend mit nur erstklassiger Firma. Offerten unter Nr. 199 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Südamerika-Reisender,
Deutscher Ingenieur, der in 14 Tagen auf 3 bis 4 Monate nach Südamerika geht, und verschiedenes Klischee bereits
übernimmt Aufträge und Geschäfte.
Sofortige Nachrichten an die Expedition dieses Blattes unter Nr. 198 erbeten.

Junger Nationalökonom
mit guten prakt. Fach- und Sprachkenntnissen, Stenotypie beherrschend, sucht per sofort möglichst lebenslängliche Stellung als Direktorial-Assistent oder sonstiges Position in Industrie. Angebote erbeten unter Nr. 184 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bekanntmachung.
Die Stelle des
1. Bürgermeisters
der bisherigen, rund 30000 Einwohner zählenden Stadt ist sobald wie möglich neu zu besetzen. Bisherigen Gewerbsfall in Zahlen-Gerichtsfälen und City guter leitender Werke. Der bereitzuhalt erfolgreichen Bewerbung eines zweiten Stadtrechts in der Eingemeindung mehrerer Nachbargemeinden in Aussicht genommen, wodurch sich die Einwohnerzahl auf über 100000 erhöhen wird.
Bewerber müssen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst oder gründliche Erfahrungen in der gesamten Kommunalverwaltung besitzen.
Die Besoldung erfolgt nach Gruppe 9 der Preußischen Besoldungs-Ordnung. Einrichtung in Einzelfragen 3 % mehr. Ausgeschlossen Kriegsteilnehmer werden auf die Probeschreibung Dienstzeit angerechnet, weitergehende Anträge sind in der Bewerbung zu stellen.
Geeignete Bewerber werden gebeten, Gesuche mit vollständigen und beglaubigten Zeugnis-Abschriften bis zum 25. April dem Unterzeichneten ein zu reichen.
Persönliche Vorstellung nur auf besonderes Ersuchen.
Hindenburg O.-S., den 27. März 1923.
Der Stadtverordnetenvorsteher.
Ottowitz.

Kaufmännischen Lehrling
m. gut. Schulbildung t. eintreten, am Anfang kann dieser ein Gehalt von 6 m. 6 S., 7 m. 7 S., Jahrgang 1908 bis 1911. Offert. mit Zeugnisabschriften unter Nr. 201 a. d. Exp. d. Bl.

Gebildetes Kinderfräulein,
nicht unter 20 Jahre, anständig, mit erstklassigen Zeugnissen und vorzüglichen Empfehlungen
sofort gesucht.
Offerten mit Photographie unter Nr. 201 a. d. Exp. d. Bl.

Potsdamer Strasse
Lekhaus mit mehreren Läden in gutem Zustande preiswert zu verkaufen.
Nr. Schmidt Söhne
Leipziger Strasse 112.
Telefon 120000, 3000, 106717.

Büroräume,
für sich abgeschlossen, angetan, vermietet werden.
Anfragen an
Städt. Grundstücksamt Essen, Gymnasialstraße.

Hauptziehung 17. April bis 9. Mai
Preussische Staats-Lotterie
490000 Lose 4300 Millionen M.
Grösster Gewinn auf ein ½ Los
100 Millionen M.
2 mal 50 Millionen M.
4 mal 30 Millionen M.
6 mal 20 Millionen M.
Kaufloose ½ Los 12000 M. ¼ Los 6000 M. ⅛ Los 3000 M. 1/16 Los 1500 M.
Krüger Staatl. Lotterie-Einnehmer.
BERLIN W.8, Friedrichstr. 192-193
nahe Leipziger Strasse

Theater-Spielplan
6. April.
Opernhaus 12 Sinfonie-Mittagskonzert. 7½ X. Sinfonie-Konzert.
Schauspielhaus 96 ¼ Tarantate Tanto.
Deutsches Theater ¼ Alice d'Ibria.
Kammerspiele 8 Die Nacht nach Cerebile.
Gr. Schauspielhaus ¼ Zu verkaufen Junglfrau.
Lessing-Theater 7 Bürger Schippel.
Deutsch. Kunstler-Th. ¼ Der Kino u. Bauernbrut.
Th. Schönhauser Allee ¼ Kreutzers Geheimer.
Komödienhaus ¼ Madame Pompadour.
Berliner Theater ¼ Mädi.
Kurfürstendamm-Th. ¼ 8. U. 8.
Schlosspark-Theater, Kleines Haus. ¼ Eine glückliche Ehe.
Tribüne 7 Der Gebaute.
Volksbühne Theater am Bülowplatz ¼ Weh dem, der lügt.
Central-Theater 8 Röthenbrücke.
Deutsches Opernhaus 5½ Götterdämmerung.
Grosse Volksoper im Theater des Westens ¼ Die Zaubergeist.
Lustspielhaus 8 Dubby, tag die Wäscherin.
Metropol-Theater ¼ Die Schönste der Frauen.
Neues Operettenhaus ¼ Sarah, die Tänzerin.
Neues Theater am Zoo ¼ Dorm und der Zufall.
Schiller-Theater 8 Kapitän Brassbounds Lehre.
Thalia-Theater ¼ Ein Jahr ohne Liebe.
Theat. Nollendorfplatz ¼ Die schöne Amalia.
Th. Kammersinstrent ¼ Oesterreichische Grafter.
Wallner-Theater 8 Der ihne Schimmer.
Residenz-Theater 8 T. Rand u. Schwiegermann.
Trianon-Theater ¼ Pfeifer Dorfbahn. 10 Uhr: Die Rebell.
Kleines Theater 8 Das bärtige Land.
Renaissance-Theater. 8 Der Kampf d. Gerichtsrat.

REICHSHALLEN-THEATER.
Residenzstr. 12 Uhr u. Sonntag Nachm. 4 Uhr
Stettiner Sänger
Einmarsch in den Gemäldegalerie.
Nachm. bitte Preise
Dönhoff-Brettl.
Nachm. 6 Uhr.

Admirals-Variété
8 Uhr April Programm unverändert

Variété-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Welt-Panorama (Passage).
11. Nordlandreise von Bergen bis Spitzbergen. 1. Reise in Südnorwegen. Indianer-leben.
Detektive
„Nero", Berlin W. 57, Berlinerstr. Nr. 7, Ecke Kleist. Ruf: Amt Lützow 4411. Bureau: Ch. Nero, Kriminalist, Detektiv, Ermittlungen, Heiratsbüro usw.
Ph. Holtger, Berlin SW. 68, Friedrichstraße 50 Gegründ. Jahr. Ausk. f. Banken, Ermittlungen, Heiratsbüro usw. Nur erfahrene Kräfte, keine Neugeb. für Bankiers, Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, Ermittlungen, Heiratsbüro usw. Prospekte gratis! Auch Nichtkaufleute.

Sparsame Hausfrauen schneiden selbst
Ein Versuch hierbei der guten, kaufsparenden
Vobach Schnitt,
denn es macht auch die Umgebung das Selbstschneidern zum Vergnügen! Unübertroffen und zeitgemäßen enthalten modernste kurzen Modelle für Kleider, Mäntel, Jacken, Kinderkleidung, Wäsche, Hüte, Blusen, Röcke, Kinder, Mädchen und Jünglinge, Herrenkleidung, Hemden, Bademäntel usw. Ein Versuch wird Sie überzeugen, daß Vobach Schnitt, der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit vereinigt, Ihr bestes Mittel ist, um Ihre Garderobe zu erneuern. Ist, Ihr Schneider oder auch durch die Schnittmuster-Abteilung.
W. Vobach & Co., Berlin SW, Friedrichstr. 94/95

Marschner
Juwelen-Großhandlung Tabl. auch von Handlern
Brillanten
Perlen, Smaragde, Rubine, Saphire, Diamanten, auch die größten Stücke und ganze Nachlässe.
Unser Angebot ist maßgebend!
VIKTOR MARSCHNER & Co., G. m. b. H.
Juwelen-Großhandlung
Jägerstraße 41 a, neben Café National

Juwelen-Ankauf
Gold-, Silbergegenstände zum höchsten Auslandskurs
Norddeutsches Credit-Haus G. m. b. H.
Köthener Straße 20, part., Nähe Potsdamer Platz.
Geöffnet von 9—1 Uhr

Ankauf
Spez. große Objekte u. ganze Nachlässe
Juwelen, Brillanten, Perlen und Edelsteine
A. Grünberg,
Potsdamer Str. 57,
zur Hochzeitsreise Nähe.

Urbin
der gute Schuhputz

HOLZ STATT STEIN
FÜR HALLEN-BAUTEN ALLER ART
DEUTSCHE HOLZBAU-WERKE
CARL TUCHSCHERER AKTIENGESELLSCHAFT
OHLAU IN SCHLESIEN

Die Societät Berl. Möbel-Tischler
zeigt neue Muster-Zimmer in ihren
Ausstellungs-Räumen
nur An der Jerusalemer Kirche 3

Auskunftei W. Schimmelpfeng
Gegründet 1872
Hauptgeschäft: BERLIN W.8, Charlottenstr. 23
mit ihren Abteilungen:
I. Auskunftserteilung über Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender.
II. Rechtshilfe in allen geschäftlichen Angelegenheiten.
III. Angaben von Adressen für Absatz und Bezug, Nachweis geeigneter Agenten.
IV. Berichte über Märkte, Marktlagen, Industrien und Industriezweige
ist die grösste europäische Auskunftei und bildet mit ihren ausländischen Vertretungen, die nach gleichen Grundsätzen arbeiten, die vornehmste Auskunfts-Organisation.
Sie hält sich grundsätzlich von jeder anderen geschäftlichen Tätigkeit fern, um ihre Unabhängigkeit für objektive Berichterstattung zu wahren.
In der Inkasso-Abteilung legt sie besonderen Wert auf den Schuldnerschutz gegen ungerechtfertigte Ansprüche der Gläubiger und empfiehlt sich zur Schlichtung von Differenzen.
Eigene Geschäftsstellen bestehen nach in:
Deutschland □ Oesterreich □ Ungarn □ Tschecho-Slowakei □ Italien
Schweiz □ Spanien □ Holland □ Schweden □ Norwegen □ Dänemark.

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Königsberger Brief.

Die Holzmesse. — Hansaring und Lübbring. — Kants Grabstätte. — Es lenzt.

Königsberg, Pr., Ende März.

Im Februar die 6. Deutsche Ostmesse, im März die Erste Ostmesse, die Erste Ostmesse. Es ist für den geplagten Journalisten wirklich nicht so einfach. Bei einer allgemeinen Warenschau wie bei der Ostmesse ist die Vielseitigkeit der Beschickung, Qualität und Geschäftsbetrieb immerhin noch möglich für den, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, doch bei einer reinen Fachausstellung wie jetzt liegen die Dinge unglaublich schwieriger, zumal sich die richtige Fachzeitschrift wenn auch nicht hinter verschlossenen Türen so doch hinter vorgezogenen Vorhängen in stillen Kabinen abspielt. Nun ist zwar ein Journalist alles können und alles wissen, das gehört angeblich zum Handwerk. Leicht ist's nicht. Eine wesentliche Hilfe für das Einfinden in die „Seele" der Veranstaltung ist die reichlich vertretene Fachliteratur, aus der man sich belesen und belernen kann, so daß man nicht allzu unwissend dreinschaut, wenn man die Fachleute auf der Polsterbank mit ihren technischen Details um sich werfen.

Aber das ist eigentlich schon aus der Schule geplaudert und gehört kaum hier her. Also gehen wir zur chronique scandaleuse über. Und da ist zunächst von polizeipräsidentlichen Unterbindungen zu berichten. Herrn Lübbring, dem Sozialdemokraten, war der historische Straßenname Kaiser-Wilhelm-Damm schon lange ein Dorn im Auge. Tradition ist für ihn Schall und Rauch, nur eine peinliche Erinnerung an eine alte bessere Zeit. Wieviel besser klingt doch Erzberger-, Liebknecht- oder Rathenau-Damm. Ein Narr wer's nicht einsieht. Nun, Bürgerschaft und Magistrat waren solche Narren, der Polizeipräsident aber befand auf seinem Recht, ohne Aufsicht darauf, daß dieses Recht auch so ein traditionelles Recht aus der bewußten Alten Zeit war. Eine Umtaufe mußte also unter allen Umständen stattfinden, und wir mit Mühe kam ein Kompromiß in Gestalt eines Hansaringes zustande. Der Bolkswih aber sagt bereits sehr richtig: Warum denn nicht Lübb—ring? Also vorläufig bleibt's bei Hansaring. Das mag schließlich als kleineres Übel immer noch angehen, klingt nach königlichem Kaufmannsgeist (spät wie reaktionär), paßt auch sonst, denn der Kaiser-Wilhelm-Damm nicht mal ein gelbgewarmter sozialdemokratischer Straßenbahnschaffner mit die Haltestelle anders aus — hat durch die Messegebäude und den im Bau befindlichen riesigen Handelshof den Anstrich einer bundesstaatlichen Gesinnung.

Eigentlich sind doch solche Probleme — auch im Berliner Roten Haus streitet man sich ja mit edlem Eifer und viel Geifer um ähnliche Dinge — furchtbar nebensächlich gegenüber den verbrecherischen Geschehen im Westen, und der Chronist geniert sich halt, über solche und ähnliche Scherze zu berichten. Und doch . . . es muß sein! Also der nächste Fall, und das kann natürlich nur der Fall Kants Grabstätte sein. Natürlich, weil niemand genau weiß, zum wiederholten Male dieser Fall ein Fall ist. Dabei ist nur eines recht verbürgt, daß nämlich jetzt Königsberger nach der Ruhestätte des großen Philosophen befragt, wissen höchstens zwei den Platz so ungefähr anzugeben: So am Dom herum. Das stimmt auffällig, in einer recht verfallenen Kapelle. Und jetzt, das heißt eigentlich schon seit Jahren, will man den Gebeinen des großen Bürgers der Pregelmetropole eine würdige Ruhestätte bauen. Es liegt nahe, daß ostpreußische Künstler mit dieser Aufgabe betraut werden. Sollte man meinen. Die Meinungen scheinen aber darüber auseinander zu gehen, denn der Preßkampf der Polemik ist bereits wieder einmal in vollem Gange. Die er ausgeht, daß wissen die Götter.

Ich weiß nur, daß es höchste Zeit wird, daß der Frühling kommt, denn der Winter war wirklich lang genug. Mit höchstem Autoamen begrüßte man die linden Lüfte dieser Tage. Verständlich, wenn man fünf Monate nicht aus dem Pelz und dem Grottenloch herausgekommen ist, zur Erziehung der nötigen äußeren und inneren Wärme. Aber trau einer dem oftpreußischen Wettergott. Das ist eine ans besondere Marke für sich. Schon manches liebe Mal konnte man im Wonnemonat Mai mit Recht das Lied anstimmen: Am stillen Herd am Winterabend . . . Und Grog kann trinken, jenes vortreffliche Getränk aus drei Teilen Arrak oder Kognak und vier Teilen Wasser, das nicht zu Unrecht den Namen Preußische Maibowle führt. Der ostpreußische Chronist bewegt diesen Trank, auch den heißen Sommer, zum Ausgleich gegen die Hitze. Nun aber die Gelsmücke fängt sich bekanntlich nicht Fliegen, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß Alkohol ein trefflliches Mittel gegen manche Krankheit, so gegen die belangvolle grassierende Grippe ist. Frisch immer naß! es nicht. Die Jenny, ein Elefant, der Liebling der Kinderwelt, das Prunkstück des Zirkusstalls, ist trotz weiblichen Alkoholgenusses, im Werte von täglich fünftausend Mark, in die einigen Jahrzehnte hindurchgerettet. Ein großer Verlust für den schwer um seine Existenz ringenden Tiergarten, denn der erfreuliche Familienzuwachs der Bärenfamilie nicht ausgeschlossen vermag.

Aber Zeit ist es, daß der Frühling nun endlich einzieht kommt. Die Kohlenvorräte sind doch bedenklich auf die Neige gegangen und die Briketts leiden an erneutem Schwindsucht. Ich wäre Wunder übrigens, wenn die Butter — wann ab ich sie kaufe? — in der Naturalwirtschaft Dollarrichtung immer noch 6000 M und darüber, wenn ein einziges Kilowatt elektrisches Licht 1650 und ein Kubikmeter Gas 850 M kostet. Schon der Elektrizitäts mit ihrem 200 bis 300 Mark-Tarif ganz zu schweigen. Königsberg in der Welt voran. Mit diesen Preisen sicherlich. Ob auch sonst, das wage ich als guter Lokalpatriot nicht zu beantworten.

Gunther Toepfer.

Die Ruhrfänger in Berlin.

Anläßlich der Ruhrfängerfahrt finden am Sonntag (8. d. M.), vormittags 11.30 Uhr, ein Konzert in der Hochschule für Musik (Fasanenstraße 1) und 8 Uhr abends ein festlicher Empfang im Reichstag unter Teilnahme der Reichs- und Staatsbehörden sowie der rheinisch-westfälischen Landsmannschaften statt. Eintrittskarten bei A. Wertheim (Leipziger und Tauentzienstraße), bei Bote u. Bock und im Bureau des Reichsverbandes der Rheinländer (Berlin W. 10, Elgisstraße 7). Hierher Angebote von Freiwarteren (ohne Verpflegung) dringlichst erbeten.

Was wir planten.

Liegengebliebene Projekte.

Es war einmal — daß ein Ei 3 Pfennig kostete daß wir für 2 Mark Traffeln schmausten und für 12 Mark ein Paar Stiefel kauften. Fern wie die Heroisierung Tutankhamens liegt jene verlaufene Märchenwelt vor unserem Blick. Durch Umfang und die Erinnerung rückwärts tasten, um den Anschluß an das goldene Einst zu finden. Nichts mehr blieb von dem Weltbild trotzender Größe. Kaum daß einige Ruinen wieder aufstehen, Hoffnung, Friedensglück und tausend kühne Pläne mit einem Schlage ab. Mitten im Entstehen zerstörte Hoffnungen und Illusionen stehen. Der Kriegsstand begraub sie, und kein williger Arm nahm sie jemals wieder auf.

Nicht alles Gewinn ist es, einmal vom Heute ins Damals zu schweifen und beschaulichen, wie weit glanzvollere Zeiten ihre Ansprüche schrauben. Unsere Armut und unter Umständen auch weniger nicht treffer belegt als durch den Vergleich mit den Notwendigkeiten wohlhabenderer Geschlechter. Was damals wir nicht alles damals in üppigen Verschwendungen? Kein Hindernis hemmte den Spekulationsdrang der Stadtverordneter. Der Berlinerschnitzer spannte seine Flege unbegrenzt in die Weite, die Weiter des Hoch- und Tiefbaues unbedeutende Pläne, Straßen und Brücken nach Gefallen, die Wasserbauinspektor neuerten Schiffswege und Häfen auf lange Sicht. Kein Kulturerfordernis scheiterte an der Ungünstigkeit des städtischen Säckels.

Das Opernhaus von Knobelsdorff erfehlen nicht mehr nahe genug. Das Prachthaus sollte niedergelegt werden. An seiner Stelle sollte der neue königliche Prachtbau erstehen. Was war das für ein Streiten um Erte, Fassaden, Repräsentationsräume, die Ludwig Hoffmann Hersdung die Willigung fand? Die Gemüsemarkthalle am Alexanderplatz erfüllte nicht mehr ihre Erfordernisse. Auf dem Papier erstand bereits der neue großstädtisch-moderne Hallenbau. Die Torhäuschen am Brandenburger Tor hörten den Verkehr. Sie sollten verschwinden. Ihne sollte ein vornehmes Raiserhaus an ihre Stelle setzen. Der irrsinnige Potsdamer Plan sollte mit Schmuckbauten und Terrassen belegt werden. Am Belle-Alliance-Platz sollten die Zeppelin fallen und das Monbijoupalais abgerissen werden. Die Fruktiuse werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit der Maßnahme des Tiefbaumamts beschäftigen und am kommenden Donnerstag den Magistrat unterpellieren.

Da der Magistrat die bestehenden Säulen bereits für den Spottpreis von 40000 Mark das Stück verkauft hat, sind allerdings nur noch die beiden Berliner Normalsäulen zu retten. Die Verantwortung für den Verkauf der Säulen soll ein Magistratsrat Merten tragen. Um das Reklamewesen der Stadt unterfleht. Die Direktion der Normal Zeit G. m. b. H. hat sich große Mühe gegeben 17 geschmacksfreie Säulen, den schönen Säulen Platz zu der Leipziger und Charlottenstraßen zu machen. Es stand, zu Reklamezwecken durch die Normal Zeit-Gesellschaft gewonnen und erfüllt, daß die Gesellschaft nie das zahlen könnte, was der neuen Reklamesäulen der Stadt bringen, die von einer Privatgesellschaft leer schon hier und dort aufgestellt sind und das Straßenbild verunzieren.

Alle diese Vorgänge werden hoffentlich von der Stadtverordnetenversammlung nachgeprüft werden. Die vom Tiefbauamt unterstellte Reklamebehörde, die auch für die häßlichen Reklameschilder auf den Straßen verantwortlich ist, sollte schnellstens aufgelöst werden. Z.

Wiener Studentenbesuch.

Auf einer Studienreise nach Deutschland sind hundert Wiener Studenten mit ihren Professoren in Berlin eingetroffen. Sie wurden hier von Vertretern des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und des Deutschen Philologenverbandes begrüßt. Heute abend 8 Uhr findet eine Vorführung im Reichstag statt. Anschließend werden nehmen die Gäste an der Aufführung von Haydns „Schöpfung" in der Philharmonie teil.

Kurze Tagesschau.

Als erster weiblicher Tischlergesselle in Preußen hat am Dienstag Fräulein Marie Peschke in Nowawes die Gesellenprüfung als Kunstmöbeltischler bestanden.

•

Die Vierte Groß-Berliner Tabak-Messe wird am Sonnabend (14. April), vorm. 11 Uhr, in der „Neuen Welt" (Hasenheide 108/114) eröffnet. — Die Tabakmesse ist bis einschließlich 17. April täglich von vormittags 11 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet.

•

An der Sandkrugbrücke wurde durch einen Schutzpolizisten die Leiche eines aus bekannten zweijährigen Knaben aus dem Wasser gezogen.

•

Auf der Ringbahn trat am Donnerstag morgen eine längere Verkehrsstörung ein, da am Bahnhof Treptow ein Gleisstück aus den Schienen gesprungen war.

•

Die Linienänderungen bei der Groß Berliner Straßenbahn sind nunmehr abgeschlossen. Demnächst soll ein Fahrplanbuch mit den neuen Strecken herausgegeben werden.

•

Aus einer Wohnung am Kurfürstendamm 171 wurden von Einbrechern Perserteppiche im Wert von über hundert Millionen gestohlen.

Die Wetteraussichten.

Wieloch heiter, jedoch kühl und vorübergehend stärker bewölkt bei frischen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Schwankend und ewig ungewiß sind die wahrscheinlichen Grundlagen des Hauses.

Sollte es nicht möglich sein, dieses Umlagesystem in eine weniger komplizierte Form zuzulegen? Wenn der Bürger zum Rechnen gezogen werden soll, möge ihm die wahrheitsvolle Finanzbehörde gefälligst als Vorbild vorangehen.

—an.

Berlin ohne Uhren.

Eine Rettungsaktion?

Was in der Presse — und zuerst in dieser Zeitung — als drohende Gefahr für den Aprilbeginn bezeichnet wurde, die Beraubung der Reichshauptstadt um ihre sämtlichen öffentlichen Straßenuhren ist jetzt zur Tatsache geworden. Man weiß nicht, welche Dienststelle die Verantwortung für dieses böswillige Unterfangen trägt: in den letzten Wochen sind allmählich alle Urania-Uhren von ihren Standorten fortgenommen worden, und bei der Mittwochs des ersten April jedes Jahres stattfindenden Normaluhrenprüfung ist — die größte deutsche Stadt hat auf ihre Uhrenanlage verzichtet und deren Betriebsamtlet an ein Unternehmen verschickert, das an die Stelle der weißlich fichtbaren Chronometer Reklamesäulen gesetzt hat. Man wird Aufklärung verlangen müssen, wer für diesen unerhörten Schildbürgerstreich verantwortlich ist, ob der Oberbürgermeister ihm zugestimmt hat, und wie weit das Parlament im Bunde war.

Die Bewährung der Wirmilionenstadt aber sieht sich zunächst vor eine ebenso unerträgliche, wie zurzeit unabänderliche Tatsache gestellt. Die Erörterung darüber, wie denselben möglich war, ist nicht abgeschlossen, sondern erst eröffnet. Bis jetzt hat man nicht das geringste zur Rechtfertigung dieser Unerhörtheit vorbringen können. Die Oeffentlichkeit hat ein Anrecht, zu wissen, wer die Schuldigen an diesen Dingen sind, da man sich von ihnen unter Umständen auch anderer Ueberraschungen zu gewärtigen hat. Der Magistrat, der bereits geschwiegen hat, schuldet der Berliner Rechenschaft! —

*

Die Einstellung des Betriebes der öffentlichen Uhren auf den Straßen und Plätzen wird demnächst auch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Die Fraktionen werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit der Maßnahme des Tiefbauamtes beschäftigen und am kommenden Donnerstag den Magistrat interpellieren.

Da der Magistrat die bestehenden Säulen bereits für den Spottpreis von 40000 Mark das Stück verkauft hat, sind allerdings nur noch die beiden Berliner Normaluhren zu retten. Die Verantwortung für den Verkauf der Säulen soll ein Magistratsrat Merten tragen, der das Reklamewesen der Stadt unterfleht. Die Direktion der Normal Zeit G. m. b. H. hat sich große Mühe gegeben 17 geschmacksfreie Säulen, den schönen Säulen Platz zu machen. Es stand, zu Reklamezwecken durch die Normal-Zeit-Gesellschaft gewonnen und erfüllt, daß die Gesellschaft nie das zahlen könnte, was der neuen Reklamesäulen der Stadt bringen, die von einer Privatgesellschaft leer schon hier und dort aufgestellt sind und das Straßenbild verunzieren.

Alle diese Vorgänge werden hoffentlich von der Stadtverordnetenversammlung nachgeprüft werden. Die vom Tiefbauamt unterstellte Reklamebehörde, die auch für die häßlichen Reklameschilder auf den Straßen verantwortlich ist, sollte schnellstens aufgelöst werden. Z.

Wiener Studentenbesuch.

Auf einer Studienreise nach Deutschland sind hundert Wiener Studenten mit ihren Professoren in Berlin eingetroffen. Sie wurden hier von Vertretern des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und des Deutschen Philologenverbandes begrüßt. Heute abend 8 Uhr findet eine Vorführung im Reichstag statt. Anschließend werden nehmen die Gäste an der Aufführung von Haydns „Schöpfung" in der Philharmonie teil.

Kurze Tagesschau.

Als erster weiblicher Tischlergeselle in Preußen hat am Dienstag Fräulein Marie Peschke in Nowawes die Gesellenprüfung als Kunstmöbeltischler bestanden.

•

Die Vierte Groß-Berliner Tabak-Messe wird am Sonnabend (14. April), vorm. 11 Uhr, in der „Neuen Welt" (Hasenheide 108/114) eröffnet. — Die Tabakmesse ist bis einschließlich 17. April täglich von vormittags 11 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet.

•

An der Sandkrugbrücke wurde durch einen Schutzpolizisten die Leiche eines aus bekannten zweijährigen Knaben aus dem Wasser gezogen.

•

Auf der Ringbahn trat am Donnerstag morgen eine längere Verkehrsstörung ein, da am Bahnhof Treptow ein Gleisstück aus den Schienen gesprungen war.

•

Die Linienänderungen bei der Groß Berliner Straßenbahn sind nunmehr abgeschlossen. Demnächst soll ein Fahrplanbuch mit den neuen Strecken herausgegeben werden.

•

Aus einer Wohnung am Kurfürstendamm 171 wurden von Einbrechern Perserteppiche im Wert von über hundert Millionen gestohlen.

Die Wetteraussichten.

Wieloch heiter, jedoch kühl und vorübergehend stärker bewölkt bei frischen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Schwankend und ewig ungewiß sind die wahrscheinlichen Grundlagen des Hauses.

Sollte es nicht möglich sein, dieses Umlagesystem in eine weniger komplizierte Form zuzulegen? Wenn der Bürger zum Rechnen gezogen werden soll, möge ihm die wahrheitsvolle Finanzbehörde gefälligst als Vorbild vorangehen.

—an.

Erpresser im Ahnungsamt?

15—20 Dollar Mark „Wohlfahrtszwecke".

Das wenigerwähnte Kapitel der Wohnungsämter, das diesen Tätigkeit gerade in der letzten Zeit wiederholt beschäftigt hat, scheint um einen neuen Fall zu bereichern zu sein. Einem der Beamten des Wohnungsamts II A (Wilmersdorf) Stadtleitre Leber, und gegen die ehemalige Wohnungsinspektorin Frau Wieder ist ein Verfahren wegen Erpressung eröffnet worden, und bei dem Berliner Kriminaldirektor Polizei W. Anzeige wegen Erpressung erstattet worden.

Dem Ehepaar Geist folgender Sachverhalt zugrunde: Mai 1921 hatte der Kaufmann Geist in der Wilhelm Straße in W. 9 auf Grund eines Wohnungsamts, der Zuteilung ordnungsmäßigem Wege den Schein genehmigt worden. Ein Jahang bekam ein neuer Räumlichkeiten in ihrem Wohnungsamt Wilmersdorf, ihnen ein Zimmer und Kabinett zugewiesen hat, und wie weit das Parlament im Bunde war.

Die Bewährung der Wirmilionenstadt aber sieht sich zunächst vor eine ebenso unerträgliche, wie zurzeit unabänderliche Tatsache gestellt. Die Erörterung darüber, wie denselben möglich war, ist nicht abgeschlossen, sondern erst eröffnet. Bis jetzt hat man nicht das geringste zur Rechtfertigung dieser Unerhörtheit vorbringen können. Die Oeffentlichkeit hat ein Anrecht, zu wissen, wer die Schuldigen an diesen Dingen sind, da man sich von ihnen unter Umständen auch anderer Ueberraschungen zu gewärtigen hat. Der Magistrat, der bereits geschwiegen hat, schuldet der Berliner Rechenschaft! —

*

Die Einstellung des Betriebes der öffentlichen Uhren auf den Straßen und Plätzen wird demnächst auch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Die Fraktionen werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit der Maßnahme des Tiefbauamtes beschäftigen und am kommenden Donnerstag den Magistrat interpellieren.

Da der Magistrat die bestehenden Säulen bereits für den Spottpreis von 40000 Mark das Stück verkauft hat, sind allerdings nur noch die beiden Berliner Normaluhren zu retten. Die Verantwortung für den Verkauf der Säulen soll ein Magistratsrat Merten tragen, der das Reklamewesen der Stadt unterfleht. Die Direktion der Normal Zeit G. m. b. H. hat sich große Mühe gegeben 17 geschmacksfreie Säulen, den schönen Säulen Platz zu machen. Es stand, zu Reklamezwecken durch die Normal-Zeit-Gesellschaft gewonnen und erfüllt, daß die Gesellschaft nie das zahlen könnte, was der neuen Reklamesäulen der Stadt bringen, die von einer Privatgesellschaft leer schon hier und dort aufgestellt sind und das Straßenbild verunzieren.

Alle diese Vorgänge werden hoffentlich von der Stadtverordnetenversammlung nachgeprüft werden. Die vom Tiefbauamt unterstellte Reklamebehörde, die auch für die häßlichen Reklameschilder auf den Straßen verantwortlich ist, sollte schnellstens aufgelöst werden. Z.

Wiener Studentenbesuch.

Auf einer Studienreise nach Deutschland sind hundert Wiener Studenten mit ihren Professoren in Berlin eingetroffen. Sie wurden hier von Vertretern des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und des Deutschen Philologenverbandes begrüßt. Heute abend 8 Uhr findet eine Vorführung im Reichstag statt. Anschließend werden nehmen die Gäste an der Aufführung von Haydns „Schöpfung" in der Philharmonie teil.

Kurze Tagesschau.

Als erster weiblicher Tischlergeselle in Preußen hat am Dienstag Fräulein Marie Peschke in Nowawes die Gesellenprüfung als Kunstmöbeltischler bestanden.

•

Die Vierte Groß-Berliner Tabak-Messe wird am Sonnabend (14. April), vorm. 11 Uhr, in der „Neuen Welt" (Hasenheide 108/114) eröffnet. — Die Tabakmesse ist bis einschließlich 17. April täglich von vormittags 11 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet.

•

An der Sandkrugbrücke wurde durch einen Schutzpolizisten die Leiche eines aus bekannten zweijährigen Knaben aus dem Wasser gezogen.

•

Auf der Ringbahn trat am Donnerstag morgen eine längere Verkehrsstörung ein, da am Bahnhof Treptow ein Gleisstück aus den Schienen gesprungen war.

•

Die Linienänderungen bei der Groß Berliner Straßenbahn sind nunmehr abgeschlossen. Demnächst soll ein Fahrplanbuch mit den neuen Strecken herausgegeben werden.

•

Aus einer Wohnung am Kurfürstendamm 171 wurden von Einbrechern Perserteppiche im Wert von über hundert Millionen gestohlen.

Die Wetteraussichten.

Wieloch heiter, jedoch kühl und vorübergehend stärker bewölkt bei frischen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Schwankend und ewig ungewiß sind die wahrscheinlichen Grundlagen des Hauses.

Sollte es nicht möglich sein, dieses Umlagesystem in eine weniger komplizierte Form zuzulegen? Wenn der Bürger zum Rechnen gezogen werden soll, möge ihm die wahrheitsvolle Finanzbehörde gefälligst als Vorbild vorangehen.

—an.

Gefaßte „Perlen".

Bebische Dienstmädchen und falsche Diener.

Ein diebisches Dienstmädchen entlarvt wurde eine „Dame", die unter dem Namen „Rea von Rauen" in einem vornehmen Hotel in der Kaiserallee Wohnung Bahnhofstraße 7 Tage lang ein. Gegen den Beamten des Ausgangsamt II A (Wilmersdorf) Stadtleitre Leber, und gegen die ehemalige Wohnungsinspektorin Frau Wieder ist ein Verfahren wegen Erpressung eröffnet worden, und bei dem Berliner Kriminaldirektor Polizei W. Anzeige wegen Erpressung erstattet worden.

Dem Ehepaar Geist folgender Sachverhalt zugrunde: Mai 1921 hatte der Kaufmann Geist in der Wilhelm Straße in W. 9 auf Grund eines Wohnungsamts, der Zuteilung ordnungsmäßigem Wege den Schein genehmigt worden. Ein Jahang bekam ein neuer Räumlichkeiten in ihrem Wohnungsamt Wilmersdorf, ihnen ein Zimmer und Kabinett zugewiesen hat, und wie weit das Parlament im Bunde war.

Die Bewährung der Wirmilionenstadt aber sieht sich zunächst vor eine ebenso unerträgliche, wie zurzeit unabänderliche Tatsache gestellt. Die Erörterung darüber, wie denselben möglich war, ist nicht abgeschlossen, sondern erst eröffnet. Bis jetzt hat man nicht das geringste zur Rechtfertigung dieser Unerhörtheit vorbringen können. Die Oeffentlichkeit hat ein Anrecht, zu wissen, wer die Schuldigen an diesen Dingen sind, da man sich von ihnen unter Umständen auch anderer Ueberraschungen zu gewärtigen hat. Der Magistrat, der bereits geschwiegen hat, schuldet der Berliner Rechenschaft! —

*

Die Einstellung des Betriebes der öffentlichen Uhren auf den Straßen und Plätzen wird demnächst auch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Die Fraktionen werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit der Maßnahme des Tiefbauamtes beschäftigen und am kommenden Donnerstag den Magistrat interpellieren.

Da der Magistrat die bestehenden Säulen bereits für den Spottpreis von 40000 Mark das Stück verkauft hat, sind allerdings nur noch die beiden Berliner Normaluhren zu retten. Die Verantwortung für den Verkauf der Säulen soll ein Magistratsrat Merten tragen, der das Reklamewesen der Stadt unterfleht. Die Direktion der Normal Zeit G. m. b. H. hat sich große Mühe gegeben 17 geschmacksfreie Säulen, den schönen Säulen Platz zu machen. Es stand, zu Reklamezwecken durch die Normal-Zeit-Gesellschaft gewonnen und erfüllt, daß die Gesellschaft nie das zahlen könnte, was der neuen Reklamesäulen der Stadt bringen, die von einer Privatgesellschaft leer schon hier und dort aufgestellt sind und das Straßenbild verunzieren.

Alle diese Vorgänge werden hoffentlich von der Stadtverordnetenversammlung nachgeprüft werden. Die vom Tiefbauamt unterstellte Reklamebehörde, die auch für die häßlichen Reklameschilder auf den Straßen verantwortlich ist, sollte schnellstens aufgelöst werden. Z.

Wiener Studentenbesuch.

Auf einer Studienreise nach Deutschland sind hundert Wiener Studenten mit ihren Professoren in Berlin eingetroffen. Sie wurden hier von Vertretern des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und des Deutschen Philologenverbandes begrüßt. Heute abend 8 Uhr findet eine Vorführung im Reichstag statt. Anschließend werden nehmen die Gäste an der Aufführung von Haydns „Schöpfung" in der Philharmonie teil.

Kurze Tagesschau.

Als erster weiblicher Tischlergeselle in Preußen hat am Dienstag Fräulein Marie Peschke in Nowawes die Gesellenprüfung als Kunstmöbeltischler bestanden.

•

Die Vierte Groß-Berliner Tabak-Messe wird am Sonnabend (14. April), vorm. 11 Uhr, in der „Neuen Welt" (Hasenheide 108/114) eröffnet. — Die Tabakmesse ist bis einschließlich 17. April täglich von vormittags 11 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet.

•

An der Sandkrugbrücke wurde durch einen Schutzpolizisten die Leiche eines aus bekannten zweijährigen Knaben aus dem Wasser gezogen.

•

Auf der Ringbahn trat am Donnerstag morgen eine längere Verkehrsstörung ein, da am Bahnhof Treptow ein Gleisstück aus den Schienen gesprungen war.

•

Die Linienänderungen bei der Groß Berliner Straßenbahn sind nunmehr abgeschlossen. Demnächst soll ein Fahrplanbuch mit den neuen Strecken herausgegeben werden.

•

Aus einer Wohnung am Kurfürstendamm 171 wurden von Einbrechern Perserteppiche im Wert von über hundert Millionen gestohlen.

Die Wetteraussichten.

Wieloch heiter, jedoch kühl und vorübergehend stärker bewölkt bei frischen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Schwankend und ewig ungewiß sind die wahrscheinlichen Grundlagen des Hauses.

Sollte es nicht möglich sein, dieses Umlagesystem in eine weniger komplizierte Form zuzulegen? Wenn der Bürger zum Rechnen gezogen werden soll, möge ihm die wahrheitsvolle Finanzbehörde gefälligst als Vorbild vorangehen.

—an.

Gefaßte „Perlen".

Bebische Dienstmädchen und falsche Diener.

Ein diebisches Dienstmädchen entlarvt wurde eine „Dame", die unter dem Namen „Rea von Rauen" in einem vornehmen Hotel in der Kaiserallee Wohnung Bahnhofstraße 7 Tage lang ein. Gegen den Beamten des Ausgangsamt II A (Wilmersdorf) Stadtleitre Leber, und gegen die ehemalige Wohnungsinspektorin Frau Wieder ist ein Verfahren wegen Erpressung eröffnet worden, und bei dem Berliner Kriminaldirektor Polizei W. Anzeige wegen Erpressung erstattet worden.

Dem Ehepaar Geist folgender Sachverhalt zugrunde: Mai 1921 hatte der Kaufmann Geist in der Wilhelm Straße in W. 9 auf Grund eines Wohnungsamts, der Zuteilung ordnungsmäßigem Wege den Schein genehmigt worden. Ein Jahang bekam ein neuer Räumlichkeiten in ihrem Wohnungsamt Wilmersdorf, ihnen ein Zimmer und Kabinett zugewiesen hat, und wie weit das Parlament im Bunde war.

Die Bewährung der Wirmilionenstadt aber sieht sich zunächst vor eine ebenso unerträgliche, wie zurzeit unabänderliche Tatsache gestellt. Die Erörterung darüber, wie denselben möglich war, ist nicht abgeschlossen, sondern erst eröffnet. Bis jetzt hat man nicht das geringste zur Rechtfertigung dieser Unerhörtheit vorbringen können. Die Oeffentlichkeit hat ein Anrecht, zu wissen, wer die Schuldigen an diesen Dingen sind, da man sich von ihnen unter Umständen auch anderer Ueberraschungen zu gewärtigen hat. Der Magistrat, der bereits geschwiegen hat, schuldet der Berliner Rechenschaft! —

*

Die Einstellung des Betriebes der öffentlichen Uhren auf den Straßen und Plätzen wird demnächst auch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Die Fraktionen werden sich in ihren nächsten Sitzungen mit der Maßnahme des Tiefbauamtes beschäftigen und am kommenden Donnerstag den Magistrat interpellieren.

Da der Magistrat die bestehenden Säulen bereits für den Spottpreis von 40000 Mark das Stück verkauft hat, sind allerdings nur noch die beiden Berliner Normaluhren zu retten. Die Verantwortung für den Verkauf der Säulen soll ein Magistratsrat Merten tragen, der das Reklamewesen der Stadt unterfleht. Die Direktion der Normal Zeit G. m. b. H. hat sich große Mühe gegeben 17 geschmacksfreie Säulen, den schönen Säulen Platz zu machen. Es stand, zu Reklamezwecken durch die Normal-Zeit-Gesellschaft gewonnen und erfüllt, daß die Gesellschaft nie das zahlen könnte, was der neuen Reklamesäulen der Stadt bringen, die von einer Privatgesellschaft leer schon hier und dort aufgestellt sind und das Straßenbild verunzieren.

Alle diese Vorgänge werden hoffentlich von der Stadtverordnetenversammlung nachgeprüft werden. Die vom Tiefbauamt unterstellte Reklamebehörde, die auch für die häßlichen Reklameschilder auf den Straßen verantwortlich ist, sollte schnellstens aufgelöst werden. Z.

Wiener Studentenbesuch.

Auf einer Studienreise nach Deutschland sind hundert Wiener Studenten mit ihren Professoren in Berlin eingetroffen. Sie wurden hier von Vertretern des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und des Deutschen Philologenverbandes begrüßt. Heute abend 8 Uhr findet eine Vorführung im Reichstag statt. Anschließend werden nehmen die Gäste an der Aufführung von Haydns „Schöpfung" in der Philharmonie teil.

Kurze Tagesschau.

Als erster weiblicher Tischlergeselle in Preußen hat am Dienstag Fräulein Marie Peschke in Nowawes die Gesellenprüfung als Kunstmöbeltischler bestanden.

•

Die Vierte Groß-Berliner Tabak-Messe wird am Sonnabend (14. April), vorm. 11 Uhr, in der „Neuen Welt" (Hasenheide 108/114) eröffnet. — Die Tabakmesse ist bis einschließlich 17. April täglich von vormittags 11 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet.

•

An der Sandkrugbrücke wurde durch einen Schutzpolizisten die Leiche eines aus bekannten zweijährigen Knaben aus dem Wasser gezogen.

•

Auf der Ringbahn trat am Donnerstag morgen eine längere Verkehrsstörung ein, da am Bahnhof Treptow ein Gleisstück aus den Schienen gesprungen war.

•

Die Linienänderungen bei der Groß Berliner Straßenbahn sind nunmehr abgeschlossen. Demnächst soll ein Fahrplanbuch mit den neuen Strecken herausgegeben werden.

•

Aus einer Wohnung am Kurfürstendamm 171 wurden von Einbrechern Perserteppiche im Wert von über hundert Millionen gestohlen.

Die Wetteraussichten.

Wieloch heiter, jedoch kühl und vorübergehend stärker bewölkt bei frischen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Schwankend und ewig ungewiß sind die wahrscheinlichen Grundlagen des Hauses.

Sollte es nicht möglich sein, dieses Umlagesystem in eine weniger komplizierte Form zuzulegen? Wenn der Bürger zum Rechnen gezogen werden soll, möge ihm die wahrheitsvolle Finanzbehörde gefälligst als Vorbild vorangehen.

—an.

FIM
AUSKUNFTSMESSAMT
Messe
FRANKFURT A-M
15.-21. APRIL

Geschäftsstelle für Groß-Berlin, W. 8, Charlotten trasse 56.

Schreibmaschinen
sofort und gebrauchte sofort lieferbar. Sämtl. Zubehör. — Reparaturen aller Systeme. Katzke, Am Karlsbad 19 (Lützow 7257).

Gottlieb Hammesfahr
Fabrik feiner Stahlwaren
SOLINGEN-FOCHE
NIROSTA
TAFELBESTECKE
Messer / Gabeln / Löffel
Fischbestecke / Obstbestecke
AUS KRUPP'SCHEM NICHTROSTENDEM STAHL
sind besser als versilbertes NEUSILBER und SILBER
NIROSTA-BESTECKE
oxydiert nicht wie Silber
lässt sich reinigen, sauren Speisen
NIROSTA-BESTECKE
werden durch blosses Einkochen in Wasser und Abbrühen gereinigt. Sie bleiben stets blank und rostfrei
Man verlange Prospekt!

Kappel
Schreibmaschine
Maschinenfabrik Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

Kisten
in nagelfertigen Teilen in jeder Größe und Stärke fabrikmäßig u. fachgerecht frei jeder Station liefern
Scheidemann & Rottwilm Minden i. W.

MANNHEIM
PERSONENWAGEN
BENZ
GAGGENAU
NUTZWAGEN
AUTOMOBILE
BENZ & CIE, RHEINISCHE AUTOMOBIL- u. MOTOREN-FABRIK, AKTIENGESELLSCHAFT, MANNHEIM

Volkswirtschaftlicher Teil.

Handel und Gewerbe im März.

Im Anschluse an den in der gestrigen Ausgabe der „A. A." veröffentlichten gemeinen Situationsbericht der preussischen Handelskammern lassen wir noch nachstehende Erläuterungen folgen, die Handel und einzelnen Industrien folgen:

Eisenindustrie, Maschinenfabrikation, elektrotechnische Industrie.

Die Lage auf dem Eisenmarkt hat im Monat März unter dem Druck der Ruhrbesetzung weiter verschlechtert. Die Hochöfen, Stahl- und Walzwerke des Westens mussten teilweise ihren Betrieb, mindestens in erheblichem Umfange, einschränken. Sehr schwierig gestaltete sich die Frage des Absatzes. Der Versand ins unbesetzte Deutschland ist ganz unterbunden. Aber auch die Versorgung der weiterverarbeitenden Werke im Allbesetzten Gebiet wird immer schwieriger. Auf Grund der Besetzung müssen ganze verschickt werden. Die Bemühungen der Industrie, insbesondere die mit Rücksicht die die Preisfrage stark interessierten englischen Händler, durch Verhandlungen mit den Besatzungsmächten der Industrie die Erfüllung ihrer Aufträge zu ermöglichen, haben bisher zu einem Erfolge nicht geführt. Es muß der Hauptsache nach Material, das sich zu sich ziehen, waren die Werke grösstenteils gezwungen, auf Lager zu arbeiten. Auf Grund der Stetigkeit der Mark haben die Inlandsbezieher in März keine Veränderung erfahren. Die Auslandspreise haben wesentlich angezogen.

Der Wegfall des Bedarfs an Erzen seitens des Ruhrgebiets bezüglich sich allmählich auch in den durch den Einbruch der Franzosen und Belgier nicht betroffenen Gebieten dadurch bemerkbar, dass auch dort die Verhältnisse ähnlich wie in der Tätigkeit immer Ausbau geworden sind. Soweit die oberschlesischen Erzbergwerke neue Erz-Käufe tätigten, betrafen sie neben schwedischen in beschränkterem Masse auch solche Erze. Die Preise für oberschlesischen Erzen waren vielfach höher als die des Auslandes, und das Angebot in deutschen Erzen, das an sich verhältnismäßig war, konnte wegen dieser Preisgestaltung keine volle Unterkunft finden. Der internationale Erzmarkt hat wahre Sätze und feste Bindungen, auch die Erzbrachten, namentlich von Spanien, haben angezogen. Das Angebot in Schrott unterlag Hauptsächlich infolge des Devisensturzkanges seit Ende der Woche einen ungewöhnlich grossen Umfang an, und die Zusagen waren dementsprechend. Die Altmaterialpreise auf der ganzen Linie wichen. Die Notierungen haben gewöhnlich einen Stand erreicht, der weitere Ermäßigungen zunächst nicht zulässt. Das Auslandsgeschäft war gegen Ende des Monats trotz der in Berichtsmonat erheblich zurückgegangenen Devisenkurse gleich Null. Das Roheisengeschäft ist im März vorwiegend ruhiger geworden. Angesichts der allgemeinen Geschäftsstille hat die Beschäftigung der Giessereien stark nachgelassen. Da andererseits die Roheisenpreise nicht herabgesetzt wurden, haben die Vorrätskäufe ganz aufgehört. In Fertigen Eisen waren die Werke im grossen und ganzen noch mit Aufträgen versehen. Doch liess der Auftragseingang nach. Ursache war die Auftretung der Kassellie, welche Massregel mit Rücksicht auf den Inlandsbedarf der weiterverarbeitenden Industrien angeordnet wurde. Die Drosselung der Zufuhr der Bahnbeförderung des Ruhrgebiets gefährdet erschien. Infolgedessen und recht erhebliche Mengen tschechischen und englischen Eisens nach Deutschland eingeführt worden. Auf dem Zink markt trat infolge der Markeinsinnigkeiten, in einem Bisserstand ein. Allerdings war noch ein mässiges Steigen der Produktionskosten gegenüber dem Vormonat festzustellen. Zu Fielen Zinkblech und Zinkvorrätigen gingen folgenden Verkaufspreise unserer Zinkprodukte mit der Verschiedenen Markenqualitäten. Trotz dieser Verbilligung war der Inlandsbezug gering, da der grosse Bedarf des rheinisch-westfälischen Industriebezirks gänzlich ausfiel und infolge der Markbesserung die Preise der deutschen Produzenten dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Obwohl Beziige an Halb- und Fertigfabrikaten von dem besetzten Gebiet ausgeschlossen sind, hat sich im unbesetzten Gebiet eine Materialknappheit nicht bemerkbar gemacht, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass trotz Steigens der Weltmarktpreise die gegenwärtigen Inlandspreise zum Teil noch erheblich über den Weltmarktpreisen stehen, so dass mehr Material für die Inland verfügbar bleibt. Der Grosshandel befindet sich infolge des geringen Absatzes und der Preisunsicherheit in ungünstiger Lage. Die Lieferungen beruht auf der sprunghaften Steigerung der Preise in dem Monat Februar. Der Grosshandel rechnet ferner mit der Gefahr, dass bei einer weiteren starken Hebung der Mark der Export vollkommen aufhören und bei Fertigwerden des Rohgebiets die auf Lager geerbteten grossen Vorräte der industrie plötzlich verfügbar werden und den Inlandsmarkt erschüttern könnten. Auf dem Metallmarkte herrschte ebenfalls ausserordentliche Stille.

Während die Nachfrage nach Roheisen, Halbzeug, Stab- und Bandeisen sowie Grobblechen sich nach der Abschnürung des Ruhrgebietes wieder recht lebhaft gestaltet hat, macht sich in Feinblechen eine ruhige Tendenz der Nachfrage eine allgemeine Zurückhaltung im Käufe bemerkbar. Die Ursache hierfür dürfte darin, dass englisches und böhmisches Material unter dem Inlandspreise zu kaufen war. Eine Ermässigung der Preise dürfte in nächster Zeit kaum zu erwarten sein, selbst wenn eine Kohlenpreisermässigung eintreten sollte, weil die Werke aus Wochen nur teure englische Kohle verarbeiten. Durch starken Bezug von englischer Kohle scheint dem zu Anfang des Berichtsmonats bestehenden Mangel an Bronzeoffen für lange Zeit vorgebeugt zu sein. Auch die Walzdrahtgießereien sind noch auf Monate hinaus sowohl mit Kohlen als auch mit Koks reichlich versorgt. Die Beschäftigung ist dort noch die meisten Firmen mit der Abfarbung Fertiger Aufträge beschäftigt sind. Bei dem Verband Berliner Metallindustrieller haben etwa 12% der angeschlossenen Firmen genehmigt, dass sie zu wöchentlich 48ständiger Arbeitszeit übergehen dürfen. Es ist zu befürchten, dass die Verringerung der Aufträge und die Geldnot, in welche die Firmen offenbar kommen müssen, weitere Betriebsstillegungen herbeiführen.

Die elektrotechnische Industrie ist ebenfalls stark in Anspruch genommen. Es war reichlich Bedarf an elektrischen Anlagen aller Art vorhanden; es fehlte aber überall an der Möglichkeit, die Aufträge schnell zu erledigen. Es war dies in Ebenso ist das Auslandsgeschäft schwer gedrückt gewesen. Bei Kohlenmangel in Kohlen-Staten ist noch beträchtlich, der von Ohlhämpen abgerufen stark zurückgegangen. Im allgemeinen ist die Beschäftigung in der Elektrotechnischen Industrie noch auf Monate hinaus gesichert, doch waren unsere Abbestellungen nicht so zu vermeiden. Die Preise sind etwas zurückgegangen.

Bekleidungsindustrie.

Die im Bauwollwarengroßhandel in der zweiten Hälfte des Monats Februar eingetretene Verflauung des Geschäftes pflanzte sich im Monat März noch schärfer aus. Die Abwartende Haltung der Verbraucher, die steigende Erhöhung aller Betriebsunkosten sowie die Geldknappheit ihnen die Beschaffung der Ware in empfindlicher Weise. Der Geschäftsgang in der Wirkwaren- Baumwollindustrie was im März ebenfalls still. Spinnereien und Webereien erzeugen das gröbere Teil ihrer Produktion auf Lager nehmen, obwohl, durchschnittlich zur Zeit der Tage in der Woche gearbeitet wurde. Infolge der Absatzstockung besteht bedrohliche Geldknappheit.

Der Rohstoffeingang in der Textilindustrie des Bergischen Landes war als unzureichend bezeichnet. Desgleichen stimmt die Versendung der Ware zur Schwierigkeiten. Die Preise für Fertigwaren, die noch zu hoch liegen, konnten infolge der erhöhten Betriebskosten nicht herabgesetzt werden. Die Beschäftigung der Lausitzer Tuchindustrie hat im März eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich auf etwa 50% eingeschränkt. Vorrätige werden Tuche im Zwischenhandel erheblich billiger angeboten, sie die Industrie in der Lage ist, aus Wiederverkauf Tuchen der Ware zu kaufen. Es ist dringend erwünscht, dass die Ausfuhrabgabe für Tuche völlig beseitigt wird. Neuerdings macht der Mangel an neuen Aufträgen sich in der Weberei Betriebseinschränkungen notwendig. Vorrätig wurden ausschließlich Stapelwaren mittlerer Qualität und nur ausnahmsweise Bestellung Qualitätswaren. Das Publikum liess sich selbst bei Gewährung Ratenzahlung nicht zum Kauf bewegen. Die Lage der Spinnerei ist unter denselben Erscheinungen. In der Leinen- Industrie machen Bemühungen, dass die massgebliche Einkaufsvereinigungen und grosse Firmen zur Zurückhaltung übergegangen sind in der Erwartung, weitere Preisermässigungen seitens der Fabrikanten.

In der Konfektionsbranche hielt die Mitte Februar eingetretene Geschäftsstille auch den März hindurch an.

Das Ledergeschäft wurde im weiteren Verlauf des Monats März nach anfänglicher Lebhaftigkeit still. Die Rückgänge der Devisen brachten einen entsprechenden Rückgang der Mark- und Leder-preise mit sich. Die Leder verarbeitenden Industrien sind schwach beschäftigt und haben ihre Arbeitszeit erheblich reduzieren müssen. Zu den ermässigten Preisen wurden Häute und Felle auf den Auktionen zahlreich gekauft. Die Lederpreise haben sich etwas erhöht unter Weltmarkt. Die Schuhindustrie lag im Monat März fast vollständig darnieder.

Chemische Industrie.

Infolge der Erreichung und teilweisen Ueberschreitung der Weltmarktpreise ist in der chemischen Präparatenindustrie die Kaufkraft von Fremdes Ausland nachgelassen. Der Wettbewerb mit dem Auslande wird besonders erschwert durch die hohen Frachtsätze, die Zollsätze und Schiffspreise. Auch das Inland deckt in Erwartung eines Preisabbaus nur den unbedingten Bedarf. Ein grosser Teil der Industrie und der Händler hatte noch einen erheblichen Teil der im Januar und Februar gekauften Ware auf Lager, die erst mit erheblichen Verlusten abgestossen werden mussten.

Verkehr.

Die Verkehrsschwierigkeiten im besetzten Gebiet sind weiter gewachsen. Der Versand in das unbesetzte Gebiet ist vollkommen unterbunden. Nach dem besetzten Gebiet wurde der Versand seitens der Industrie stark eingeschränkt. Es aber die Bahn durchaus nicht einlaufenden Waren nicht wieder in das unbesetzte Gebiet zurücklieferten, wurde durch die Reichsbahnverwaltung die Ware in das Ruhrgebiet geleitet eingeschränkt. Die Besatzungstruppen versuchen den Verkehr auf den unbesetzten Bahnen weiter einzuschränken. Der Schwierigkeiten in dem verwickelten Eisenbahnnetz suchen die Franzosen dadurch Herr zu werden, dass sie eigene Verschiebebahnhöfe nur zwei Schienenstränge für die Hin- und Herfahrt ihrer Kohlenzüge durch Kolonien der Westzone. Die Lage über den Kanal fahrenden Züge müssen zur Überlaufung kurze Zeit Kohlenbahnhöfen, Kohlenzüge, die aus dem Ruhrgebiete, führen diese Linie nicht durchfahren. Durch die Erweiterung der Besetzung auf dem rechten Rheinufer wurde der Verkehr Ludwigshafen Mainz, Koblenz und Köln sowie durch die Besetzung von Bonn, Darmstadt (Worms) und Frankfurt/Main sind weitere Strecken für den deutschen Verkehr ausgefallen.

Der Verkehr im Emdener Hafen zeigte im verflossenen Monat ein ganz ausergewöhnliches Bild. Die Frachtsätze, bewegten sich auf weitaus grösserer Dampferlandungen. Auch überseeische Getreide kam, bis auf einige kleinere Dampfer-Indungen von der Ostsee, nicht an. Dagegen trafen über 80 Dampfer mit englischer Kohle ein, die teils mit der Eisenbahn, teils mit Schiffen nach dem Inland verfrachtet wurde. Auch im Stettiner Hafen war der Dampferverkehr im allgemeinen befriedigend. Die Einfuhr bestand überfalle in der Hauptsache aus Kohlen. Ferner gingen Eisenerze und Heringe, Stroh und Heu ein. Die Ausfuhr war, wie auch in den Vormonaten, im Verhältnis zur Einfuhr sehr gering. Es sind allein im Märe 62 Dampfer und zwei Leichter ins ausgegangen. Infolge der Besserung der Mark stellt sich die englische Buskerkohle um etwa 20 000 bis 30 000 M. billiger als die deutsche.

Amerikas grösster Trust.

Der grösste Trust in den Vereinigten Staaten jetzt ist die Amerikanische Telefon und Telegrafen Gesellschaft. Bis zum 27. März standen diese Trusts, wie der U.S. Stahltrust, die Standard Oil Company oder General Motors obenan. Am 27. April ging an die Generalversammlung der „Tel. u. Tel." die neuen Finanzvorschläge ihrer Direktoren die Genehmigung. Danach überfließt das Gesamtkapital der „Tel. u. Tel." die Kapitalkraft der U.S. Steel Corporation um fünfzig Millionen Dollar.

Laut Beschluss seiner Aktionäre erhöhte die „Tel. u. Tel." am 27. März sein Gesamtkapital von 750 Mill. Dollar auf 1 Milliarde. Dies geschah durch innere Konversion und Subskription; also wurden keine neuen Aktien emittiert oder um Kauf angeboten. Die „Tel. u. Tel." ist bekanntlich eine Verschmelzung, oder besser gesagt, Zusammenschweisung der von den Erfindern Graham Alexander Graham Bell gegründeten Bell Company mit der New York Telephone Company neben 24 anderen, kleineren Gesellschaften, die das ganzen Vereinigten Staaten verweigt sind. Im Jahre 1929 ging die Bell-Gesellschaft in die Amerikanische Telegraph Company auf. Damals hatte die Bell-Gesellschaft ein Kapital von 95 Mill. Dollar. Seitdem wurde dieses Kapital erhöht, die neue Gesellschaft machte fortwährend gute Verdienste, mit Ausnahme der magern Jahre von 1906 und 1914. Gegen Schluss des Geschäftsjahres 1929 diese Gesellschaft, ähnlich wie die Eisenbahnen der atlantischen Küste Nordamerikas von der Regierung der Vereinigten Staaten gegen angemessene Vergütung in bedingter Weise beschlagnahmt, wurde aber 1921 an seine früheren Besitzer zurückgewirkt. Sogleich fing die Gesellschaft wieder zu verdienen an. Damals wurde das Gesamtkapital auf fast 600 Mill. Dollar erhöht. Anfang 1922 war der Verkehrsmittel 66 170 482 Dollar im Vergleich zu 54 096 704 Dollar des Vorjahres, also ein Gewinn von 20 % oder 11,14 Dollar für jede Aktie, deren Parkwert während der letzten Jahre ständig 100 Dollar gewesen ist. Die Felder der „Tel. u. Tel." sind der amerikanischen Regierung freigegeben worden ist, hat sie, nach Angaben ihres Vorstandes unerhört 185 000 000 Dollar für Erweiterungen und Verbesserung ihres Materialbestandes ausgegeben, eine Summe, welche die Gesamtsumme von vier Jahren direkt vor dem Kriege übersteigt. Während des letzten Jahres wurden 600 000 neue Fernsprecher zu den 14 Millionen schon bestehenden Anzugeßte. Von diesen entfallen 1 800 000 auf die New York Gesellschaft, also ungefähr ein Siebentel.

Die New Yorker Gesellschaft, welche ausser dem grossen Staate New York das anliegende Gebiet von Nordwestlichen New Jersey und westlichen Connecticut mit einschliesst, bedient eine Bevölkerung von etwa 16 Millionen. Von diesen benützen mindestens 4 Millionen den Fernsprecher täglich, und zwar man mit 3 300 000 Fernsprechen täglich zu rechnen hat. Zur Bewältigung all dieser Ferngespräche sind an Personal von rund 25 000 Frauen und für die technischen Arbeiten ein Personal von 12 000 Männern. Das Gesamtpersonal wird auf 40 000 berechnet. Die geringste Lohnung für Anfänger ist 12 Dollar die Woche. Den Durchschnittslohn kann man wohl auf 20 Dollar die Woche schätzen.

Die New Yorker Gesellschaft besitzt jetzt über 500 verschiedene Gebäude, darunter 40 der Grosstadt und hält fast 600 Telephonzentralen in Betrieb. Allmählich werden jetzt in New York automatische Fernsprechanlagen für 1 Million Teilnehmer, wie in München und anderen Städten Deutschlands schon kennt. Mit der Einführung dieser Verkehrsmittel werden wohl viele der jetzigen New Yorker Zentralen ausfallen. Die Telephon- und Telegraphenleitungen, die zwischen New York und Umgebung erstrecken (meistens unterirdisch) sollen eine Gesamtlänge von 6 000 000 englische Meilen haben.

Weiter der Gesellschaft gehörende Materialien wird von der Western Electric Company gefüllert. Diese Gesellschaft erzielt jährlich fast 25% Millionen Meilen von Kupferdraht. Das Metall dafür bezieht die Western Electric Company aus Mexiko und dem Grenzgebiet von Arizona und Pittsburgh und das Blei aus Missouri und Colorado.

Während der letzten drei Jahre hat New York und Umgebung mehr als 100 000 neue Fernsprecher bekommen. Trotzdem ist fortwährend empfindlicher Mangel an Fernsprechern. Im Zentrum der Grossstadt müssen neue Abonnenten ein halbes Jahr warten, bis sie endlich einen Fernsprecher bekommen. Die Gesellschaft hat 1 Million Telephonbücher bekommen. Die Bevölkerung New Yorks glaubt allgemein, dass die neue New Yorker Telephon- und Telegraphengesellschaft ihre Gebühren zwangsweise Verminderung der Fernsprechgebühren auf fünf Cent per Fernsprech damit etwas zu tun hat. Die Gesellschaft Tyler bestreitet natürlich, dass dem nicht so sei.

Aussichten der Textilwirtschaft.

Nach der fast ununterbrochenen Hochkonjunktur des Jahres 1922 machte sich infolge der Gesetzung des Devisenzwangs und um die Jahreswende eine allgemeine Zurückhaltung und Unsicherheit im Textilgewerbe bemerkbar. Die Flucht aus der Mark in die Ware hörte auf; der Auftragseingang liess immer mehr nach, da die Abnehmer das Valutarisiko scheuten und daher, soweit wie irgend möglich, ihren Bedarf nur durch Lagerkäufe zu decken suchten. Die Lage der Ruhebesetzung eingetretene aturzartige Markentwertung förderte diese Zurückhaltung der Abnehmer noch weiter. Es schien, als brachte diejenigen, die seinerzeit im Herbst Lieferungsverträge auf der Grundlage einer unstabilisierten Währung abgeschlossen hatten, in ärgste Schwierigkeiten, da sie sich plötzlich einer unerfüllbaren Valutaverpflichtung gegenübersahen. Die im Februar einsetzende Marksteigungsaktion führte zu einer ausgesprochenen Ausatzkrisis, die noch zuenwartig anhält. Unter dem Einfluss des stillen Geschäfts und unter dem Drucke der auf Freisetzung und Stillegung drängenden Regierung und der Oeffentlichkeit sah sich der Einzelhandel veranlasst, nicht unbeträchtliche Preisherabsetzungen vorzunehmen; Preisbetrugen in der zweiten Februarhälfte bei spielsweise bei Geweben durchschnittlich 35 Prozent, bei Unterkleidung und Wäsche etwa 32 Prozent und bei Oberkleidung etwa 20 Prozent. Demgegenüber machte sich im Grosshandel und in der Industrie das Bestreben geltend, die Preise möglichst zu halten, soweit sie nicht, wie zum Beispiel bei reinen Importwaren, automatisch der Devisenbewegung angepasst werden. Es zeigte sich, dass die Absatzstockung und die weiter wirkenden preisauftreibenden Kräfte in Gestalt von Steigerung der Löhne, Frachten und sonstigen Betriebsstoffen dadurch aufzuheben vermochte. Die Industrie verfügt zunächst noch über genügende Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes; in manchen Zweigen liegen noch für die nächste Zeit ausreichende Aufträge vor. Im allgemeinen jedoch haben die Betriebseinschränkungen zugenommen und die Geldbeschaffungsschwierigkeiten wachsen. Die Aussichten für die nächste Zukunft werden als wenig erfreulich bezeichnet, zumal da die Marktbesserung auch die Ausfuhrgeschäft stark behindert hat.

Man rechnet indessen damit, dass die voraussichtlich noch längere Zeit anhaltende Stabilität der Devisenkurse zu einer Lage führen eine solidere Gestaltung des bisher vorwiegend spekulativ eingestellten Geschäftes bieten, und dass sich der lange zurückgehaltene Bedarf des Publikums mit dem Fortschreiten der Stabilisierung in einer stärkeren Nachfrage nach Bekleidungsgegenständen äussern wird, zumal, da die Vorräte im Einzelhandel infolge der Geldknappheit im allgemeinen nicht allzu gross sind. Zahlreiche Preislaktelle, wie zum Beispiel die Deutsche Fabrikenverbände, Verbände der Sächsisch-Thüringischen Industrieller und Schlesischer Webereien, die Wirkerei-Industrie, der Nähfadenfabrikate erhöhten auch nach dem Dollarsturz die Verbandspreise in Anwärtung der dem besonderen preisbestimmenden Faktoren. In diesen Zeiten der nachlässenden Verkaufskonjunktur wirken die Kartelle in fast durchweg kartellmässig organisierten Textilindustrie preisregulierend und verhindern einen plötzlichen Preisabsturz, wie dieser bei den Devisenbewegungen hierfür noch fehlen. Die Preisbewegung auf dem Textilmarkt in der letzten Woche dass gestaltet sich durchweg kartellmäß

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Besteuerung von ausländischen Vermögen und Einkommen.

Die Verordnung über die Besteuerung von ausländischem Vermögen und Einkommen vom 15. Februar 1923, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt I, 1923, Nr. 14, Seite 145, hat den Zweck, bei im Inland unbeschränkt steuerpflichtigen Personen die Besteuerung der Einkommen und Vermögen, die nach der Reichshabgabeordnung auf Grund der Devisenkäufe zu besteuern sein würden, zu mildern. Entsprechend den Verschriften des Vermögenssteuergesetzes soll der dauernde gemeine Wert, nicht der Zufallswert eines Stichtages oder ein Ausnahmewert, wie er durch die Geldentwertung in Deutschland geschaffen ist, zur Besteuerung herangezogen werden.

Die Verordnung hat Geltung für die erste Veranlagung zur Vermögenssteuer, Zwangsanleihe und zur Einkommensteuer 1922, ferner für die Fälle, in denen im Kalenderjahr 1923 eine Vermögenssteuerpflicht, eine Erschaftssteuerpflicht oder eine Pflicht zur Veranlagung auf die Einkommensteuer gemäß § 42, III des Einkommensteuergesetzes (Gewfestsetzungen der Veranszusagen bei voraussichtlich höherem Einkommen im Kalenderjahr 1923 gegenüber 1922) begründet wird. Als ausländisches Vermögen gilt ausländisches Grund- und Betriebsvermögen, sowie Hypotheken an einem im Ausland belegenen Grundstück, ferner der Kapitalwert ausländischer Renten und doch nicht fälliger Ansprüche aus Lebens- und Kapitalversicherungen oder Rentenversicherungen, sofern der Vertrag mit ausländischen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen ist, und soweit sie nach § 9 Nr. 5 und 6 des Vermögensteuergesetzes steuerpflichtiges Vermögen bilden. Ausländisches Einkommen ist das Einkommen aus den den zeichneten Vermögen und ausserdem das Einkommen aus einer im Ausland ausgeübten Gewerbetätigkeit. Für die Einkommensteuer greift die Vergünstigung aber nur Platz, wenn die Einkommensbeträge im Ausland verbleiben oder in Deutschland zu gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken (z. B. Hohrzonte) verwendet werden, soweit der Gesamtbetrag dieser Zuwendungen, die nach § 13 Nr. 7 des Einkommensteuergesetzes völlig steuerfreien 10 % des gesamten Einkommens übersteigt.

Die Vergünstigung selbst besteht nun darin, dass für die Umrechnung des Vermögens und Einkommens aus den ausländischen hochwertigen Währung — nur solches kommt für diese Verordnung in Betracht — in deutsche Währung der Umrechnungskurs entsprechend den im Zwangsanleihegesetz festgesetzten Kursen zu Wertpapiere berechnet wird. Es ist also ein Durchschnittskurs, der ermittelt wird aus der durch drei geteilten Summe der Kurse zu Ende der ersten Hälfte der Jahre 1920, 1921, 1922 einerseits und dem Kurse am 3. Oktober 1922 anderseits. Das hierauch in Deutsche Währung umgerechnete ausländische Einkommen und Vermögen wird dem sonstigen Einkommen und Vermögen hinzugerechnet und nach einem besonderen zu berechnenden Steuersatz an dem in Frage kommenden Steuern herangezogen. Den in § 3 der Verordnung vorgeschriebenen Steuersatz berechnet man, indem man zu dem sonstigen Einkommen oder Vermögen den Verkriegswert (Währungskurs vom 31. Dezember 1913) des ausländischen Vermögens oder Einkommens hinzurechnet. Mit dem nach der Zusammenrechnung sich tarifmässig ergebenden Hundertsatz, mindestens aber mit dem niedrigsten Satze der betreffenden Steuer, ist dann das gesamte Einkommen oder Vermögen einschliesslich des nach dem Durchschnittskurse berechneten Einkommens oder Vermögens, zur Steuer heranzuziehen.

Der Reichsminister der Finanzen ist ausserdem ermächtigt worden, auch bei anderen als den aufgeführten Vermögensarten entsprechend zu verfahren, und die Besteuerung des ausländischen Vermögens oder Einkommens in anderer gerechter Weise zu regeln, wenn im Einzelfall die Verordnung in der vorliegenden Form ihren Zweck nicht erfüllen sollte.

Es muss noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Wohltat der Verordnung nur auf Antrag eintritt. Dieser Antrag wird zweckmässig bei der Einkommen- und Vermögensteuererklärung gestellt.

G. Sonnenstuhl.

Dollaranleihe des Reiches. Nach unseren Ermittelungen sind in den letzten Tagen noch weitere Zeichnungen auf die Anleihe eingegangen. Auch aus dem Auslande sind Anmeldungen eingetroffen und weitere angekündigt, so dass das bisherige gemeldete Resultat überschritten wird. Es wäre zu wünschen, dass die Notierung der Anleihe an den deutschen Börsen, wie dies auch angekündigt wurde, so bald als möglich erfolgt. Es ist dies auch möglich, weil die definitiven Stücke der Anleihe bereits ausgegeben werden.

Eintragung von Schiffspfandrechten in ausländischer Währung. Das zweite von Reichsrage genehmigte Gesetz, datiert vom 29. März, das mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft tritt, ist namrieb im „Reichsanzeiger" veröffentlicht worden.

Aufhebung der Beschlagnahme tschechoslowakischer Wertpapiere. Der „Reichsanzeiger" vom 4. 4. veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach die Beschlagnahme von 59 tschechoslowakischen Wertpapieren aufgehoben ist. Die Eigentümer der freigegebenen Wertpapiere werden aufgefordert, sich bei den Banken, bei denen inhaerent die Anmeldungen vorgenommen worden sind, zwecks Rückgabe der Anmeldeformulare zu melden. Auch die Verfügungsbeschränkungen sind aufgehoben und der Handel mit diesen Stücken gestattet. Auf Antrag können Aufbringenhinigungen erteilt werden.

V. Internationale Mustermesse Padua. Die Firma Giovanni W. Kaschlik, Internationale Transporte, Berlin, teilt uns mit, dass sie die einzigste Firma zum offiziellen Beleggierer für Deutschland (ausser Bayern) der V. Internationalen Mustermesse Padua vom 1. bis 15. April 1923 ernannt ist. Die Paduaner Mustermesse wird in diesem Jahre den deutschen Ausstellern besondere Räume zur Verfügung stellen, damit die Erzeugnisse der deutschen Industrie besonders günstig zur Geltung kommen. Anfragen über Höhe der Standkosten, die für deutsche Firmen zu gewährende Ermässigung, sowie über Geschäftsaussichten sind an die obige Firma zu richten.

Zusammenbrüche und Verhaftungen in der Budapester Bankwelt. Die Börsenkommissionsfirma Goldschmid & Schönberg ist mit 100 Mill. Kronen Passivenzahlungsunfähig geworden, weshalb ein Kriminalverfahren eingeleitet wurde. Die Budapester Börse wurde von den Insolvenzen nicht berührt. — Grosses Aufsehen erregt die Verhaftung von drei ehemaligen Direktoren der Budapester Filiale der Wiener Commerzialbank, die zum Schaden der Aktionäre Devisengeschäfte machten und dadurch die Bank todgefährdeten. Die Verhaftungen erfolgten auf Grund gerichtlicher Anordnung, doch wurden Mitschuldige nach kurzer Inhaftierung wieder auf freien Fuss gesetzt. Nun trat in der Affäre neuerdings eine Wendung ein, indem der Generaldirektor der Budapester Filiale der Wiener Commerzialbank, Richard Sebestyen, auf Berchloss des Untersuchungsrichters in Untersuchungshaft genommen wurde. Auf Anzeig der Staatsanwaltschaft wurden drei Mitschuldige in Haft genommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Es handelt sich um ungewöhnlich grosse Missbräuche, die eine enorme Schädigung der Aktionäre in Höhe einiger hundert Millionen Kronen bedeuten.

Spanischer Wirtschaftsbrief.

D-i. Madrid, 31. 3.

Nach einer verhältnismässig zuverlässigen Zusammenstellung, die in letzter Zeit veröffentlicht wurde, sind im Jahre 1922 in Spanien 73 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 145,5 Millionen Pesetas gegründet worden. Gerade auf diesem Gebiet ist eine verglichende Skala der Bewegung in Handel der letzten zehn Jahre lehrreich und ergibt das Bild der Kurve, welche die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens unter dem Einfluss des Weltkrieges durchlaufen hat.

Jahr	Zahl der Gesellschaften:	Kapital:
1913	98	Pts. 121 Millionen
1914	114	„ 169 „
1915	120	„ 45 „
1916	217	„ 219 „
1917	259	„ 399 „
1918	506	„ 4 6 „
1919	924	„ 156 „
1920	22	„ 547 „
1921	127	„ 265 „
1922	73	„ 145 „

Nach dieser Uebersicht wurde der Höhepunkt der Konjunktur im letzten Kriegsjahre erreicht und die Kurve blieb bis 1920 mit geringen Schwankungen unverändert, während jetzt allmählich der wirtschaftliche Zustand wieder auf den Stand vor dem Jahre 1913 geworden zu sein scheint. Es würde zu weit führen, auf die Gründe für diesen Stillstand bzw. allmählichen Rückgang im spanischen Geschäftsleben näher einzugehen. Selbstverständlich leidet auch Spanien unter der Weltkrisis, von der wohl kaum ein europäisches Land vollkommen verschont bleibt. Nicht unerwähnt darf aber sein, dass die in den letzten Jahren beobachte Zollpolitik sein, die ja ziemlich verscheiden beurteilt wird; denn nach ähnlich wie das Prinzip eines Schutzzolsystem Protektionismus auch in manchen Fällen angewendet worden, wo es nicht durchaus den eigenen Interessen Spaniens entspricht. Namentlich aber hat es ihnenzl auf die geschäftliche Initiative gewirkt, dass in den meisten Betrieben grosse Bestände an Waren und sonstigen Vorräten vorhanden sind, für die nicht mehr die gleiche Verwertungsmöglichkeit wie in früheren Jahren besteht und die vor allen Dingen, mit wenig Ausnahmen, viel zu teuer eingekauft worden sind. Hierzu kommt ein ganz unverkennbarer Mangel an disponiblem Bargeld, der fast allenthalben — mit Ausnahme vielleicht der Grossbanken — zu spüren und immer wieder auf eine vorzeitige und daher meist verfehlte Spekulation in ausländischen Valuten zurückzuführen ist. — Wie weit die neuesten Vorgänge im internationalen Wirtschaftsleben von rückwirkender Bedeutung auf den Geschäftsgang in Spanien werden können, lässt sich vorläufig natürlich noch nicht vollkommen überblicken. In astrischen Schiedsrichter und der Eisenindustrie von Bilbao macht sich die Besetzung des Ruhrgebietes bemerkbar.

Was im speziellen die spanischen Banken anbelangt, so arbeiten sie im grossen und ganzen nach wie vor, wie bereits angedeutet wurde, unter sehr günstigen Bedingungen. Nach dem Abschluss der Bank von Spanien für das Geschäftsjahr 1922 beläuft sich der verteilbare Gewinn auf etwa 101 Mill. Pesetas, von denen die Aktionäre eine Dividende von 28 %, gleich rund 49 Mill. Pesetas, erhalten, während der Staat für Steuern etwa 24 Mill. und als Gewinnanteil etwa 27 Mill. Pesetas zusammen also 52 Mill. Pesetas erhält. Bei dieser Verteilung des Gewinnes auf Aktionäre und Staat kommt zum erstenmal das im Januar 1922 in Kraft getretene neue Bankgesetz zum Ausdruck, für welches die sogenannte „Ordenanzas bancaria" des Herrn Calvo de Gondiego bildet. Nach dieser Neuordnung ist der Staat in der Beteiligung am Gewinn den Aktionären gegenüber sehr viel günstiger gestellt als zuvor.

Diskonthera setzung in Spanien. Die Bank von Spanien hat vom 29. März ab Diesen seit 19. Mai 1922 geltenden Diskonto in von 6½ % auf 5½ % abgesetzt. Die neuen Diskontsätzung erfolgte ebenfalls in gleichem Ausmass von 1 %. Zuerst sind fast alle Diskonto um 1 % auf:

	%	seit		%	seit
Berlin . . .	9	18. 1. 23	Helsingfors .	8	16. 10. 22
Wien . . .	9	2. 2. 22	Italien . . .	5	11. 7. 22
Schweiz . .	4	17. 8. 22	Madrid . . .	5	29. 3. 23
New York . .	4	23. 2. 23	Lissabon . .	6	3. 8. 20
London . . .	3	15. 2. 22	Prag	5	15. 1. 23
Paris . . .	5	1. 3. 23	Warschau . .	8	Sept. 21
Brüssel . . .	5	22. 1. 23	Bukarest . .	6	1. 6. 20
Amsterdam .	4	18. 7. 22	Sofia . . .	9	14. 6. 19
Budapest . .	8	25. 10. 22	Athen . . .	6	15. 5. 20
Kopenhagen .	5	25. 4. 22	Moskau . . .	2	1. 7. 22
Christiania .	5	17. 7. 22	Bombay . . .	6	16. 1. 23
Stockholm .	4	1. 7. 22	Tokio . . .	11	18. 11. 19

Der spanische Goldzollaufschlag für April. Seitens der spanischen Regierung ist der Aufschlag auf Ein- und Ausfuhrzölle im Falle der Zollzahlung in spanischem Silbergeld oder in Noten der Bank von Spanien unstatt in Gold für den Monat April auf 26,62 % (März 23,29 %) festgesetzt worden. Die mittlere Monatsumrechnung für die Reichsmark, die als Grundlage für die Erhebung des Valutazollzuschlags auf deutsche Waren Anwendung findet, ist für den Monat April auf 0,006 (März 0,023) festgesetzt worden.

Südafrikanische Kohlen für Deutschland. Unser Hamburger Mitarbeiter drahtet: Durch den Ruhrkonflikt in das Ruhrgebiet veranlasst, haben die südafrikanischen Linien beschlossen, ihre Schiffe in den Dienst der Kohlenbeförderung zu stellen und südafrikanische Kohlen nach Deutschland zu importieren. Die ersten Ladungen sollen schon im Anfang April in Hamburg eintreffen. Die südafrikanische Union verfügt über einen nicht unerheblichen Kohlenüberschuss. Schon im Jahre 1922 veröffentlichte die Regierung einen Bericht im Departement für Bergbau und Industrie, in dem sie die Wahrscheinlichkeit darlegt, dass die Kohlenlager sich einmal als erschöpft werzuefer erweisen würden als die berühmten Goldminen.

Kleine Ausfuhrmengen abgabefrei. Mit Wirkung vom 10. April erhält der Artikel VII der Ausfuhrbestimmungen und Ausführordnung über die Aussenhandelskontrolle folgende Fassung: „Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung wird zur Förderung der Wirtschaftlichkeit der Abgabenverwaltung ermächtigt, in den jeweiligen Grenzen der durch die Kleinbetriebsordnung vom 5. Oktober 1922 (RGBl. I S. 799) den Finanzbehörden erteilten Befugnisse von der Festsetzung und Nachforderung der Ausfuhrabgabe abzusehen."

Getreideumlage. Die Preise für das weiche Sechstel der Getreideumlage sind von der Regierung festgesetzt für die Tonne Roggen auf 650 000 M., Weizen 720 000 M., Gerste 550 000 M., Hafer 480 000 M.

Das Zusatzabkommen zu dem deutsch-schweizerischen Goldhypothekenabkommen perfekt. Nach einer Mitteilung aus Bern ist gestern in Bern die Verweiterungsabkommen zu der deutsch-schweizerischen Vereinbarung über die Goldhypotheken abgeschlossen worden. Alle interessenvertretungen hätten sich mit dem neuen Abkommen einverstanden erklärt.

Preisermässigung für Messingbleche. Die Vereinigung der industriellen Messingwerke hat den Grundpreis für Messingbleche auf 11 646 M. und für Messingstangen auf 8290 M. ermässigt.

Neue Anleihe. Die Stadt Stolp in Pommern erhielt die Genehmigung zur Ausgabe von 200 Mill. Mark Schuldverschreibungen.

Kündigungen von Obligationen. Pfälzische Hypothekenbank in Ludwigshafen (500er, 200er und 100er Stücke der 3½ % Pfandbriefe Serien 43 bis 47 und der 4 % Pfandbriefe Serien 60 und 70). — Königsbacher Brauerei A.-G., Koblenz (4½ % Anleihe).

Zur Lage der russischen Metallindustrie.

Von unserem ständigen Mitarbeiter für Osthandelsfragen wird uns geschrieben:

Einem amtlichen Bericht entnehmen wir nachstehende interessante Angaben: Die Produktion der russischen Metallindustrie zeigt zum Ende des vergangenen Jahres bedeutende Fortschritte. Während der Monate September, Oktober und November 1922 ergeben sich in 1000 Pud folgende Zahlen:

	Sept.	Okt.	Nov.
Ausschmelzung von Roheisen .	934	993	1296
Martinerzeugung	1256	1336	1342
Walzen von Metallen	902	1220	1470

Die Eisengiesserei hat in den 3 Monaten um 30 % zugenommen, die Martinproduktion um 34 %, die Metallwalzen um 54 %. Wenn wir die Produktion dieser 3 Monate mit der Produktion der gleichen Monate 1921, die im vorigen Jahr die höchste Produktionsziffer aufweisen, vergleichen, so ergibt sich folgendes Bild: Ausschmelzen von Roheisen 3 122 000 (1 654 000) und Martinproduktion 5 441 000 (2 756 100). Somit ergab die Produktion 1922 fast das Doppelte gegenüber gleiche Periode des Vorjahres. Besondere bemerkenswert ist die Steigerung der Martinproduktion, die im November 1922 fast das Doppelte gegen 1 253 000 Pud im September. Bei der allgemeinen Zunahme der Arbeiter der Metallindustrie ist jedoch die Lage in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Die südrussische Metallindustrie, bleibt z. B. in der Produktion weit hinter der Metallindustrie des Urals zurück. Die Krise im Süden erreichte im Oktober 1922 ihren Höhepunkt, schon der November bringt eine merkliche Besserung. Trotz einer Besserung steht die Produktion im Ural noch weiter an erster Stelle. Das Verhältnis der Bedeutung der Hauptbezirke der Metallindustrie wird durch folgende Tabelle veranschaulicht, welche die gesamtrussische Produktion für die drei Monate September, Oktober und November 1922 der zehntägigen Bezirke mit einander in 1000 Pud vergleicht:

	Gusseisen	Martinofen	Walzmetall
Ural	1 477	2 155	1323
Südrussland .	1 481	1 766	1061
Mittelrussland .	358	1 778	1292

Wenn somit in bezug auf die Eisengiesserei der Süden an erster Stelle steht und die Uralproduktion überhöft, so ist der Ural in bezug auf Martinstahl und Auswalzen weit voraus. Bemerkenswert ist dabei das schnelle Tempo der Entwicklung der metallurgischen Produktion im Ural, wie folgende Zahlen zeigen: Gusseisen: September 296 000, Oktober 426 000, November 557 000. Martinproduktion: September 299 000, Oktober 758 000, November 1 028 000. Walzmetall: September 319 000, Oktober 463 000, November 516 000. Die Eisengiesserei hat in diesem Bezirk in 3 Monaten um 92 % zugenommen, die Martinproduktion um 260 % und die Metallwalzerei um 150 %. Die Entwicklung der russischen Metallindustrie zeigt somit, besonders im Uralgebiet, ein günstiges Ergebnis.

Erwerbsgesellschaften

Oleawerke A.-G. für Mineralölindustrie, Frankfurt a. M. Wie uns aus Hannover gedrahtet wird, hat die Gesellschaft zur Verbreiterung ihrer fabrikatorischen Basis sämtliche Aktien der Erdölwerke Dollbergen G. m. b. H. erworben. Die von dieser Gesellschaft in Dollbergen betriebene Destination soll ausgebaut werden, um einen Teil des Rohöles, das den Oleawerken von der Gewerkschaft Elwerath in Hängen anfällt, zwecks Ersparnis der hohen Transportkosten an Ort und Stelle zu verarbeiten.

Portland-Zementfabrik Rüdelsburg A.-G. Bad Kösen. In 1921/22 erzielte die Gesellschaft einen Betriebsgewinn von 12 [illegible] V. 1 121 [illegible] Mill. M. Bakarer erforderten 9.75 (0,64) Mill. M. Aus einem Reingewinn von 1 187 254 (462 666) M. werden 50 (20) % Dividende verteilt.

Hamburg - Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Die Gesellschaft hat von 1. April die Abfahrt von den südamerikanischen Häfen für die dritte Klasse erhöht, und zwar für das Wohndeck auf 12 Pfund, für die Kammer-3. Klasse auf 14 Pfund, für die Kammer 3. Klasse auf dem Dampfer „Cap Polonio" auf 16 Pfund. Nach den parnyerzeichen und spanischen Zwischenhäfen erhöhen sich die Preise entsprechend.

Metallwarenfabrik Julius Hornmann A.-G. Siegfried Bieber. Bei Gesellschaftsgewinn setzte von dem verbleibenden Reingewinn von 5 749 928 M. die Dividende auf 50 % fest. Ferner wurde beschlossen, das Aktienkapital um 5 auf 10 Mill. M. zu erhöhen. Die neuen ab 1. 1. 23 gewinnberechtigen Aktien übernimmt eine Bankengruppe nicht unter 100 %. Das Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Ueber die näheren Bedingungen der Ausgabe und die sonstigen Modalitäten wird dem Vorstand und Aufsichtsrat Handlungsfreiheit gelassen.

Metallwerke J. Aders A.-G. in Magdeburg. Der Aufsichtsrat bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 150 Goldmark auf Basis des Goldankaufspreises vom 15. März in Vorschlag, und zwar nahmen 25 Mill. Mark an der Gewinnausschüttung voll teil, während 15 Mill. Mark nur zu einem Viertel dividendenberechtigt sind. Im Vorjahr wurden 40 % Dividende erzielt.

Wilh. Regenscheidt A.-G., Ratibor. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss, wonach aus einem Reingewinn von 15 804 458 (5. V. 1 [illegible]) M. 1 000 000 M. dem Reservefond zugeführt, 75 (15) % Dividende verteilt und gleichzeitig auf jede Aktie eine einmalige Geldentwertungszentschädigung von 500 M. zur Ausschüttung gebracht wird.

Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Eisenach A.-G. in Eisenach. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest. Es wurde die Ausgabe von 3 Mill. Mark Aktien fest. Gleichzeitig wurde die Kapitalerhöhung um 2 auf 16 Mill. M. Stammaktien, welche von 1. Januar 1923 gewinnberechtigt sind, genehmigt. Die jungen Aktien werden von einem Bankenkonsortium übernommen mit der Verpflichtung, sie bestmöglichst unter Gewinnbeteiligung der Gesellschaft zu verwerten.

Bayerische Gerbstoff Werke A.-G., München. Die Generalversammlung genehmigte eine Kapitalerhöhung um 33 Mill. M. Stamm- und 2 Mill. M. Vorzugsaktien. Von den neuen Stammaktien werden 7,5 Mill. M. den Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 550 % angeboten. Die restlichen Aktien sollen zu nicht unter 200 %, die Vorzugsaktien nicht unter 110 % begeben werden. Für das laufende Geschäftsjahr sei mit einem Zusatzgewinn zu rechnen. Im Vorjahre hatte die Gesellschaft einen Verlust von 1,06 Mill. M.

A.-G. Mix u. Genest Telephon- und Telegraphen-Werke, Berlin-Schöneberg. Die Generalversammlung der Gesellschaft hat bekanntlich Kapitalerhöhung um 29,8 Mill. M. auf 76 Mill. M. beschlossen. In dem Ausgezettel der vorliegenden Zeitung werden die Aktionäre zur Ausübung ihres Bezugsrechtes aufgefordert.

Sanitas A.-G., Hamburg. Die Gesellschaft stellt in ihrem Jahresbericht fest, dass der Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre ausserordentlich regt war. Nach Abzug der Handlungsunkosten ist 13,58 (5. V. 1,14) Mill. M. verfügbar als Reingewinn von 6 383 022 (2 063 181) M. erzielt, woraus 160 (20) % Dividende zur Verteilung gelangen. Der Bilanz erscheinen Debitoren mit 35,41 (1,2) Mill. M., Kreditoren mit 39,22 (0,62) Mill. M. Die Aussichten für das neue Jahr werden als unbestimmt bezeichnet, indes glaubt die Verwaltung, mit Rücksicht auf den nicht unerheblichen Auftragsbestand eine erfreuliche Entwicklung des Unternehmens voraussagen zu können.

Aus dem Engelhardt-Konzern. Die Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Handel-A-G zu Glogau beschloss die Erhöhung des Stammaktienkapitals von 10 auf 30 Mill. M. und den Vorzugsaktienkapitals von 3,5 auf 1 Mill. M. Den Aktionären wird ein Bezugsrecht von 1. 1 zu pari eingeräumt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Siegfried Bieber (Berliner Handels-Gesellschaft) und Conrad Weiss (Weiss u. Kaphan Kommanditges. auf Aktien). — Die A. G. Milindawirtschaftliche Produkte zu Berlin erhöhte ebenfalls ihr Aktienkapital, und zwar von 4 Mill. M auf 10 Mill. M. Die Aktionäre erhalten ein Bezugsrecht von 1:1 zu pari. Zum Aufsichtsrat wurden neugewählt Geh. Oberregierungsrat Thieme (Kar- und Neumärk. Ritterschaft, Darlehnskasse) und Conrad Weiss. Der Geschäftsgang beider Gesellschaften wurde als recht befriedigend bezeichnet.

Textilindustrie Niederrhein A.-G., M.-Gladbach. (Erstes Geschäftsjahr) Reingewinn: 15,04 Mill. M., Dividende 50 %. Bilanz: Vorräte 96,29 Mill. M., Schuldner 51,98 Millionen Mark, Gläubiger 54,27 Mill. M. Forderungen von Bankweiblieferanten 31,29 Mill. M. Die Geschäftslage sei im Berichtsjahre ausserordentlich schwierig gewesen infolge der Verkehrsstörungen, diese Ueberstände hätten sich zu Anfang des neuen Geschäftsjahres weiter verstärkt.

Süddeutsche Holzverwertungs-A.-G. in München. Die Generalversammlung beschloss Kapitalserhöhung um 15 auf 51,5 Mill. M. Das gesamte Aktienkapital ist dividendenberechtigt. Für das am 30. Juni schliessende Geschäftsjahr wird eine befriedigende Dividende erwartet (16 %).

Berliner Industrie- und Handels A.-G. Gemäss Beschlussfassung der Jahresabschluss 1921/22, welcher einschl. Verlustvortrag einen Gesamtverlust von 968 128 M. aufweist. Nach dem Bericht des Vorstands hat die ungünstige Lage auf dem Grundstücksmarkt infolge der Wohnungszwangswirtschaft ein Hinderniss, eine ausreichende Abwicklung der früheren Grundstücksgeschäfte zu ermöglichen. Bei Ablauf des Schluss des Geschäftsjahres waren es gelungen, einen Teil des Hausbesitzes abzustossen. Die Lösung von diesem unerfreulichen Geschäftszweig wird im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt, so dass man hoffe, Ende des Jahres eine wesentlich günstigere Bilanz vorlegen zu können. Es wurde beschlossen, das Aktienkapital um 9 auf 15 Mill. M. zu erhöhen. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt Rechtsanwalt Dr. Hermann Brucks, Geh. Komm.-Rat Hans Meurer und Kaufm. Otto Schaller (Berlin).

Nicotiafabrik Tabaks-Manufaktur A.-G., Schwedt a. O. Die Generalversammlung setzte die Dividende für 13 Mill. M. auf 40 % und für 17 Mill. M. auf 10 % fest. Darauf wurde beschlossen, das Aktienkapital um 37 auf 70 Mill. M. durch Ausgabe von 35 Mill. M Stamm- und 2 Mill. M. 7 % Vorzugsaktien zu erhöhen. 16,5 Millionen Mark sollen den Aktionären im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 500 % zur Zeichnung angeboten werden. Die restlichen 18,5 Mill. M. sind im Interesse der Gesellschaft zu verwerten. Die Vorzugsaktien sind 7 % kumulative Stimmrecht, werden zu pari ausgegeben und sind mit 120 % rückzahlbar. Das Stimmrecht der bestehenden 3 Mill. M. Vorzugsaktien wird von Sieben- auf das Zehnfache erhöht.

Pfälzische Hypothekenbank in Ludwigshafen. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 9 % fest und beschloss Erhöhung des Aktienkapitals um weitere 21 Mill. M. auf 54 Mill. M., davon 3 Mill. M. 6 % Vorzugsaktien mit fünfzehnfachem Stimmrecht. Man habe wiederholt Aktienaufkäufe, besonders für die Schweiz, beobachtet. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Justizrat Dr. Zapf (Zweibrücken) und Fabr. v. Gutenberg.

„Westfalen" Versicherungs-A.-G. in Dortmund. In der am 28. März 1923 stattgefundenen Generalversammlung legte der Vorstand den Bericht für das Geschäftsjahr 1921/22 vor, dem folgende Zahlen zu entnehmen sind: Prämien: Transport 66 173 226 (5. V. 1 243 987) M., Aufruhr 2 852 285 (—) M., Feuer 2 035 379 (—) M.— Provisionen 10 491 [illegible] M., Schadenversicherungsgebühren 41 545 825 (888 784) M., Rückslagen 10 642 000 (67 098) Mark, Gewinn 1 724 879 (52 688) M., Dividende 25 % (0) und Zuweisung an Rücklagen 250 (0) auf junge Aktie 125 M. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr wurden als befriedigend bezeichnet.

Progressus Versicherungs-A.-G., Berlin. Die Generalversammlung beschloss Kapitalserhöhung um 10 auf 30 Mill. M. Auf die neuen Aktien, die voll eingezahlt werden, wird den Aktionären gegen Zahlung eines Aufgelds von 3750 M. ein Bezugsangebot im 1:1 gemacht. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Fabrikbesitzer Dr. Goldner, Crimmitschau. Nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung" die der „Progressus" nahestehende „Standard" Versicherungs-A.-G. gegründet als einen voll eingezahlten Aktienkapital von 30 Mill. M. und ohne Nur eingezahlten Organisationsfonds von 7,5 Mill. M.

Neue Aktien-Gesellschaften. Die eingetragene Gesellschaft Bayerischer Elektrizitäts-Wirtschaftsverband wurde, wie bereits gemeldet, in Bayerische A.-G. umgewandelt. Diese firmiert Ostbayerische Strom-Versorgungs-A.-G. und vergütet der Gesellschaft Bayerischer Elektrizitäts-Wirtschaftsverband, die der Höhe des Genossenschaftskapitals entsprechen. Die Kreise Niederbayern und Oberpfalz erhalten Vorzugsaktien mit 5fachem Stimmrecht. — Unter der Firma Bergbau A.-G. Bayern-Ava-A.-G. wurde eine Gesellschaft mit 120 Mill. M. Kapital gegründet. Die Aktien werden zu 500 % ausgegeben.

Wark A.-G. Deutsche Kunststeinwerke, Hamburg, Aktienkapital 25 Mill. M. Gegenstand: Herstellung und Vertrieb von Gegenständen aus Kunstholz, Kunststein und Kunstmarmor. — „Bewag" Breslauer Elektro-Wark A.-G., Breslau, mit 20 Mill. M. Kapital. Gegenstand des Unternehmens: Herstellung und der Vertrieb von elektrotechnischen Bedarfsartikeln jeder Art.

Kapitalserhöhungen.

Joh. Heinrich Müller Tabak- und Zigarrenfabrik A.-G., Berlin, von bis 20 Mill. M. durch 2 Mill. M. Vorzugsaktien.

Industriebau-A.-G., Berlin, um 60 Mill. M. durch 6 Mill. M. 6 % Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht.

Buch- und Kunstdruck-A.-G., Berlin-Johannisthal, um 15 auf 25 Mill. M., davon 3 Mill. M. Vorzugsaktien.

Allgemeine Textilmanufaktur A.-G., Berlin, um bis 30 Mill. M.

Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg, um bis 30 Mill. M.

Textil-A.-G. Weber u. Behrendt, Berlin, um 7,5 auf 11 Mill. M.

Hafenmühle in Frankfurt a. M. A.-G. um 2 auf 8 Mill. M.

Bayerische Nährmittel- und Mühlenwerke Gunzenhausen A.-G. um 125 auf 30 Mill. M.

Vogtländische Schuhfabrik Malz u. Sohn A.-G. in Markneukirchen, um auf 22 Mill. M., davon 1 Mill. M. Vorzugsaktien.

A.-G. für Verwertung von Kartoffelerzeugnissen in Fabrik, Mainz, davon 1 Mill M Vorzugsaktien mit fünfzehnfachem Stimmrecht.

Optik und Feinmechanik A.-G., Heidelberg, um bis 3 Mill M.

L. G. Lieb Söhne A.-G. in Blaubeuren von 4 auf 6 Mill. M.

Chemische Industrie A.-G., Biebesrach, um 7,5 Mill. M.

Lober's Fleischwerke A.-G., Augsburg, um bis 6 Mill. M.

Verlag A.-G., München, um bis 5,5 Mill. M.

Dividendenvorschläge.

Baldur - Pianofortefabrik A.-G., Frankfurt a. M. aus 21,26 (zuvor) 1,27 Mill. M. Reingewinn 40 (15) % Dividende + 25 (0) % Bonus.

Frankfurter Armaturenfabrik A.-G., Frankfurt a. M., aus 6,57 (0,53) Mill. M. Reingewinn 50 (10) % Dividende; ferner die Verdoppelung des Stammkapitals auf 36 Mill. M. und Ausgabe von 1 Mill. M. mehrstimmige Vorzugsaktien.

Liebe A.-G. Feinseifen- und Parfümerie-Fabrik, Dresden (Progressus Gesellschaftjahr) 50 %; ferner Kapitalserhöhung von 12 auf 15 Mill. M.

Heimstätten A.-G., Berlin, aus 5,99 (5. V. 0,40) Mill M. Reingewinn 100 (25) %.

A.-G. für Beton- und Monierbau 100 (25) %

Hüttenwerk Niederschönweide A.-G. vorm. J. F. Ehrhardt 100 (34) %.

Mechanische Weberei am Fichtelbach, A.-G., Augsburg, 50 (30) % sowie ein Bonus von 50 %.

Der einfachste u. betriebssicherste Rohöl-Motor

DEUTZ
Zweitakt-Rohölmotor
ohne Wassereinspritzung
Motorenfabrik Deutz A.G.
KÖLN-DEUTZ

Aktiengesellschaft Mix & Genest Telephon- und Telegraphen-Werke Berlin-Schöneberg.

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 3. März 1923 hat u. a. beschlossen, das Grundkapital unserer Gesellschaft um nom. „ 29 800 000 — durch Ausgabe von 29 800 Stück neuen Aktien à je nom. „ 1 000 — mit Gewinnanteilberechtigung vom 1. Januar 1923 als neues Kapital des bisherigen genehmigten Bezugsrechtes der Aktionäre auf „ 29 800 000 — zu erhöhen.

Die Zeichnung der 29 800 neuen Aktien sind von einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, hiervon einen Betrag von nom. „ 8 822 000 — den im Aktienbesitz nicht beteiligten alten Aktionären zum Kurse von 600 % zwecks Bezugsrechtsbezug derart zum Angebot zu bringen, daß auf je 2 alte Stammaktien zu nom. „ 1 000 — eine neue zum gleichen Kaufpreis bezogen werden kann.

Nachdem die Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir die Inhaber unserer alten Aktien hiermit auf, von dem Bezugsrechte unter folgenden Bedingungen Gebrauch zu machen:

1

Um Deutschlands Einheit.

Der rote Mittel-Block.

Das Hemdlinsen der Kaiserkrone hat nicht, wie vielfach gefürchtet wurde, den sofortigen Zerfall des Reichs zur Folge gehabt. Zunächst rühmen die Revolutionäre sogar die einigende Wirkung der Umsturzes. Inzwischen aber ist sich eine bisher bedenkliche Entwicklung vollzogen: aus dem früheren Stammespartikularismus, der mehr Gefühlssache gewesen ist, ist parteipolitischer Partikularismus geworden, in dem weit ernstere Gefahren schlummern. Statt der Parteien maschieren jetzt Länder oder Ländergruppen gegeneinander auf. — Einige solchen Satz muß man schreiben, während der Todfeind Deutschlands an der Ruhr steht und auf die Zerspliterung des Reichs lauert! — Die Reichsgründung ist zu schwach geleitet worden, um solcher Selbstvernichtung wirkungsvoll entgegentreten zu können. Das Mißtrauen gegen ie und gegen andere Länder hat eine Zusammenfassung der großen deutschen Gliedstaaten zur Bildung einer starken Zentralgewalt verhindert. Die Aufmerksamkeit aller guten Deutschen muß jetzt endlich auf diesen das Verderben führenden Irrweg gelenkt werden.

Zunächst gehen wir die folgenden Ausführungen unseres Dresdener Mitarbeiters wieder:

Das politische Sachsen hat in den vergangenen Jahrzehnten ihr Ansehen nicht gewonnen. Das mag seine guten Gründe in einer verflossenen Zeit gehabt haben, als die Staatsmaschine ruhig ging und Sachsen kaum jemals ein Staubkörnchen in das Getriebe des bismarckschen Staatsbaues war. Die sächsische Wirtschaft wuchs sich allmählich zu einem mächtigen Faktor der gesamten deutschen Wirtschaft aus, auf die sogar zeitweise die Politik selbst in ihren Entschlüssen das Interesse der gesamten deutschen Oeffentlichkeit. Nach Revolution aber war es ein schwerer Fehler, die Augen nur nach Süddeutschland zu lenken und die Bewegung in Sachsen freimütterlich zu behandeln. Der Abschluß der lächerlichen Komödie, die man schönfärberisch „Regierungskrise" nannte, zeigt klar, wohin die Reise nicht nur in Sachsen, sondern auch in ganz Mitteldeutschland gehen soll. Das neue Kabinett hat vielfaches die Bedingungen des Kommunisten geschlucht, und die Kommunisten schwingen mit unverhohlener Genugtuung die Peitsche über die Feigheiten Brüder von rechts.

In anderen Zeiten würde dieses Schauspiel in Sachsen eigentlich nur als völliger Bankerott der sächsischen Sozialdemokratie registriert worden sein. Jetzt aber reicht die Bedeutung dieses Ereignisses doch weit über die Grenzpfähle hinaus. Die Bedingungen, auf die sich Kommunisten und Sozialisten geeinigt haben, sind ein einziger Bruch der Reichsverfassung. Der Ministerpräsident hat sich von den Kommunisten wählen lassen, obwohl dieses zum Ausdruck brachten, daß Verfassung, Gesetz und Recht für sie nicht einmal leere Begriffe seien, und daß sie mit allen Mitteln der Gewalt und mit Hilfe der Straße die kommunistische Diktatur aufzurichten gedächten. In diesem Zusammenhange gewinnt die alte sozialistische Sichlinsinnigkeit, die „Ein Deutschland, ein Vaterland, die von Braunschweig keinerzeit aus ging, eine besondere Bedeutung. Daß diese Entwicklung, wenn sich ein anderer roter Block zwischen Nord- und Süddeutschland ist vorwärts getrieben werden wird, liegt auf der Hand. Denn die Kommunisten haben bereits in einer unerhört übermütigen Tonart, und zwar offiziell, die Drohung ausgesprochen, wenn dieses Kabinett zu kürzen, wenn auch nur um Haarbreite von ihren Richtlinien abweichen würde.

Die Reichsregierung muß, wenn sie das Reich retten will, für schärfstes Augenmerk auf diese totalitäre Entwicklung richten. Ein Fall nicht warten, bis ein Chaos wie schon so oft, in Sachsen entstehet und dann mit bewährter Faust Ruhe und Ordnung wieder herzustellen werden muß. Das Reich verschafft seiner Verfassung, die ja mit ein Werk der Sozialisten ist Geltung. Nicht nur an Rhein und Ruhr, sondern auch in Sachsen muß der Kampf gegen den äußeren Feind ausgetragen. Hierin aber finden sich in der Mitte kein Bewußtsein mehr, der den Aber-an einer besseren Zukunft wieder. Daran liegt die Initiative beim Reiche.

Sowjetlerum und Hakenkreuz.

ir. **Schwelm**, 5. 4. (Eigenbericht) Auf dem hiesigen Bahnhof kam es zwischen jungen Leuten die Hakenkreuze trugen, und Jugendlichen, die mit Sowjetsternen versehen waren, zu einem Zusammenstoß. Die ersteren wurden von Bahnhofe auf die Bahnsteige gedrängt und von den Sowjetsternen verfolgt genommen und im Stellwerk des Güterbahnhofs unterbracht werden. Einer der Angreifer kam trug infolge eines Messerstiches eine schwere Kopfverletzung davon.

Kommunistischer Landesverrat.

Franzosendiener aus Klassenhaß.

Die Saat der blindwütenden kommunistischen Radikalisen — deren Opposition gegenüber der Parteileitung auch die Berliner Jahre hindurch mitmachen — ist im Hinsprießen jetzt vollends aufgegangen. Aus dem gleichzeitigen Kampf gegen den französischen Militarismus und den Kapitalismus hüben und drüben tut der lunatische Klassenhaß schließlich die schamlosteste Selbstverleugnung von den Franzosen gemacht. Der Draht meldet uns:

dt. **Köln**, 4. 4. (Eigenbericht) Auf dem jüngsten Parteitag der rheinisch-westfälischen Kommuni en hatte die Reichstagsabgeordnete Zetkin vor einer Verbindung der Kommunisten mit dem französischen Militarismus gewarnt. Hierzu schreibt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung":

„Die unerhörte Art, wie die kommunistische Presse, vor allem die „Sozialistische Republik" in Köln, über das Blutbad in Essen berichtet, ist ein klarer Beweis dafür, daß Klara Zetkins Warnung sehr wohl berechtigt ist. Deutlich treten Verbindungen zwischen kommunistischer Presse und französischen Nachrichtendienst hervor. Die „Sozialistische Republik" unterschlägt den Bericht des Betriebsrats der Essener Werke, obwohl diesem Betriebsrat auch Kommunisten angehören. Dafür bringt dieses sogenannte Arbeiterblatt alle Behauptungen des französischen Nachrichtenbureaus, die dieser während der Oktertage in vielen hundertfachen Ausflüchtern über das Ruhrgebiet ausschüttet hat. Die „Sozialistische Republik" verwendet sorgfältig jedes Wort des Protestes gegen die Schandtat französischer Militaristen. Sie sucht die schwerste französischen Offiziere und Mannschaften als schuldlose Dämmlein hin, die von den Deutschen mit unverschämten Worten beleidigt. Die 10 000 Krupp'schen Arbeiter sind nach dem kommunistischen Blatt eine wüstende Hammelherde, die sich von nationalistischen Offizieren, Studenten und Faisceten zu Ausschreitungen gegen die friedlichen und unschuldigen Franzosen verleiten lassen."

Die „Rheinische Zeitung" fragt, was das Kommunistenblatt wohl geschrieben haben würde, wenn auch nur ein deutscher Arbeiter deutschen Militarismus zum Opfer gefallen wäre. Wie die „Rheinische Zeitung" weiter meldet, herrscht in allen großen Betrieben Kölns helle Empörung über die schmutzvolle Liebedienerei der „Sozialistischen Republik" von den französischen Militaristen. Kommunistische Betriebsräte haben die Vorgänge bei Krupp in vorderster Linie miterlebt und die bekannte Erklärung verfaßt.

Auf ein Ersuchen der kommunistischen Bezirksleitung Mittelrhein, eine Einheitsfront aller proletarischen Kräfte herzustellen und eine gemeinsame Maiveranstaltung zu treffen, haben sowohl der Bezirksvorstand Berlin der sozialdemokratischen Partei als auch die Gewerkschaften eine ablehnende Antwort erteilt, da sie nach den bisher mit der kommunistischen Partei bei gemeinsamen Veranstaltungen gemachten Erfahrungen nicht in der Lage seien, eine solche Feier zu veranstalten.

Diese landesverräterische Haltung der Linkskommunisten im Ruhrgebiet wird ein greifes Echo finden. Wie die Kommunisten bereits in einer unerhörten übermütigen Tonart, und zwar offiziell, die Drohung ausgesprochen, wenn dieses Kabinett zu kürzen, wenn auch nur um Haarbreite von ihren Richtlinien abweichen würde.

Die Reichsregierung muß, wenn sie das Reich retten will, für schärfstes Augenmerk auf diese totalitäre Entwicklung richten. Ein Fall nicht warten, bis ein Chaos wie schon so oft, in Sachsen entstehet und dann mit bewährter Faust Ruhe und Ordnung wieder herzustellen werden muß. Das Reich verschafft seiner Verfassung, die ja mit ein Werk der Sozialisten ist Geltung. Nicht nur an Rhein und Ruhr, sondern auch in Sachsen muß der Kampf gegen den äußeren Feind ausgetragen. Hierin aber finden sich in der Mitte kein Bewußtsein mehr, der den Aber-an einer besseren Zukunft wieder. Daran liegt die Initiative beim Reiche.

Sowjetlerum und Hakenkreuz.

ir. **Schwelm**, 5. 4. (Eigenbericht) Auf dem hiesigen Bahnhof kam es zwischen jungen Leuten die Hakenkreuze trugen, und Jugendlichen, die mit Sowjetsternen versehen waren, zu einem Zusammenstoß. Die ersteren wurden vom Bahnhofe auf die Bahnsteige gedrängt und von den Sowjetsternen verfolgt genommen und im Stellwerk des Güterbahnhofs untergebracht werden. Einer der Angreifer kam trug infolge eines Messerstiches eine schwere Kopfverletzung davon.

Die Landgemeindeordnung.

Tagung des Verbandes der Landgemeinden.

In Berlin fand der erste Vertretertag des Verbandes der preußischen Landgemeinden nach der Vereinigung der beiden Landgemeindeverbände statt. Der Präsident Dr. Gerefe, erstattete einen ausführlichen Bericht über den Stand der Organisation. In den anschließenden Beratungen forderte Dr. Gerefe die schnellste Weiterberatung und Verabschiedung des Landesstaatsgesetzes und grundsätzlich die Aufhebung des von den Gemeinden genommenen Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer und zwar in der Form, daß das Recht von vornherein an den Gemeinden später wieder zuteilgenden Anteil an den Einkommensteuer verzichtet und diesen Anteil von den Gemeinden in Form von Zuschlägen selbst erheben läßt. Sollte dieser Forderung vorläufig noch nicht entsprochen werden, dann müsse unter allen Umständen im Landesgesetz eine Umlagehöhe auf 2½ % erhöht werden. Hauptsächlich sei sofort einzutreten, daß bei den Einkommen- und Gewerbesteuern eine Verteilung je zur Hälfte nach Aufkommen und nach der Einwohnerzahl vorzunehmen ist. Als Höchstgrenze müßten den Gemeinden mindestens 50 %, den Gemeindeverbänden 10 % überlassen werden. Von den unteren Grenzen müsse die Heranziehung der Hebergrundsteuer, der Jagd- und Fischereipacht und die Biersteuer den Gemeinden überlassen werden.

Es wurde weiter eine Entschließung angenommen, in der die Abänderungsbedürftige des preußischen Staatsrats zur neuen Landgemeindeordnung bekräftigt in der Frage der Einführung der Handwerksmeisterstellen und der Ausschaltung der Gutsbezirke, erörtert werden. Eine weitere Entschließung, die an den preußischen Kultusminister gerichtet ist, ersucht, dahin zu wirken, daß künftig die Lehrer auf dem Lande nicht mehr zu Schulvorstehern ernannt werden dürfen, und bittet, mit größer Beschleunigung zu veranlassen, daß die in den Provinzen noch üblichen Naturalbezüge der Lehrer nach dem durchschnittlichen Umsatzpreise auf das Gehalt angerechnet werden.

★

Der Vorstand der deutschen Landtrefte ist für vom 10. bis 12. April in Dresden seine diesjährige Verbandsversammlung ab.

Begrüßungsabend für den deutschen Gesandten in Uruguay.

Zu Ehren des neuen deutschen diplomatischen Vertreters in Montevideo, Herrn Dr. Gisbert, veranstaltete gestern der Deutsche Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika einen Begrüßungsabend.

Eine starke Zahl von Gästen war der Einladung gefolgt. Neben Mitgliedern des Auswärtigen Amts, den bisherigen näheren Kollegen des neuen Gesandten, waren der schwedische in Berlin wohnende Kaufmann Lindmarkersinscher Staaten anwesend. Geheimer Kommerzienrat von Borlig widmete in seiner Begrüßungsansprache längere Ausführungen den Aufgaben, die unter den heutigen Verhältnissen der diplomatischen Vertreters Deutschlands in den Staaten zu lösen sind. Es ist bekanntlich bei uns bisher darauf hin, daß Politik heute vor allem Wirtschaftspolitik sein müsse, gesamt in fremden Ländern ist sowohl als Abhängerbeite wie auch als Wohlfahrtsfaktor für Deutschland in Frage kommen. Gesandter Dr. Gisbert gab in seiner Antwort Erste Ausführungen des Geleitwortes vom Vorsitz auf und erinnerte daran, daß ihm Stadtmeister Dr. Sahm bei seiner Abreise seit der wohlwertvoller Boden sei. Er sprach die Hoffnung aus, daß es ihm vergönnt sein werde, seine Aufgaben, besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht, zu erfüllen. Der Gesandte der Republik Uruguay, Professor Eurnia Sanchez, sprach in Vertretung des Bischofs von Montevideo, Monsignore Gamarra, der Hoffnung, daß die Bemühungen des neuen Gesandten, die Beziehungen zwischen Deutschland und Uruguay wieder fest zu verbinden, Deutschland bald wieder seine alte Weltstellung gewinnen möchte.

Die deutsche Flagge im Ausland.

hem. **Hamburg**, 5. 4. (Eigenbericht) Der Hamburger „Korrespondent" meldet, daß in letzter Zeit seitens der Ueberseereeder Bedenken geäußert worden sind, daß der Unwirkung Bismarcks bei Prinz Heinrich, die zwecken mitten in Kiel, und auf die Wiederherstellung des Gewehrens eingestellen haben. Bismarck Verwandtschaft das Reich, sei von außen und innen behandelt. Es gehe jetzt nicht nur um Rhein und Ruhr, sondern um Breslau und Schlesien. Hoffentlich bestätigen unsere Nerven müsse die Einigkeit geeilest und der Glaube an unsere Zukunft erhalten bleiben. Jetzt sei bereits in Mitgliederbeiträgen und nichts negieren. Eine Aenderung von heute auf morgen dürfe freilich nicht erwartet werden. Der großartige Aufbauwille und Mut und Sinnen habe in der Welt wieder ein tiefes Gefühl von Achtung für Deutschland erwungen. Die Pflicht aller Deutschen sei das Reich zu erhalten und einig zu bleiben trotz aller Not.

Sozialpolitische Umschau.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Ende vorigen Jahres hatten sich, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, die Verbände, die der Beamtengenerale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Beamtenverbänden freien Angestellenverbänden angehören, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund dahin geeinigt, daß sich die freigewerkschaftlichen Verbände mit dem Beamtenausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbund anschließen. Die Verhandlungen, die auf ein engeres Zusammenarbeiten der drei Spitzenorganisationen hinzielten, haben am 27. März zum Abschluß eines Organisationsvertrages „zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Entgegenstellung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben" geführt. Da in dem Also nur ein Teil der Arbeiterschaftsgesellschaft und in dem A.D.B.B. nach seiner Abplitterung vom Deutschen Beamtenbund nur die unteren, einer linksradikalen politischen Richtung zuneigenden Beamten organisiert sind, und auch der A.D.G.B. nur die sozialistische Arbeiterschaft erfaßt, kann man von einer „Einheitsfront aller Arbeiter, Angestellten und Beamten", wie es der „Vorwärts" tut, nicht sprechen.

Es handelt sich um an einen Zusammenschluß der Arbeitnehmer und Beamten, die auf sozialistischem Boden stehen, wie in auch der § 1 des Organisationsvertrages vom sozialistischen Wirtschaftsprinzip ausgeht; daß von einer Vertretung der allen Arbeitnehmern und Beamten gemeinsamen Interessen nur im Programm die Rede ist, braucht kaum erwähnt zu werden. Die Verbindung der drei Spitzenverbände ist infolgen als lose zu bezeichnen, als der Vertrag nur ein gemeinsames Zusammenwirken in allen Fragen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berührenden Fragen vorsieht. dagegen den selbständig bleibenden Organisationen bei Vertretung der nur einer Gruppe berührenden Interessen freie Hand läßt.

Sehr bedeutungsvoll ist die Bestimmung, daß die drei Verbände sich auf den Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam), dem die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft angehört, stellen. Wie deutsche Beamtes es mit ihrer Beamtenexistenzbeziehen wollen, einer internationalen gewerkschaftlichen Interessenvertretung anzugehören und ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist und nicht recht begreiflich, so mit im Beamten der Diener seines Staates, den allein er zu vertreten hat, sehen. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit, aus dem sich ein internationaler Zusammenschluß ergibt, ist weiner von dem Kriege verursachten begreiflich erklären ließ, trifft im Verhältnis des Beamten zum Staate nicht zu. Durch seine Angehörigkeit zu einer internationalen Organisation legt der Beamte den Keim zu einer Verrichtung des Beamtenbetriebs und seiner Sonderrechte und fördert so eine Entwicklung, die zu einer Auflösung des Staates führen muß.

★

Die Zahl der Arbeitslosen in der Rheinprovinz betrug am 27. März 32 637. In der Provinz Westfalen war die Arbeitslosigkeit am 27. März 16. März auf 19 671 gestiegen, was gegenüber dem Vormonat ein Ansteigen um rund 5000 bedeutet.

★

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 19. März 1923 (RGBl. I S. 169) sind die mit 87 des Reichsgesetzes über die engeren Ausschüsse Schiffrtrennen wesentlich erhöht worden. Die Reichsregierung beabsichtigt durch eine weitere Verordnung, deren Entwurf in den nächsten Tagen dem Reichstag zugeleitet wird, die Rentenbeträge abermals mit Wirkung vom 1. Januar 1923 zu erhöhen. Die Renten sollen von jetzt an aus Brandbeschäden und Teuerungszulagen, die den Versorgungsgebühren aus Kriegsbeschädigten gewährt werden. Die monatlichen Gesamtgebührnisse eines Erwerbsunfähigen betragen nach dem Gesetz vom Verordnung vom Januar 1923 64 350 Mark im Februar und März je 123 480 Mark. Dazu kommen für jedes Kind unter 18 Jahren im Januar 1923 im Februar und März je 12 480 Mark. Dazu kommen für jedes Kind unter 18 Jahren im Januar 1923 im Februar und März je 12 480 Mark. Dazu kommen für jedes Kind unter 18 Jahren im Januar 1923 im Februar und März je 12 480 Mark. Dazu kommen für jedes Kind unter 18 Jahren im Januar 1923 im Februar und März je 12 480 Mark. Die Rente beträgt 20 640 Mark. Um die Rente der Beschädigten nach Möglichkeit sofort zu bestreiten, sind die Regierungen der Länder gehalten worden die zu verschreibenden Vorschüsse schon jetzt an die neuen Rentenbeträge anzupassen.

Die Hamburger Wohnungsbauabgabe.

hem. **Hamburg**, 5. 4. (Eigenbericht) Die „Hamburger Nachrichten" bringen einen Bericht über die Beratungen des Senats und Bürgerschaftskommission für den Wohnungsbau beschlossen haben soll, die Zahl der Hamburgischen Wohnungsbaudabe von 10 000 % der Friedensmieten in der Stadt und 1500 % auf dem Landgebiet zu empfehlen.

Nur drei Zeilen.

Der Berliner Sowjetrußlandfahrer Krestinski begibt sich Ende dieser Woche nach Moskau, um an dem bevorstehenden 12. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei teilzunehmen.

Der letztländische Gesandte Dr. Wolff ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Mittwoch waren 25 Jahre verflossen, seitdem Dr. Paul von Schwabach der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Continental-Telegraphen-Compagnie Wolffs Telegraphisches Bureau, in dieser Eigenschaft zum Nachfolger Dr. von Schwabach ging ein Schreiben des Reichskanzlers zu, die die Tätigkeit des Jubilars an der Spitze der Vereinigung des Wolffschen Telegraphenbureaus würdigt.

König Ferdinand von Bulgarien ist von Koburg mit größerem Gefolge nach Partenkirchen übergesiedelt

Der Altonaer Fischdampfer „Ostbrügge" landete ein Schiffsbrüchige des in der Nordsee gesunkenen norwegischen Motorschiffes „Gustra" aus Molde.

Auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 3. April ist in Leipzig die von der Deutschnationalen Volkspartei Bezeichnung Bismarckfeier angesagte Veranstaltung verboten worden.

★

Die Witwe von Lord Northcliffe vermachte mit ein Viertel Million Pfund Sterling der während des Krieges Präsident des englischen Roten Kreuzes war und gegenwärtig Schatzmeister der Lloyd-George-Partei ist

Einer der Führer der irischen Aufständischen, John Cronin, hat sich in Kerry ergeben, um das seinen seiner gefangenen Kameraden zu retten.

★

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Zählung der Weine März durchgeführten Zählung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist die Bevölkerung Deutschlands von 1925 (Juni 1920) um 1 041 000 gestiegen. Somit zählt 1½ Millionen Einwohner.

★

Die „Chicago Tribune" hält es für möglich, daß Oberst Theodore Roosevelt bei der nächsten Präsidentenwahl für den Vizepräsidenten kandidieren wird.

★

Die New Yorker Hafenbehörde gestattet nicht mehr, daß sich an Land gekommene Schiffspassagiere Alkohol zu mehrjährigen Zwecken mit sich führen.

General von Hausmann.

Am 19. März ist — wie erst nachträglich zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangt — der General der Kavallerie von Hausmann verschieden, ein im Krieg und Frieden hochverdienter Offizier. Er war lange Jahre im Generalstabe tätig und als 1. Obergarttermeister im Großen Generalstabe in den Jahren 1903 bis 1906 ein Mitarbeiter des Grafen von Schlieffen, der von seinem hervorragenden Wissen besonderen Bedeutung zur Beurteilung großer operativer Verhältnisse hoch geschätzt wurde. An den Vorarbeiten zu dem Schlieffenschen Feldzugsplan war General von Hausmann wesentlich beteiligt. Er war vor dem Kriege bereits abgegangen, übernahm aber im Kriege wieder die Führung einer Erfsatzdivision.

Dr. Luther in München.

München, 5. 4. (W. T. B.) Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Luther weilte in München, wo er mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister Dr. Wimmer, Staatsrat Dr. Schlittenbauer und Ministerialrat Dr. Ritter von Kaufmann Georg Heidelberg, Mitglied d. Allg. Elektromotoren-Werke Dortmund — Fr. Gebhard Wiesbaden, Fr. Dr. Dante Gr. Klingbeil, Berlin —

Der französisch-belgische Einbruch.

Von der Tagung der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht

Von

Prof. Dr. Chr. Meurer, Würzburg.

II. Die Durchführung der Maßnahmen.

Für die Durchführung der Sicherungsmaßnahmen auf dem Reparationsgebiet konnten zwei Organe in Betracht: die Reparationskommission und die Gesamtheit der Staaten, die das Recht haben in der Reparationskommission vertreten zu sein. Ueber die Tätigkeit der Reparationskommission heißt es in Art. II, § 2.

Die Aufgabe der Reparationskommission besteht darin, daß sie die Nichterfüllung anzeigt, auch darf sie Vorschläge machen über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung angebracht erscheinenden Maßnahmen (Art. 17), die, wie gesagt, bei vorsätzlicher Nichterfüllung vor allem wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln sein können.

Beschlossen und durchgeführt werden können diese Maßnahmen aber nur durch die Staaten selbst, denn die Kommission verfügt über keine Machtmittel. Der Aktionsteil ist den Vertretern entzogen und dem Auftraggeber vorbehalten. Es ist das die Staatengesamtheit, die sich in der Kommission ihr Vertretungsorgan geschaffen hat. Der Versailler Vertrag weiß wohl zwischen den einzelnen Mächten und der Gesamtheit zu unterscheiden. „Jeder der beteiligten (d. h. zur Vertretung in der Kommission berechtigten) Mächte" wird die Nichterfüllung mit Maßnahmenvorschlägen angezeigt, aber die Maßnahmen werden durch „die alliierten und assoziierten Regierungen ergriffen", d. h. durch die Gesamtheit der Regierungen, die das Recht haben, in der Kommission vertreten zu sein. Deutschland soll immer einer geschlossenen Einheit gegenüberstehen, der Kommission wie den Regierungen gegenüber. In dieser Geschlossenheit lag bis jetzt die Unwiderstehlichkeit unserer Gegner begründet.

Schon Barthou hat in seinem Bericht über den Versailler Vertrag in der Deputiertenkammer darauf hingewiesen und betont, daß Maßnahmen gegen Deutschland wegen Nichterfüllung immer nur „d'un commun accord" ergriffen werden könnten. Diese Auffassung findet ihre Bestätigung durch eine Note, die der Oberste Rat am 25. August 1919 aus Anlaß der Beschlagnahme ungarischen Eigentums durch rumänische Truppen an die rumänische Regierung gerichtet hat.

In dieser Note wird unter Hinweis auf den damals bereits unterzeichneten Versailler Vertrag als ein grundlegendes Prinzip des Reparationssystems bezeichnet, daß die Vermögenswerte der Zentralmächte ein gemeinsames Pfand aller alliierten Mächte bilden und daß allein die Reparationskommission als Vertreterin der alliierten Regierungen für die Verwertung dieser Vermögenswerte zu Reparationszwecken zuständig ist. Daraus wird gefolgert, daß Rumänien nur mit Zustimmung der übrigen alliierten Mächte die Hand auf ungarisches Eigentum legen dürfe. Es müsse zu Ungerechtigkeiten und zu einer Gefährdung der alliierten Interessen führen, wenn das Prinzip der Reparation in eine von einem einzelnen Alliierten vorgenommene Aneignung ausarte.

Die Nutzanwendung auf unseren Fall ergibt sich von selbst. Wir können die Sorge für die gerechte Verteilung der Kriegsbeute jener den Gegnern überlassen, aber das Einheitsprinzip im Reparationssystem bedeutet nicht bloß eine Stärkung der Sicherpositionen, sondern auch eine Sicherung des Besitzes, der nicht von jeder einzelnen Macht soll belangt und behelligt werden können. Wir empfinden daher das einseitige französisch-belgische Vorgehen als eine schwere Verletzung des Versailler Vertrags.

Noch ein Wort über die viel umstrittenen Worte „Gouvernements respectifs", heißt „respectives Gouvernements" in der Generalklausel des § 18. Die Wendung scheint nachträglich dem Text einverleibt worden zu sein.

Es kann die eine oder andere der in der Kommission vertretenen Mächte für eine stimmte Gegenmaßregel, wenn sie auch nicht ging wirtschaftlicher oder finanzieller Natur ist, mit Rücksicht auf die zwischen ihr und Deutschland bestehenden eigentümlichen Beziehungen ein ganz besonderes Interesse haben. Sie verspricht sich zum Beispiel viel von der stärkeren Anziehung des Fremdenverkehrs. Jede der für eine derartige Sondermaßnahme interessierten Regierungen (gouvernements respectifs) kann solche „alle durch die Umstände gebotenen erachten" und mithin in Vorschlag bringen. Handelt es sich um solche nicht rein wirtschaftliche oder finanzielle Sondermaßnahmen, so soll also jede in dieser Richtung besonders interessierte Macht ihre Vorschläge machen können, und das Einheitsprinzip der Kommission ist insoweit durchbrochen. Das Entscheidende doch ist: daß jede in besonderer Weise interessierte Macht eben nur eine Anregung geben darf, aber Beschluß und Durchführung (prendre les mesures) auch hier dem Repräsentantenkollegium entsprechen in die Hand der Gesamtheit der in der Kommission vertretenen Staaten gelegt ist („les Puissances alliées et associées"). Das Prinzip gilt also ohne Ausnahme. Die neuesten Besetzungsmaßnahmen sind aber ein einseitig französisch-belgisches Unternehmen und bedeuten mithin eine Vertragsverletzung.

III. Die Folge der Vertragsverletzung.

Die neuesten Maßnahmen bedeuten eine Vertragsverletzung in mannigfacher wie in formeller Hinsicht. Die Verletzung des Versailler Vertrages würde noch den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, Deutschland das Recht geben, nun auch seinerseits den Vertrag nicht mehr gelten zu lassen. Die Reichsregierung hat aber in kluger Mäßigung von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht und ist nach wie vor bestrebt, die Verwirklichkeit auch weiter zur Verteidigung bereit, freilich nur im Rahmen der Erfüllungsmöglichkeit, die nach wiederholter Feststellung des Versailler Vertrages von Zeit zu Zeit geprüft werden soll. Aber zwei Wirkungen der Vertragsverletzung waren unmittelbar gegeben und traten sofort in Erscheinung: 1. die weitere Erfüllung wurde bis zur Klärung der Rechtsaufgabe; 2. die auf Grund der neuerlichen Gewaltmaßnahmen ergangenen Erlasse und Anordnungen wurden als unverbindlich behandelt und durch passiven Widerstand beantwortet.

Für die Beamten und Arbeiter, zu alle Einwohner der neubesetzten Gebiete bedeutet das einen tragischen Konflikt.

Der französische Ministerpräsident hatte in einer Note erklärt, daß es sich bei dem Ruhreinmarsch um die Entsendung einer Ingenieur- oder Kontrollkommission handle zum Zweck der Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlensyndikats. Dabei heißt es: „Die französische Regierung hat Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten ... Sie läßt ins Ruhrgebiet nur die zum Schutz der Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrags erforderlichen Truppen einrücken. Keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen. Die Ruhr kann in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten."

Eine Besatzungsarmee von etwa 150 000 Mann mit voller kriegsmäßiger Ausrüstung ist aber eine etwas harte Begleitung einer Kontrollkommission, und die deutsche Regierung hat den Schleier zerrissen, den die französische Regierung über den wahren Charakter ihrer Unternehmung zu werfen versuchte. Es handelt sich hier wirklichkeit um eine militärische Besetzung, die der Versailler Vertrag aber nur nach Maßgabe der Artikel 428—432 erlaubt.

Der Widerspruch ist handgreiflich. Die Ruhrbesetzung soll nur eine Maßnahme des § 18 sein, die französischen Militärgerichte stützen sich darauf aber auf die Haager Landkriegsordnung, die einen Krieg voraussetzt und das sog. Besetzungsrecht zum feindlichen Heere stempelt. Und dabei geht man sogar noch über die Landkriegsordnung hinaus und nimmt Rechte in Anspruch, die nicht einmal bei einer kriegerischen Besetzung gegeben sind. Nach der Landkriegsordnung ist das Eigentum grundsätzlich geschützt; Natural- und Dienstleistungen können von Gemeinden und Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden. Im Ruhrgebiet handelt es sich aber nicht um militärische, sondern um wirtschaftliche Requisitionen, um die zwangsweise Kohlenversorgung des französischen Inlands, für die die Landkriegsordnung keine Rechtsstütze gibt. Nach der Landkriegsordnung darf auch über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner keine Strafe in Geld oder anderer Art verhängt werden, die Bonnen Kohlen-Syndikat ist ihres Amtes unter Fremdherrschaft ablehnen, und die Bevölkerung darf nicht gezwungen werden, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen oder gar die Interessen des Vaterlandes zu handeln. Das französisch-belgische Heer kümmert sich aber um alle diese Schutzbestimmungen nicht, und um Widerstand gegen diese Verletzungen der Landkriegsordnung werden die Ehre, die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum mit Füßen getreten. Willkürliche Verhaftungen, entsetzliche Geld- und Freiheitsstrafen, Ausweisungen und andere Gewaltmaßregeln sind die Antwort darauf, daß die Bevölkerung des Ruhrgebiets nur ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllen und Treue halten wollen. Dabei hält die Landkriegsordnung ausdrücklich die Landesgesetze aufrecht, sofern keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen. Solche würden allerdings vorliegen, wenn durch die Aufrechterhaltung der deutschen Gesetze die Sicherheit der Truppen gefährdet wäre, nicht aber auch schon dann, wenn die Durchführung eines politischen Programmes die Aufhebung erfordert. Die Landkriegsordnung läßt eine Besetzung zu, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen. Aber diese Sicherung ist in erst durch die Besetzung selbst entstanden, und die gewaltsame Anforderung großer Kohlenmengen, und zwar gegen den Willen der deutschen Regierung, ist gerade die handgreifliche Störung der öffentlichen Ordnung.

*

Aus dem Gemisch von wirtschaftlicher Maßnahme, militärischer Besetzung und Gewalt ergeben sich eine Lage, die durch keine juristische Formel mehr erfaßt werden kann. Nunmehr Rechtslosigkeit ist das Los der armen Bevölkerung, die sich deutschem Recht und deutschen bürgerlichen Gerichten unterworfen fühlt, sich aber vor französisch-belgischen Ordonnanzen und Militärgerichten zu verantworten hat. Daher der Widerstand. Es ist etwas Großes: dieser Widerstand, der fast lediglich im Leiden äußert. Ein unerhörtes, andauerndes Martyrium, ein vorbildliches Beispiel! Die Morgenröte leuchtet sich am Himmel ab, wir sehen die ersten Anzeichen einer sittlichen Erneuerung nach dem furchtbaren Zusammenbruch, und wir verneigen uns in Ehrfurcht vor den Opfern der Pflicht und des Rechts.

Europäische Studentenhilfe.

Christlicher Studenten-Weltbund.

Seit zwei Jahren arbeitet die Europäische Studentenhilfe des Christlichen Studenten-Weltbundes in Deutschland mit der Zentralstelle der Deutschen Studentenschaft zusammen, um die Not der deutschen Studentenschaft zu lindern. Die Europäische Studentenhilfe ist von dem „Weltbund der Christlichen Studentenvereinigungen" und Leuten geruhen mit dem Ziele, den Studentenschaften Zentral- und Osteuropas, die unter den Nachwirkungen des Krieges in Not geraten sind, zu helfen. Diese Hilfe wird nicht von einzelnen reichen Ausländern gebracht, sondern sie entsteht dadurch, daß die Studentenschaften aller 40 Länder, die im Weltbund zusammengeschlossen sind, aus ihren eigenen oft knappen Mitteln, vielfach unter eigener Arbeitsleistung, deren Ertrage sie in den Dienst von tun, die Kommen zu gelangen verdienen, welche in die notleidenden Länder geschickt werden, um den deutschen Studenten zu helfen. Das Mandat der Ausführung in Deutschland ist dem Deutschen Studentenverein von 1914 übertragen, dessen Organisation seit dem Kriege, insbesondere durch eine Solidaritätsarbeit und die Fürsorge für Kriegsgefangenen, rühmlichst bekanntgeworden ist. Sie wird aber von dem Deutschen Studentendienst in engster Zusammenarbeit mit der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, deren Sitz in Dresden ist, ausgeübt, und auch der Vertreter der beiden Vorstände ist der Ausführungsverwalter, der die Geschäfte führt. An der Spitze des gemeinsamen Ausschusses steht der führende Reichskanzler Michaelis. Stellvertretender Vorsitzender von bis vor Jahresfrist Herr Herm. Fitzel aus New York. Jetzt ist es ein Engländer, Herr A. B. Bonner, während für die Arbeit sozusagen der deutschen Studenten ein Amerikaner, Herr Rich. Executivsekretär, mit Sitz in Dresden ist.

Der Schwerpunkt der Europahilfe eine von vorneherein dahin, den deutschen Studenten bei der Organisation ihrer Selbsthilfe Dienste zu leisten. Und so heute Selbsthilfe-Organisationen auf den einzelnen Universitäten sehr zufriedenstellend eingerichtet haben und die Not in Deutschland kleiner zu werden scheint, glaubte man im Sommer 1922 die Selbsthilfung in Deutschland zunächst Russland, Ungarn, Polen und anderen Länder einschränken zu können. Nun hat aber die neueste Not infolge der Umwertung der Mark und der unerhörten Zustände an der Ruhr die Hilfe wieder so dringend gemacht, daß die Europäische Studentenhilfe das deutsche Hilfswerk wieder mit aller Energie aufgegriffen hat. Es wird insbesondere in England, Amerika und Holland mit großem Nachdruck für diese Zwecke geworben, und in einer neuerlich stattgefundenen Besprechung des Vorstandes des deutschen Arbeitsausschusses in Dresden und des Geschäftsführers der ganzen Arbeit in Genf, dem auch ein deutscher Vertreter angehört, hat man beschlossen, daß die vorläufig deutscher Summe von 400 Millionen Mark, darunter allein 130 Millionen Mark aus einer Sammlung der englischen Universitäten und der Spenden naher Freunde Kreise, den Selbsthilfearbeiten der deutschen Studentenschaft zugewiesen werden soll, um die Fortführung der Speisungen im Sommersemester und die Beschaffung von Arbeitsunterkünften u. a. für Werkstudenten zu ermöglichen.

Die Europäische Studentenhilfe des Christlichen Studenten-Weltbundes hofft, daß neben der materiellen Hilfung der Linderung der Not durch solche vorzüglichen Gaben und den jetzigen von neuem wieder ganz verwirrten Zeit der Gedanke der Möglichkeit einer friedlichen Verständigung nicht vernichtet werde, sondern als Hoffnungsrosig im hellen weiterblühe bis die äußeren Verhältnisse es ermöglichen, sich wieder vertrauensvoll über die Grenzen der Länder hin in den Universitäten wieder die Hand zu reichen.

Leichtathletische Auswahlkämpfe für Gothenburg.

Um eine würdige Vertretung der deutschen Farben bei den Schwedischen Kampfspielen bemühen sich, veranstaltet die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik Ausmahlkämpfe. Jeder Landesverband der D. S. B. muß bis zum 18. Mai die für Gothenburg in Frage kommenden Bewerber namhaft machen. Die auf Grund dieser Meldungen von der D. S. B. ausgewählten Teilnehmer sind verpflichtet, an den Ausmahlkämpfen, die am 10. Juni in Hannover stattfinden, teilzunehmen. Ein Ausschuß bestimmt dann die endgültige Mannschaft, die vorläufig aus 15 Leichtathleten besteht, jedoch ist damit zu rechnen, daß durch Reichsmittel und private Sammlungen noch Mittel einkommen, um die Vertretung entsprechend der Stärke der deutschen Leichtathletik zu ermöglichen. Es liegt im übrigen jedem Landesverband der D. S. B. frei, auf eigene Kosten noch weitere Teilnehmer zu melden.

Die leichtathletischen Kämpfe in Gothenburg, die vom 1. bis 4. und 7. bis 8. Juli vor sich gehen, bestehen aus: Laufen über 100, 200, 400, 800, 1500, 5000 (auch Mannschaftslauf), 10 000, 110 Meter, 400 Meter Hürden, 4 mal 100 und 4 mal 400 Meter Staffel, 3000 Meter Hindernislauf auch Mannschaftslauf), Hoch-, Weit-, Drei- und Stabhochsprung, Kugelstoßen, Diskus- und Speerwerfen (sämtlich für beide Hand und beidarmig) sowie Zehnkampf (zwei Tage).

Die vorläufige deutsche Gothenburg-Schwimmsportmannschaft.

Uns wird geschrieben: Als erster von den deutschen Sportverbänden hat sich der Deutsche Schwimmverband mit der Aufstellung seiner Gothenburg-Olympiamannschaft und mit der Vorbereitung der Schwebenspartenexpedition eingehend befaßt. Als Ergebnis dieser Vorberatungen veröffentlicht heute der erste Verbandsschwimmwart Studienrat Walter Biener-Breslau eine Bekanntmachung im offiziellen Organ des Verbandes, aus der zunächst bedauerlicherweise hervorgeht, daß aus finanziellen Gründen eine sehr starke Auswahl der für Gothenburg in Frage kommenden Schwimmsportler zurückgesetzt werden muß. Von einer Besetzung der Damenwettbewerbe soll überhaupt abgesehen werden, ferner wird die Verteilung an der langen Strecke Freistil 1500 Meter von den Zeiten abhängig gemacht, die in Betracht kommenden Kunstler bei den Ausscheidungskämpfen erreichen. Auch die Frage einer Beteiligung der Wasserballkämpfe, die nach internationalen Regeln stattfinden, ist noch nicht geklärt.

Das Hauptgewicht legt der Verbandsschwimmwart auf eine würdige Vertretung des D. S. B. in den Staffeln (4 mal 100 und 4 mal 200 Meter Freistil). Für beide Rennen kommen in erster Linie Heinrich (Poseidon-Leipzig), Rademacher (Hellas-Magdeburg), Zerik (Poseidon-Danzig-Halle) und D. Eitner (Bremischer S. V.) in Betracht. Weiter sollen sich noch u. a. Wenecke Hilmar Fröhlich (Hellas-Magdeburg), Hobel (Dortmund 96), Berg (Breslau), Gropper (E. V. Augsburg), Bähre (Wasserfreunde-Barmbeck) und die Kölner Eicker und Skamper um die Anwartschaft bewerben. Diese kommen auch für die Einzelrennen bewerbe über kurze und mittlere Strecken in Betracht in der langen Strecke, 1500 Meter, rol. nach Wiertlstra-Köln, der jetzige lange Streckenmeister von Deutschland. In der Brustlage (200 und 400 Meter) werden sich Rademacher, Sommer und Bähre in der Rückenlage (100 Meter) in erster Linie Fröhlich, Eitner und Skamper ausziehen. Doch soll hier vielleicht nur je ein Schwimmer der deutschen Farben vertreten. Für die beiden Turmspringen und das Springen nach deutscher Art wird das Meisterspringer-Quartett, Winkel-Leipzig, Luber (Poseidon-Berlin), Dr. Lechius-Dessau und Mundt-Halberstadt in Frage kommen.

Voraussichtlich am 17. und 18. Juni werden in einem zentral gelegenen Platz Ausscheidungskämpfe zum Austrag gelangen, an denen außer den Genannten noch jeder teilnehmen kann, der sich auf diesen seiner Leistungen berufen fühlt. Der Verbandsschwimmwart hat sich aber völlig freie Hand für die Einzelnen Bewerbe über kurze und mittlere Strecken in Berücksichtigung der Mannschaft vorbehalten, so daß Zufallsergebnisse außer Betracht bleiben werden. Alle Bewerber für die Staffeln müssen — eine sehr nachahmenswerte Maßnahme auch für andere Sportsgruppe — eine schriftliche Trainingsverpflichtung eingehen, die sich auf das Trainieren der in dem bekannten Schwimmsportratschlag von Privatdozent Dr. med. H. Grüßmer genannten Grundsätze bezieht. Die Verpflichtung läuft vom 15. April bis zum 10. Juli 1923. Für die Teilnahme an der Fahrt werden 10 bis 12 Tage Urlaub nötig sein.

hago.

Weißmüller in Deutschland.

Der amerikanische Schwimmer Johnny Weißmüller, dessen Leistungen in der Welt einig bedeuten, wird für den Sommer in Deutschland erwartet. Die Magdeburger Hellenen haben mit dem im Mai nach Europa kommenden Amerikaner Verhandlungen eingeleitet, die soweit gedehnt sind, daß Weißmüller mit den internationalen Wettkämpfen am 30. Juni und 1. Juli, an denen auch Ungarn und Frankreich teilnehmen, erwartet wird.

Auch für Berlin sind Verhandlungen im Gange, die zum Abschluß zu führen scheinen. Weißmüller soll hier zusammen mit Arne Borg bei den Poseidon-Wettkämpfen im Deutschen Stadion seine Kunst zeigen.

Die Vorkämpfe um die Fußballmeisterschaft.

Die Kämpfe zur Ermittlung der Meister in den sechs Landesverbänden — Spielvereinigung Fürth ist bereits Meister von Süddeutschland — nehmen ihren Fortgang. Die endgültige Lage in Berlin hat sich durch einen Protest von „Viktoria" sehr verändert. Dieser geht dahin, es ist „Viktoria" mit einem Punkt Vorsprung vor „Hertha-Meister der Abteilung B, und es sind zwei neue Entscheidungsspiele zwischen Viktoria und Union-Lichtenberg angesetzt. Andernfalls findet das zweite Entscheidungsspiel zwischen „Union" (Oberschöneweide) und „Hertha" am Sonnabend auf dem Herthaplatz statt — In West- und Nordeutschland nehmen die Meisterschaftskämpfe mit der Fortführung ihrer Fortgang. In Mitteldeutschland haben sich der vorjährige Meister „Arminia" (Bielefeld) und „Hahn" (Hagen) sowie „Union" (Düsseldorf) und „Duisburger Spielverein" gegenüber. Die Hochsprungs zur norddeutschen Meisterschaft sind den Hamburger Sportverein in Hannover mit „Eintracht" und „Arminia" (Hannover) in Hamburg mit „Union" (Altona) und Kampf „Holstein" (Kiel) ist spielfrei. — Die Ausscheidungskämpfe um die mitteldeutsche Meisterschaft, die am Sonntag beginnen, sind wie folgt angesetzt: „Sport- und Spielvereinigung Magdeburg" gegen „Borussia" (Halle) in Magdeburg, „Hertha 1901" gegen „F. C. Preußen" in Erfurt, „Chemnitzer Fußballclub" gegen „Konkordia-Blauen" in Chemnitz, „Aus-Sachsen" (Dresden) in Zwickau. — In Süddeutschland ist an dem neuerlichen Siege des dreimaligen Meisters „Sportfreunde" (Stuttgart) nicht zu zweifeln, während im Ostseeverband „Titania" (Stettin), „Preußen" (Danzig) und „V. f. B. Königsberg" noch die Möglichkeit aufzutreten haben, um die Führungsrolle gute Aussichten, den Meistertitel neuerlich zu erwerben.

Die Vorrunde zur Deutschen Meisterschaft 1923 ist auf den 13. Mai angesetzt.

Der deutsche Turner-Paß.

Der Vorstand der Deutschen Turnerschaft hat in seiner Sitzung vom 24. Februar d. J. einstimmig die Einführung des amtlichen Passes der Deutschen Turnerschaft zugestimmt. Das zeitenge Werk der Vertrieb wurde der Werbeabteilung der Deutschen Turnerschaft, Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 49, übertragen. — Dieser Paß ist bei unserer Eigenschaft Mitglieder der Deutschen Turnerschaft, die Personalien des Passinhabers über Teilnahme bereichtigung an Wettkämpfen, über Gruppen- und Vereinsmitgliedschaft, erzielte Wettkampfleistungen, turnerische Übungen usw. Das Recht zur Ausstellung des Turnerpasses hat nur der Vorsitzende (oder dessen Stellvertreter) des Vereins, dem der Passinhaber angehört. Die jeweiligen Eintragungen auf der Passinhaber an der entsprechenden Stelle seines Vereins. Gruppen oder Kreise selbst berechtigen. Die Eintragungen müssen neben der Unterschrift des Vereinsstempel tragen. Der Stichtreis des Passes, der inhalte seiner Inhaber, persönlichen Ausführung von langer Haltbarkeit sein dürfte, ist auf 550 ℳ festgesetzt worden.

1400 Jugendherbergen in Deutschland.

Am Beisein von Vertretern zahlreicher Kommunen, von Vertretern der Behörden für Volkswohlfahrt und Kultus usw. wurde in Altona der Fünfte Deutsche Jugendherbergstag eröffnet. Der Geschäftsbericht ergab eine starke Vorwärtsbewegung in der Herbergstätige, die in zwei Jahren Bestehen der Zahl von 1400 Jugendherbergen in Deutschland zurzeit nicht weniger als rund 1400 Jugendherbergen bereits vorhanden, in Ausbau begriffen und noch 600 000 Mark zur Verfügung stehen. Die Ausbau-Ausschuß für körperliche Erziehung bewilligt. Lebhaftes dürfen die Herbergen — wenn auch in erster Linie für die Jugend bestimmt — auch von älteren Wanderern benutzt werden, sofern die Jugend unterzubrechen und noch Platz vorhanden ist. Der Verband hat ein übersichtliches Verzeichnis seiner Herbergen herausgegeben.

Handballstädtespiel Berlin—Leipzig 5:3.

Am ersten Feiertag standen sich in Leipzig zum vierten Male die Ausmahlmannschaften der D. Z. von Leipzig und Berlin gegenüber. Beide Mannschaften zeigten ein sehr schönes Spiel, das schließlich von den Berlinern mit 5:3 gewonnen wurde. Der Halbzeit stand das Ergebnis nach auf 2:1 für Berlin. Sämtliche Tore wurden von den drei Leipziger Tore (T. G. Connewitz) geschossen. Der neue Turnwart Dahms (Zv. Nordwest) gefiel in jeder Beziehung und vollbrachte unglaubliche Leistungen. Das Spiel wurde von Otto-Altona vorzüglich geleitet.

Der Brandenburgische Flugsport-Verein

hielt gestern im Berliner Lehrer-Vereinshaus seine ordentliche Hauptversammlung ab. Der Verein bestehen aus den Nachrichten aus welche Gruppe Gruppe Berlin der „Deutschen Flugsportverbandes" unter Leitung ihres Vorsitzenden auf die Provinz Brandenburg, nachdem der Verband selbst schon vor einigen Jahren „Bund deutscher Flieger" und der „Deutsche Luftfahrer-Verband" im Kahmen der vorläufigen Luftfahrer-Vereinsfusion in den „Deutschen Luftfahrt-Verband" (D. L. V.) aufgenommen ist. — Die zweite Verbandsfrage zeigten ein hartes Annochten der Mitgliederzahl und beschäftigten sich auch mit der behandelnden Frage der Zuständigkeit der Geschäftsstelle des D. L. V. von Bremen nach Berlin, welche allerdings (nicht nur in Berlin) Stimmung vorhanden ist. Der 17. Deutsche Luftfahrertag (1. bis 4. Juni d. J. in Dresden) wird darüber zu Wort haben. Ein Film- und Lichtbildvortrag des Vorsitzenden der Ortsgruppe der Technischen Hochschule Charlottenburg, Stud. Ing. Paul, über „Motorloses Flug" bildete den Abschluß. Es dürfte interessieren, daß die obenen Gruppe jetzt gemeinsam mit